Nr. 214. 29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 13. September 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Sächsische Gewerbeaufsicht.

Im Reichstage ist die sächsische Fabrikinspektion einmal als die schlechteste in Deutschland bezeichnet worden. Seitdem sind etwa acht Jahre ins Land gegangen. Gebessert hat sich in diesem Zeitraume an der sächsischen Gewerbeaufsicht nicht so viel, daß man sagen könnte, die damalige scharfe, aber berechtigte Verurteilung hätte sie zur Einkehr veranlaßt. Die soeben erschienenen Jahresberichte für 1911 zeigen unter anderem, daß das Vertrauen der Arbeiter zu den Aufsichtsbeamten, die eigentlich ihre Anwälte gegen das allzu profitwütige Unternehmertum sein sollten, noch immer ein sehr begrenztes ist. Das ergibt sich schon aus dem geringfügigen Verkehr der Arbeiter an den Amtsstellen der Aufsichtsbeamten. Danach zu urteilen, sind in Sachsen die Fabrikinspektoren weit mehr Anwälte der Unternehmer als der Arbeiter. Aus den einzelnen Bezirken wird ja darüber wie auch über andere Beobachtungen überhaupt nichts mehr berichtet. Nur summarische Angaben aus den vier Regierungsbezirken enthalten die Berichte. Danach hatten nur die Inspektionen im Kreise Chemnitz einen leidlich befriedigenden Arbeiterverkehr. Es erschienen hier 351 Unternehmer und 282 Arbeiter; außerdem waren noch 65 schriftliche Beschwerden und Anfragen aus Arbeiterkreisen zu erledigen. Dagegen sprachen im Kreise Bautzen neben 167 Unternehmern nur 13 Arbeiter vor, in Leipzig 35 Arbeiter und 916 Unternehmer und in Zwickau neben 746 Fabrikanten nur 45 Arbeiter. Allerdings waren auch noch eine Anzahl schriftliche Eingaben von Arbeitern und Gewerkschaftsorganisationen zu erledigen. Wie dies geschehen ist, darüber erfährt man aus den Berichten nichts. Doch ist anzunehmen, daß die Beschwerden der Arbeiter berechtigt waren. Denn wäre darüber ein Zweifel möglich gewesen, hätten sich die Aufsichtsbeamten nach früheren Vorgängen sicherlich über angeblich unzutreffende Beschwerden weidlich entrüstet. Aus der Kreishauptmannschaft Dresden erfährt man über den Verkehr an den Amtsstellen nichts, aber es wird mitgeteilt, daß eine Aufsichtsbeamtin bei der Revision eines Betriebes, das dem Kinderschutzgesetz unterstellt war, tätlich angegriffen worden ist, aus welchen Anlaß polizeiliche Hilfe herbeigezogen wurde. Ob der Angreifer bestraft worden ist, darüber erfährt man nichts.

Bisher hatte die sächsische Gewerbeaufsicht wenigstens den Vorzug, hinsichtlich der Häufigkeit der Revisionen die zweitbeste in Deutschland zu sein. Nur Württemberg stand ihr gleich oder war ihr in einigen Jahren etwas über. Das ist aber im Berichtsjahre anders geworden. Die Zahl der Revisionen ist, ohne daß eine Erklärung für diesen Krebsgang gegeben wird, von 27 386 auf 25 027 zurückgegangen, und während im Vorjahre noch 21 619 Betriebe besucht wurden, waren es 1911 nur noch 18 664. Hinsichtlich der Zahl der Revisionen ist die sächsische Gewerbeaufsicht auf das Niveau von 1908 zurückgegangen, doch sind seitdem die revisionspflichtigen Betriebe von 26 271 auf 30 623 gestiegen. Wurden 1908 71 Proz. aller Betriebe revidiert, waren es 1911 nur noch 60,9 Proz. Das ist ein ganz auffälliger Rückgang, über den die Regierung im Landtage wohl noch um Aufklärung ersucht werden wird.

Im Berichtsjahre 1911 herrschte im Wirtschaftsleben Hochkonjunktur. Die Betriebe fast aller Industriezweige waren mit Aufträgen reichlich versehen. Daß die Nachfrage nach Arbeitern erheblich war, geht schon daraus hervor, daß bei der Zählung am 1. Mai 21 593 beschäftigte Arbeiter mehr ermittelt worden sind wie im Vorjahre. Auch andere Angaben sprechen für einen guten Geschäftsgang. So haben sich die Betriebsunfälle abermals vermehrt. Während 1910 21 223 gemeldet wurden, waren es im Berichtsjahre 22 099. In dem Berichte aus dem Chemnitzer Kreise wird auch hervorgehoben, daß die höhere Unfallziffer auf den wirtschaftlichen Aufschwung mehrerer Industriezweige und die damit verbundene regere Erwerbstätigkeit zurückzuführen sei. Hinzugefügt wird aber noch: „Die Zunahme der Unfälle wäre wohl noch bedeutender gewesen, wenn nicht in einer größeren Zahl von Unternehmungen der Betrieb infolge von Ausständen und Aussperrungen mehrere Wochen vollständig oder teilweise geruht hätte."

Perioden geschäftlichen Aufschwungs sind auch Zeiten gewerkschaftlicher Erfolge, wenigstens für solche Arbeiterschichten, die sich auf eine starke Organisation stützen können. Nach den vorliegenden Berichten ist es in einer Anzahl Betriebe gelungen, eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erlangen. In Chemnitz ist die Arbeitszeit in vielen Betrieben neugeregelt und dabei zum Teil wesentlich herabgesetzt worden. Aehnliches wird auch aus anderen Distrikten mitgeteilt. Den Arbeitern in der Textilindustrie ist der 10stündige Normalarbeitstag für die Frauen, die ja in diesem Industriezweige sehr zahlreich beschäftigt werden, zum Vorteil gelangt. Um was die Textilarbeiter seit Jahren vergeblich gekämpft, haben sie jetzt erlangt: Die Unternehmer haben es für profitabler gefunden, auch die männlichen Arbeiter nicht länger zu beschäftigen, nachdem sie genötigt waren, bei den Arbeiterinnen die Ausbeutung auf 10 Stunden zu beschränken. Auch die kürzere Arbeitszeit für die Sonnabende ist in den meisten Textilbetrieben den männlichen Arbeitern zugestanden worden. Doch wird aus Steinbrüchen berichtet, daß dort die gesetzlich vorgeschriebene 10stündige Arbeitszeit vielfach anscheinend im Einverständnis mit den Arbeitern überschritten worden ist. In einer Blechwarenfabrik des Annaberger Bezirkes, wo die Arbeitszeit auf 10 Stunden verkürzt worden war, wurde sie angeblich auf Betreiben der Arbeiter wieder auf 11 Stunden verlängert, weil diese glaubten, bei längerer Arbeitszeit im Akkord mehr verdienen zu können. Vorgänge der angedeuteten Art zeigen, daß es auch in manchen Gegenden Sachsens an gewerkschaftlicher Aufklärung noch fehlt.

Auch Lohnaufbesserungen haben die Arbeiter in der Zeit des guten Geschäftsganges vielfach errungen. In vielen Betrieben des Leipziger Kreises betrugen die Lohnerhöhungen 5 bis 10 Proz. Aehnliches wird auch aus anderen Gegenden mitgeteilt. Doch müssen auch die sächsischen Fabrikinspektoren zugeben, daß die Arbeiter dadurch bessere Existenzverhältnisse nicht erlangt haben, weil die gesteigerten Lebensmittelpreise alle Lohnaufbesserungen wieder aufzehrten. So wird aus der Dresdener Kreishauptmannschaft berichtet, daß wohl die Löhne mehrfach erhöht wurden; es wird aber gleichzeitig hinzugefügt: „Doch sind auch die Lebensmittelpreise teilweise erheblich gestiegen und die Wohnungsmieten andauernd hoch geblieben, so daß die höheren Löhne dadurch aufgewogen wurden." Nach den Mitteilungen aus dem Bautzener Kreise „dürfte die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung bei dem andauernd hohen Preisstand der meisten Lebensbedürfnisse und der weiteren Preissteigerung einzelner wichtiger Lebensmittel, wie z. B. der Kartoffeln, als eine bessere gegen das Vorjahr kaum bezeichnet werden".

Auch die Mitteilungen aus den übrigen Regierungsbezirken lauten ähnlich, soweit sie sich darüber auslassen. Alle betonen sonach, daß auch da, wo höhere Löhne errungen worden sind, eine Besserung der Existenzverhältnisse für die Arbeiter nicht eingetreten sei. Aber es haben bei weitem nicht alle Arbeiter höhere Löhne erlangt. Bei diesen ist zweifellos in der Periode wirtschaftlicher Hochkonjunktur eine wesentliche Verschlechterung der Lebenslage als Folge der Wucherpreise für Lebensmittel eingetreten. Nach dem Berichte der Aufsichtsbeamtin des Chemnitzer Bezirks sind infolge dieser Notlage viele Arbeiter gezwungen worden, ihre Frauen und Kinder in verstärktem Maße zur Fron in der Heimarbeit heranzuziehen. Es wird darüber wörtlich mitgeteilt: „Die fortdauernde Steigerung der Lebensmittelpreise und die verteuerte Lebenshaltung der gewerblich tätigen Bevölkerung zwingen mehr als früher zum Miterwerbe der Frauen und Kinder." Im Anschluß hieran wird festgestellt, daß die Heimarbeit der Frauen und Kinder bedeutend zugenommen hat. Da schafft man Gesetze, die die armen Kinder vor den gesundheitsschädlichen Einflüssen der Heimarbeit schützen sollen, gleichzeitig sorgt man durch die agrarische Zollwucherpolitik dafür, daß die Kinder in immer schlimmerer Weise bei der schädlichen Heimarbeit angespannt werden, weil sich viele Arbeiterfamilien bei den überstiegenen Preisen der Lebensmittel nicht anders zu helfen wissen.

Zur Lebensmittelteuerung kommt in vielen Bezirken noch, um das Maß des Elends voll zu machen, die Wohnungsnot und die damit zusammenhängenden Mietssteigerungen. In obenerwähnten Mitteilungen aus dem Dresdener Bezirke wurde das schon angedeutet; aus Annaberg und der erzgebirgischen Umgegend dieser Stadt wird mitgeteilt, daß der Wohnungsmangel eine Steigerung der Mietspreise zur Folge gehabt hat. In einigen Bezirken haben Fabrikanten für ihre Arbeiter Häuser gebaut. Auf diese Weise wird die Wohnungsnot für die Arbeiter noch zur Fessel. Möglich, daß sie Wohnungen bekommen, sie erkaufen sie aber mit dem Verlust ihrer Freiheit. Die Gemeinden haben sich bisher nur in ungenügendem Maße dazu verstanden, der Wohnungsnot durch Errichtung von Kleinwohnungsbauten abzuhelfen.

Die durch den Lebensmittelwucher gesteigerte Notlage der Arbeiterschaft hat auch bewirkt, daß das Verbot der Mitgabe von Heimarbeit an Arbeiterinnen im Einverständnis der letzteren vielfach umgangen worden ist. Aus dem Bautzener Kreise wird zwar berichtet, daß sich die Ehefrauen über dieses Verbot freuten, weil es ihnen mehr Zeit zur Erledigung ihrer häuslichen Geschäfte verschafft, dagegen wird aus anderen Gegenden gemeldet, daß die Arbeiterinnen unzufrieden seien, daß ihnen eine Gelegenheit zum Verdienst durch Ueberarbeit genommen würde. Im Zwickauer Bezirke haben Frauen unter der Angabe, die Arbeit sei für andere Leute, solche regelmäßig mit nach Hause genommen. Das Landgericht hat den Unternehmer auch freigesprochen, weil angeblich nicht nachzuweisen gewesen ist, daß die Arbeit nicht für dritte Arbeiterinnen mitgenommen worden sei. Bei einer solchen Auslegung des Gesetzes ist die Umgehung natürlich ohne weiteres gegeben. Aus diesem Kreise (Zwickau) wird auch noch folgendes mitgeteilt: Um dem Drucke der Vorschrift in § 137a Abs. 1 der G.-O. zu entgehen, nach der den Arbeiterinnen über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus keine Heimarbeit mitgegeben werden darf, haben sich neuerdings Faktore aufgetan, denen von den Fabriken Arbeiten behufs Weitergabe an die Heimarbeiter übergeben wurden. Leider sollen hierdurch auch die gezahlten Löhne gedrückt worden sein. Daß diese Faktore nur zur Umgehung des Gesetzes eingesetzt sind, darüber kann kein Zweifel bestehen.

Der tiefere Grund dieser Umgehungen ist aber die Not der Arbeiterinnen. Daran scheitern alle Schutzgesetze. Wie das Kinderschutzgesetz zum großen Teile auf dem Papiere bleibt, weil der jetzt doppelt fühlbare Hunger die Heimarbeiter zur Ausbeutung der Kinder verleitet, so wird auch das Verbot der Mitgabe von Heimarbeit der maßlosen Ausbeutung der Arbeiterinnen kein Ende bereiten können, so lange die Not der Arbeiterinnen den auf das Gesetz pfeifenden Unternehmern zum Helfer wird.

Das Volk heischt Antwort.

Ueber die Teuerungskonferenz, die am Mittwoch im Reichsamt des Innern stattfand, schweigt das Kanzlerblatt. Es ist aber ein unerhörter Zustand, daß nur ein paar unverbindliche Ergüsse irgendeiner nachgeordneten Person über die Schuld der — Käufer an der Teuerung als Meinung der Regierung gedeutet werden können, während die Regierung selbst zu den Forderungen von Konsumenten, Fleischern und Kommunen noch immer stumm bleibt. In zahlreichen Versammlungen, Resolutionen, Zeitungsaufsätzen und Eingaben sind die Wünsche und Vorschläge aller betroffenen Kreise der Regierung unterbreitet worden. Kann sie sich noch immer nicht über eine Frage schlüssig werden, die nun schon ein Jahrzehnt öffentlich diskutiert wird? Seit dem letzten Winter, als die Regierung mit dem baldigen Nachlassen der Teuerung vertröstete, hat sich die Not wesentlich verschärft; und wenn nicht wirklich eingreifende und dauernde Maßregeln ergriffen werden, ist ein weiteres Anhalten und eine neue Steigerung der Verteuerung zu erwarten. Das notleidende Volk will wissen, wie die Regierung den trüben Zukunftsaussichten zu begegnen gedenkt. Das Zögern mit der Antwort kann nur als Ablehnung jeder wirklichen Hilfe gedeutet werden. Einige Organe wissen allerdings zu berichten, daß die Regierung sich im wesentlichen für Beibehaltung der Grenzsperre aussprechen werde. Der „Lokal-Anzeiger", der auch hier wieder freiwillig den Agrariern Vorspanndienste leistet, wiederholt seine Mitteilung, daß die Konferenz im Reichsamt des Innern sich für Beibehaltung des § 12 ausgesprochen habe, und daß man dort die Auffassung vertreten habe, „ein Import gefrorenen Fleisches sei auch unter dem § 12 bei dem jetzigen Stande der Kälteindustrie durchaus möglich. Die Konsequenzen daraus zu ziehen, bleibe dem kommerziellen und industriellen Unternehmungsgeist überlassen". Gegenüber der Behauptung, daß die Regierung dieses Urteil von Sachverständigen erhalten habe, äußert sich Herr Krüger, Direktor der Gesellschaft für Markt- und Kühlhallen, also ebenfalls ein Sachverständiger:

„Es gibt keinen Fachmann auf der ganzen Welt, der der Regierung ein solches Gutachten abgegeben haben könnte. Ich kann mir daher auch nicht denken, daß die Regierung tatsächlich, bevor sie zu ihrem Entschlusse, keine Aenderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes durchzuführen, gelangt ist, einen wirklich Sachverständigen befragt hat. Hätte sie dies getan, so hätte sie nicht eine so unhaltbare Ansicht aussprechen können. Tatsächlich ist die Kältetechnik noch lange nicht so weit vorgeschritten, daß z. B. ein ganzer Ochse unzerlegt und im Zusammenhang seiner edlen Teile aus Argentinien nach Deutschland in gefrorenem Zustande transportiert werden könnte.

Rinderfleisch verträgt allerdings lange Lagerdauer. Aber nur das sogenannte Vorder- und Hinterfleisch, während die edlen Teile, Herz, Lunge, Leber, sich keineswegs lange halten. Ich erinnere daran, daß vor längerer Zeit einmal in einem hiesigen Restaurant eine Kostprobe mit Ochsenfleisch veranstaltet wurde, das 10½ Monate in gefrorenem Zustande in unseren Lagerräumen gelegen hatte. Die Probe ergab eine tadellose Beschaffenheit des Fleisches, die inneren Organe aber waren nicht mehr zu brauchen. Es ist also unmöglich, Rinder unzerlegt in Deutschland einzuführen, sondern Vorder- und Hinterviertel müssen einzeln verpackt und versendet werden.

Es ist daher durchaus notwendig, den § 12 des Fleischbeschaugesetzes in diesem Sinne abzuändern, und sollte ein Gutachten wirklich dahin lauten, daß nach dem heutigen Stande der Kältetechnik ein Rind im ganzen im gefrorenen Zustande nach Deutschland eingeführt werden könnte, so kann es, gelinde gesagt, nur auf unverzeihlicher Unkenntnis beruhen."

Eine schärfere Abfuhr konnte die Regierung gar nicht erfahren. Für Rinder kommt eine Einfuhr, solange § 12 bestehen bleibt, überhaupt nicht in Frage. Dagegen soll allerdings die Einfuhr von gefrorenen Hammeln möglich sein. In Chemnitz ist in diesem Jahre bereits ein solcher Versuch gemacht worden und hier in Berlin soll er im Winter wiederholt werden. Generalkonsul Henoch, Vertreter der südaustralischen Regierung, erklärte, daß am 6. November das erste mit geschlachteten Hammeln gefüllte Kühlschiff Adelaide (Australien) verlassen und nach Hamburg fahren werde. Alle Vorbereitungen seien getroffen, um den ersten Transport von 100 000 Tieren und die weitere Einfuhr zu bewerkstelligen; aber es ist noch etwas anderes nötig, um diese Zufuhren zu einer wirklichen Wohlfahrtssache zu machen. **Und das ist die Herabsetzung des Zolles.** Bei einer Ermäßigung des Zolles von jetzt 20 Pfennig pro Pfund auf etwa 5 Pfennig würde die Einfuhr

erst für die breiten Massen fruchtbar werden, und der Staat doch noch einen gewaltigen Zollgewinn erreichen. Die Forderung der Aufhebung der Zölle und des § 12, der ja noch immer die Einfuhr von Rindfleisch überhaupt unmöglich macht, sind die einzigen logischen Konsequenzen aus den Mitteilungen der beiden wirklichen Sachverständigen.

Solange die Regierung sich in Stillschweigen hüllt, glauben auch die bürgerlichen Parteien das Volk warten lassen zu können. Wohl haben einzelne linksliberale Blätter sich unseren Forderungen auf schleunige Einberufung des Reichstags und Aufhebung der Zölle und des § 12 angeschlossen. Aber von einem geschlossenen Vorgehen aller fortschrittlichen Parteikreise und einer einheitlichen Kundgebung ihrer Parteileitung verlautet noch immer nichts. In einzelnen Stadtparlamenten haben dagegen Liberale recht reaktionäre und jeder wirklichen Hilfe abgewandte Meinungen geäußert. Von den Nationalliberalen verteidigt ein großer Teil offen den agrarischen Schutz und der Rest schleicht wieder so leisetreterisch über die zurzeit brennende Volksfrage hinweg, daß die Befürchtung fast zur Gewißheit wird, daß er trotz der gestiegenen Not nicht entschiedener auch nur für die notwendigsten Abwehrmaßregeln eintreten werde als im Frühjahr. Das Zentrum schlägt sich auch diesmal ganz auf die Seite seiner Bundesbrüder, der Konservativen. Mit albernen Erzählungen über „einfaches" Leben vor zwei Generationen, mit resignierenden Mitteilungen über den unveränderten wirtschaftspolitischen Standpunkt der Regierung, mit Lügen über die Unmöglichkeit ausreichender und billiger Fleischzufuhr, mit frechen Verdrehungen des spontanen Volksprotestes in angeblich sozialdemokratischer Hetze sucht es seinen neuen Volksverrat zugunsten der Junker zu verbergen. Uns soll es schon recht sein, wenn es die Arbeiter aus den christlichen Gewerkschaften in unsere Reihen treibt. Aber dies neue Schandmal der Verleugnung aller Volksinteressen darf deshalb nicht um einen Deut weniger gebrandmarkt werden.

Die Pflicht, die bisher nur die Sozialdemokratie voll und ohne Zögern erfüllte, ist eine Pflicht aller Parteien: die Regierung wenigstens sofort zu einer Stellungnahme zu zwingen.

Wenn schon die Regierung allein den Mut nicht findet, offen und rund heraus zu erklären, daß sie nichts unternehmen wolle, dann muß der Regierung der Mund gewaltsam geöffnet werden. Es geht wirklich nicht an, daß in einer Frage, die das deutsche Volk in so gewaltigem Maße erregt, die Regierung einfach dauernd stillschweigt und es der Presse überläßt, Betrachtungen darüber anzustellen, was die Regierung machen und was sie nicht machen will. Der Reichskanzler ist, wie die bürgerliche Presse meldet, neu gestärkt von seiner Erholungsreise zurückgekehrt, und so ganz fremd können ihm die Zustände doch nicht sein, wie sie heute in Deutschland sich herausgebildet haben. Es muß deshalb dringend verlangt werden, daß die Regierung unverweilt ihre Absichten der Oeffentlichkeit in einwandfreier Weise kundgibt. Das Volk heischt Antwort.

* * *

Der städtische Seefischverkauf führt in den sozialdemokratischen Zukunftsstaat.

Dies Argument wurde in Königsberg i. Pr. in der Stadtverordnetenversammlung bei Beratung der sozialdemokratischen Anträge zur Fleischteuerung von freisinniger Seite ganz ernsthaft geltend gemacht. Unsere Genossen hatten unter anderem den ganz bescheidenen Antrag gestellt, der Magistrat wird ersucht, den Verkauf von Seefischen zum Selbstkostenpreis seitens der Stadt in die Wege zu leiten. Die bürgerlichen Stadtverordneten und Oberbürgermeister Körte liefen Sturm gegen diesen Antrag, der in vielen, selbst ost- und westpreußischen Städten verwirklicht worden ist und zwar mit bestem Erfolge. Es hieß, mit dem Verkauf von Seefischen würde man vielen Steuerzahlern das Brot wegnehmen, von 45 deutschen Großstädten hätte nur ein Drittel den Seefischverkauf eingerichtet und eine Herabminderung des Fleischkonsums (!!) sei nur ganz vereinzelt eingetreten. Eine Kommune könne mit den Großhändlern nur schwer konkurrieren, populär seien solche Versuche, aber gefährlich, und eine Freisinnsgröße, Kaufmann Orlopp, erklärte ganz offen, ein Verkauf von Seefischen bedeutete einen Schritt in den sozialdemokratischen Zukunftsstaat und deshalb müsse man den Antrag ablehnen. Und die große Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ließ sich tatsächlich von derartigen Argumenten leiten und lehnte den Antrag ab.

Dabei mußte der große Notstand offen von allen Seiten anerkannt werden, und einer unserer Genossen wies darauf hin, daß auch an der Freibank des Schlachthofes in Königsberg sich ähnliche Szenen abgespielt hätten wie in Berlin. In Königsberg hätten schon wiederholt morgens um drei Uhr hunderte Personen — selbst Kinder in noch nicht schulpflichtigem Alter — vor dem Schlachthof gestanden und bis etwa 10 Uhr vormittags auf den Verkauf von minderwertigem Fleisch gewartet — freilich meist vergeblich, denn an manchen Tagen hätten nur 80 Personen Fleisch bekommen können.

Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der nach einigen Abänderungen durch die Mehrheit folgende Fassung hat:

„Der Magistrat wird ersucht, an den Reichskanzler, an den Bundesrat und Reichstag eine Petition um allmähliche Herabsetzung der Lebens- und Suspendierung der Futtermittelzölle, um Gestattung der Einführung von Gefrierfleisch sowie um Oeffnung der Grenzen für Schlachtvieh und Fleisch unter Aufrechterhaltung lediglich der zur Verhütung der Seucheneinschleppung unerläßlichen Schutzvorschriften zu richten."

Man war nur für die „allmähliche Herabsetzung", aber nicht für die Suspendierung der Lebensmittelzölle, wie das von sozialdemokratischer Seite beantragt worden war. Vorher hatte der Magistrat auf eine sozialdemokratische Anfrage, ob er gewillt sei, den Leuten mit 600—900 M. die Einkommensteuer zu erlassen, mit einem glatten Nein! geantwortet. Gleich darauf beschloß die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung, den Zuschuß für die „Stadthalle", einen Amüsierplatz der Reichen, von 15 000 auf 25 000 M. pro Jahr zu erhöhen, obwohl das Unternehmen als bankrott anzusehen ist.

Dresdens Maßnahmen gegen die Fleischnot.

Die herrschende Fleischteuerung, die die Volksgesundheit außerordentlich gefährdet, hat den Rat der Stadt Dresden, nachdem er durch den Volkswillen noch aufgemuntert worden ist, doch auf die Beine gebracht, Maßnahmen zur Linderung des Notstandes einzuleiten. Der städtische Schlachthofdirektor wurde nach Hamburg und Bremen geschickt, um festzustellen, auf welche Weise Fleisch aus dem Auslande eingeführt werden könnte. Von Hamburg aus hat der Schlachthofdirektor ermittelt, daß in London und anderen englischen Häfen australisches und argentinisches Gefrierfleisch in großen Mengen lagere, doch es darf nicht in Deutschland eingeführt werden, weil nach dem Fleischbeschaugesetz nur der Import halber Tierkörper zulässig sei, die überseeischen Rinder aber geviertelt seien. Sämtliche Exportschlächtereien seien nur auf Rinderviertel eingerichtet, weil die Versendung von halben Tierkörpern besonders kostspielige Einrichtungen benötige. Schließlich soll es nach einer ratsoffiziösen Bekanntgabe des Schlachthofdirektors doch gelungen sein, zu erreichen, daß eine Hamburger Exportfirma mit Hilfe ihres Londoner Hauses sich zur Vermittelung einer Probesendung argentinischen Gefrierfleisches, das den reichsgesetzlichen Vorschriften entsprechen soll, bereit erklärt habe. Durch Depeschen soll das Erforderliche bereits eingeleitet worden sein.

Außerdem ist es gelungen, ein günstiges Angebot für Lieferung frischen dänischen Rindfleisches zu erlangen. Diese dänischen Rinder sollen bereits Montag in Dresden eintreffen und hier verkauft werden. Wegen der zu erwartenden Lieferung argentinischen Gefrierfleisches will die Stadtverwaltung zunächst mit der Fleischerinnung in Verbindung treten. Sie soll das Gefrierfleisch zum Selbstkostenpreise geliefert erhalten und es mit nur 10 Proz. Zuschlag verkaufen. Gehen die Fleischer darauf nicht ein, will die Stadt den Verkauf in eigener Regie ausführen.

Schließlich hat der Rat noch beschlossen, eine Petition an die sächsische Regierung und die Reichsregierung zu richten um Aenderung und Milderung der die Einführung lebenden Schlachtviehes, sowie gefrorenen und frischen Fleisches außerordentlich erschwerenden strengen Einfuhrvorschriften und insbesondere nachzusuchen

a) um Aufhebung der zehntägigen Quarantäne in den Seehäfen für dänische Schlachtrinder,

b) um Aufhebung der Bestimmungen in § 12 hinsichtlich gefrorenen Rindfleisches und Hammelfleisches,

c) um Aufhebung der Vorschrift, daß lebende Schweine aus Oesterreich-Ungarn im Grenzschlachthause zu Bodenbach nach voraufgegangener 30tägiger Ueberwachung am Ursprungsorte abgeschlachtet werden müssen,

d) um Aufhebung der Vorschrift, daß die aus Rußland in die Schlachthäuser der oberschlesischen Industriebezirke eingeführten Schweine in diesen Bezirken selbst verbraucht werden müssen.

Die zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen nötigen Mittel sind bereits vom Rate bewilligt worden.

Die Kommunen und die Teuerung.

Die Stadtverwaltung von Bochum will wieder wie im Vorjahre „städtische Fisch- und Fleischmärkte" veranstalten. Hinter dem schönen Namen verbirgt sich aber nichts anderes, als ein ganz gewöhnlicher Privathandel von Fischen und abgezogenen Kaninchen. Was die Stadt dazu tut, ist lediglich ein Verzicht auf das Marktstandgeld und Notierung der von den Händlern geforderten Preise.

Vieheinfuhr in Baden.

Die badische Regierung hat das Verbot der Einfuhr und Durchfuhr von Rindvieh und Ziegen aus der Schweiz mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt. Eine große Bedeutung kommt dieser lokal eng begrenzten Maßnahme nicht zu, solange nicht die veterinär-polizeilichen Schikanen aufgehoben werden und die Grenze für Schlachtvieh dauernd geöffnet bleibt.

Fleischeinfuhr aus dem Ausland.

Das Königreich Preußen hat 55 Untersuchungsstellen errichtet, in denen das aus dem Ausland eingeführte Fleisch und Fett untersucht wird. Obwohl die Untersuchung der eingeführten Waren dort eine ganz besonders strenge ist, konnte doch vergleichsweise nur wenig beanstandet werden. Von 651 828 Kilogramm Rindfleisch wurden 14 265 Kilogramm, von 68 210 Kilogramm Schinken wurden 269 Kilogramm und von 53 Millionen Kilogramm Schweinefett wurden 135 807 Kilogramm beanstandet. Das beweist, daß das ausländische Fleisch keineswegs von so zweifelhafter Beschaffenheit ist, als wie dies von agrarischer Seite fortgesetzt behauptet wird. Die starke Einfuhr von amerikanischem Schweinefett hängt ganz wesentlich mit den hohen Butterpreisen zusammen.

Kundgebungen gegen die Teuerung.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in Magdeburg hielten eine Protestversammlung gegen die Teuerung ab. Den Anwesenden wurde der Besuch aller Versammlungen, die sich mit der Teuerung befassen, dringend zur Pflicht gemacht. Es gelte in der eindrucksvollsten Weise zu zeigen, daß alle Kreise der Bevölkerung ohne Rücksicht auf ihre politische Parteizugehörigkeit Maßregeln gegen die Teuerung verlangen.

Der Generalrat des Hirsch-Dunckerschen Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkvereins hat eine Petition an den Reichskanzler gerichtet, in der Maßregeln gegen die Fleisch- und Lebensmittelteuerung, insbesondere auch Aufhebung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, Oeffnung der Grenzen für Fleisch- und Vieheinfuhr verlangt wird. Auch der Forderung auf Einberufung des Reichstages schließen sich die Hirsch-Dunckerschen an.

Von der Partei einberufene Protestversammlungen fanden weiter statt in Gotha, Bochum, Herne, Gelsenkirchen, Langendeer, Witten, Wittenscheid, Königstuhl, Hattingen, Wanne, Straßburg, Breslau, Groß-Stettin und in verschiedenen pommerschen Orten.

Zu den Schweizer Manövern.

Von militärischer Seite wird uns geschrieben:

Die Schweizer Manöver haben allen Leuten, die sehen wollen und nicht absichtlich vor der Wahrheit die Augen verschließen, einen lehrreichen Einblick in das Können der Schweizer Volkswehr gewährt. Und vielleicht werden sie doch den törichten, teils aus Berechnung, teils aus Unwissenheit genährten Vorurteilen, die man im Deutschen Reich vielfach gegen das Milizsystem verbreitet, einigen Abbruch tun.

Die Schweizer Miliz hat das absolviert, was in der deutschen Armee Korpsmanöver genannt wird. Es focht nämlich eine Division gegen eine andere. Somit kamen Verhältnisse größeren Stils in Betracht, bei denen auch die Leistungsfähigkeit des Generalstabes und der höheren Führer beurteilt werden konnte. Diese Leistungsfähigkeit steht in der Schweiz mit ihren Nicht-Berufssoldaten zweifellos durchaus auf der Höhe der Situation. Die Manöver waren gut angelegt und es kam niemals zu peinlichen Blamagen, die bei einer schlechten Führung unvermeidbar sind. Vom Abdrängen ganzer Truppenteile, von zu spätem Eintreffen usw. war z. B. nichts zu lesen.

Auch das gerade in militärischen Kreisen so häufig zu hörende Märchen, daß die Miliz nicht zur Offensive tauge, wurde in der Schweiz gründlich widerlegt. Von der blauen Partei, die die 5. Division bildete, wurden die Positionen der roten (6. Division) flott und in taktisch sehr guter Weise angegriffen und die rote Partei führte energische Gegenstöße. Es fiel der 6. Division, deren Aufgabe mehr defensiver Natur war, nicht ein, sich auf die reine Verteidigung zu beschränken. Vielmehr ging sie da, wo es ihr Führer für richtig hielt, aus den Deckungen heraus, um selbst dem Angreifer auf den Leib zu rücken. Am letzten Tage führte sie sogar mit einer ganzen Brigade einen Umgehungsmarsch gegen die linke Flanke des Angreifers aus und richtete dann gegen diese einen nach dem Urteile militärischer Fachmänner sehr gut angesetzten und durchgeführten Stoß. Es wurde allgemein anerkannt, daß auch die Angriffe der 5. Division gut angesetzt waren. Das gute Ansetzen von Angriffen gehört aber zu den militärischen Operationen, die ohne eine tüchtige Schulung der Führer nicht möglich sind.

Aber die Angriffe wurden auch sehr gut durchgeführt. Das ist nur da möglich, wo auch die unteren Offizierschargen, die Unteroffiziere und die Soldaten tüchtig ausgebildet sind.

In der Defensive haben die Schweizer Truppen vom Spaten reichlich Gebrauch gemacht und Schützengräben ausgehoben. Sie biwakierten sogar vollkommen kriegsgemäß trotz des strömenden Regens in ihnen.

Besonders interessant ist die Tatsache, daß die Schweizer Kavallerie ungeachtet ihrer kurzen aktiven Dienstzeit ebenfalls ihrer Aufklärungsaufgabe gewachsen war. Und diese war in dem bergigen und waldigen Terrain, in dem noch dazu häufig Nebel und Regen herrschten, nicht leicht. Hätte die Kavallerie trotz dieser widrigen Umstände nicht gut rekognosziert, so würden bei beiden Parteien große Verwirrungen vorgekommen sein und die Manöver hätten nicht einmal normal, geschweige denn gut verlaufen können. Auch der Loie sieht ein, daß größere Truppenkörper in einem waldigen und bergigen Terrain ohne eine gute Aufklärungsreiterei nicht erfolgreich kämpfen können, denn Infanteriepatrouillen kommen hier immer zu spät, weil ihnen der Gegner fast auf dem Fuße folgt. Mit Radfahrern ist in dem Terrain der Schweiz sehr wenig auszurichten, und Flieger, lenkbare Ballons waren nicht vorhanden. Nicht einmal ein Fesselballon wurde benützt. Und trotzdem wurde eine durchgreifende Aufklärung geleistet. Wie ist das möglich? Der Schweizer Kavallerist hat eben sein Dienstpferd ständig bei sich. Er bleibt also im Reiten immer geübt, mag er auch viel kürzer in der Kaserne sein als der deutsche Kavallerist. Es ist sehr charakteristisch, daß in der Schweiz auf dem Manöverfelde auch sehr viele Reiter aus der ländlichen Zivilbevölkerung zu sehen waren. Und zwar hielten sie sich nicht vorsichtig auf den Straßen auf, sondern ritten auch sehr munter querfeldein.

Was die Schweizer Infanterie anbelangt, so hat sie bewiesen, daß sie auch tüchtig marschieren kann. Sie hat sogar nach der Beobachtung von deutschen Manöverberichterstattern manchmal stundenlang ein ausnehmend schnelles Tempo angeschlagen. Auch ihre Marschdisziplin war gut.

Und daß das Milizsystem die Leute nicht verweichlicht, taten die Schweizer Manöver ebenfalls dar. Schon acht Tage vor Beginn der eigentlichen Manöver waren die Offiziere, die Mannschaften und die Unteroffiziere zu vorbereitenden Uebungen eingezogen worden. Dabei hatten sie von der nassen Witterung, die in der gebirgigen Schweiz auch eine empfindliche Kühle mit sich bringt, und — soweit Unteroffiziere und Mannschaften in Betracht kamen — auch von dem Uebernachten in kalten, zugigen Scheunen viel zu leiden.

Den Berichterstattern der militärfrommen bürgerlichen Presse ist es höchstwahrscheinlich nicht angenehm gewesen, daß sie nolens volens die Leistungsfähigkeit der Schweizer Miliz anerkennen mußten. Es wäre ihnen wohl lieber gewesen, wenn sie von „einem furchtbaren Saustall" hätten erzählen können.

Wir setzen auf den Besuch des Kaisers in der Schweiz keine besonderen Erwartungen. Die Abschaffung des stehenden Heeres muß von der Sozialdemokratie und vom Volke selbst besorgt werden. Aber auf jeden Fall ist das Auftischen des Märchens, daß eine Miliz ein nur schlecht disziplinierter, von mangelhaft unterrichteten Offizieren geführter Haufen sei, der höchstens zur reinen Verteidigung verwendbar ist, nicht mehr zugkräftig.

Soweit die Ausführungen unseres militärischen Mitarbeiters. Wir möchten dem noch hinzufügen, daß wir bei aller Anerkennung der militärischen Leistungsfähigkeit der Schweizer Miliz nicht blind sind gegen deren Fehler und Mängel. Handelt es sich doch um das Wehrsystem eines kapitalistischen Klassenstaates, mag es sich auch im Gewande einer bürgerlichen Demokratie präsentieren. Es kann nicht Aufgabe der Sozialdemokratie sein, eine rein mechanische Nachahmung des Schweizer Milizsystems zu verlangen; sie hat vielmehr danach zu trachten, daß die Mängel dieses Systems, die besonders auf sozialem Gebiete liegen, in einer proletarisch-demokratischen Heeresorganisation vermieden werden.

Die revolutionäre Flotte.

Der Erlaß des russischen Marineministers über die Verhängung des Kriegszustandes in Sebastopol bestätigt klipp und klar, daß die kürzlichen Meldungen über eine neue große Meuterei in der russischen Schwarzmeerflotte wenigstens zum Teil richtig gewesen sind. Die russische Regierung hat zwar sofort diese Meldungen, die zuerst von der Londoner „Daily Chronicle" gebracht wurden, dementiert, aber schon die Form dieses Dementis, das jede Nachricht über eine Meuterei in der Schwarzmeerflotte als aus der Luft gegriffen erklärte, wies darauf hin, daß die russischen Behörden wie gewöhnlich die Angelegenheit vertuschen wollten. Nun heißt es in dem Erlaß des Marineministers vom 30. August: „Ueber Sebastopol ist der Kriegszustand verhängt. Wie schmerzlich ist das Bewußtsein, daß dies nicht durch Bedrohung des äußeren Feindes veranlaßt ist, sondern gegen den Feind sich richtet, der hier auf der heimischen Erde sein dunkles schändliches Handwerk des unterirdischen Krieges gegen das Vaterland treibt." Besonders bedrückend sei dieses Bewußtsein angesichts der Jahrhundertfeier des vaterländischen Krieges. Er, der Marineminister, sei persönlich nach Sebastopol gekommen, um die Marine zur Pflicht zu mahnen und sie aufzufordern, gegen die revolutionären „Hetzer" mit aller Schärfe vorzugehen. Auch der Zar sei äußerst bedrückt, daß die Saat der Unruhen in der Flotte aufgegangen sei. Es sei jedoch ein Glück, daß diese innere Krankheit sich nur auf einigen Schiffe ausgebreitet habe. Soweit der offizielle Erlaß, aus dessen Zeilen natürlich mehr herausgelesen werden muß, als der Marineminister zu sagen für nötig erachtet. Wie aus verschiedenen Meldungen hervorgeht, ist die Regierung durch die Unruhen in der Ostsee- wie in der Schwarzmeerflotte äußerst beunruhigt. In Sebastopol fand bereits am 20. August eine Konferenz der Befehlshaber der Flotte und des Gehilfen des Ministers des Innern Solotarjow statt, deren Ergebnisse streng geheim gehalten werden. Bezeichnend ist ferner, daß der Marineminister Grigorowitsch auf der Jacht „Almas" seine Inspektionsreise im Schwarzen Meere antrat, wobei das ihn begleitende Torpedoboot ausschließlich mit Offizieren bemannt war! Weiter wird aus Sebastopol berichtet, daß die unter Vorsitz des Vizeadmirals Eberhardt gebildete Untersuchungskommission fieberhaft damit beschäftigt ist, die Schuld der verhafteten 300 Matrosen nachzuweisen. Der Prozeß soll schon Ende September stattfinden, wobei die Angeklagten nach dem Kriegsgesetz abgeurteilt werden sollen.

Die konservative Presse ist über die fortwährenden Unruhen in der Flotte äußerst bedrückt. Dieselben Blätter, die noch vor wenigen Monaten die Bewilligung des Flottenprogramms als eine Lebensfrage Rußlands bezeichnet haben, gestehen jetzt kleinlaut, das Land müsse, bevor die Flottenmilliarden verausgabt würden, die Sicherheit haben, daß die

Flotte „ein gehorsames Werkzeug in den Händen der Regierung sein würde". Damit ist es nun allerdings sehr schlecht bestellt. Das barbarische Regime in der Flotte, über das Genosse Kusnetzow schon im April vorigen Jahres von der Dumatribüne Klage erhob, hat die Erbitterung der Matrosen bis aufs äußerste getrieben. 20 000 Matrosen der Kronstädter Marine hatten damals der sozialdemokratischen Dumafraktion ein von zwölf Bevollmächtigten unterzeichnetes Dokument unterbreitet, in welchem sie die Oeffentlichkeit von den fürchterlichen Zuständen in der russischen Marine und der Stimmung der Matrosen in Kenntnis setzten. Die Majorität der Duma blieb aber gegen alle diese Anklagen taub, und der Militär- und Marineprokurator erklärte herausfordernd, das Marineministerium fürchte keinerlei Agitatoren in der Flotte. Die Wirklichkeit machte der selbstbewußten Ruhe der Regierung bald ein Ende. Die Matrosen sahen, daß der Appell an die Einsicht der Herrschenden nur die Wirkung hatte, daß das Regime noch härter, die Behandlung seitens der Offiziere noch frecher und herausfordernder wurde. Es kam deshalb immer häufiger zu spontanen Protestausbrüchen, zu heftigen Konflikten mit den Befehlshabern, zu Massendesertionen der gepeinigten Matrosen. Das Polizeidepartement suchte nun seinerseits sein Süppchen an der Gärung in der Flotte zu kochen. Zahlreiche Lockspitzel wurden auf die Flotte losgelassen, und das Ergebnis war eine Reihe von Massenverhaftungen und Prozessen, die zahlreiche Matrosen ins Zuchthaus brachten. Aber weit entfernt, die Ursachen der Gärung zu beseitigen, führten alle diese Maßnahmen der Regierung nur dahin, daß die Gärung an Breite und Tiefe zunahm und schließlich den größten Teil der Flotte in ein Pulverfaß verwandelte, das jeden Augenblick in die Luft zu fliegen drohte. Sehr richtig erkannte ein Teil der konservativen Presse schon im Sommer, daß die Gärung in den technisch hochstehenden Truppenkörpern, wie vor allem in der Marine mit der Zunahme des Klassenbewußtseins der russischen Arbeiterschaft in engster Verbindung steht. Die modernen Schlachtschiffe erfordern eben ein ganz anderes Menschenmaterial als die für den inneren Polizeidienst aus den rückständigsten Elementen komplettierten Truppenkörper. Der Proletarier, der aus der Fabrik, aus der Werkstatt herausgerissen in die Marine kommt, trägt in diese schwimmenden Schlachtfabriken, die das barbarische Kasernenleben mit der Abgeschlossenheit eines Kerkers und dem moralischen Schmutz der russischen Flottenkloake vereinigen, den Protest einer emporsteigenden Gesellschaftsklasse, den tief eingewurzelten Haß gegen das bestehende Regime der Knute und des Galgens hinein. Er ist an ein geschlossenes Zusammengehen, an eine Organisation gewöhnt, und dieses tief wurzelnde Bedürfnis des klassenbewußten Arbeiters kann selbst durch den militärischen Drill nicht vernichtet werden. Es kann hierbei als feststehend angesehen werden, daß gerade die sozialistischen Elemente unter den Matrosen einen festen Damm gegen die lohende Unzufriedenheit der nichtorganisierten Menge bilden, die sich durch spontane Zornesausbrüche, wie durch das infame Treiben der Lockspitzel zu aussichtslosen Meutereien hinreißen läßt. Vor diesen ruhig und planmäßig vorgehenden Elementen in der Marine hat die Regierung die größte Furcht, und gegen sie richtet sie vor allem die heftigsten Angriffe. Die Regierung weiß, daß sie die vereinzelten „Aufstände" kleiner Gruppen heute leicht unterdrücken kann, daß sie aber machtlos ist gegenüber dem schwelenden Feuer der revolutionären Unzufriedenheit, die, von der Arbeiterklasse auf das Heer und die Marine übergreifend, die wichtigsten Stützen ihrer Macht untergräbt und unerbittlich den Zeitpunkt heranrücken läßt, wo die innerlich ausgehöhlten gewaffneten Kräfte des Landes entweder in einem Kriege oder unter dem Ansturm der revolutionären Unzufriedenheit im Innern in Trümmern zusammenbrechen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. September 1912.

Evangelische Seelenhirten.

In Stuttgart ist am Mittwoch der Deutsche Pfarrertag eröffnet worden, hinter dem, wie es heißt, 12 000 evangelische Pfarrer aller Richtungen stehen. Gleich die erste Sitzung war recht interessant; denn verhandelt wurde über den Fall Sambeth und die Duellfrage sowie über die Nützlichkeit des Aufsteigens junger Theologen in das Offizierskorps.

In bezug auf die Duellfrage meinte ein evangelisches Kirchenlicht namens Oberdieck:

Der Fall Sambeth war, als er vom Zentrum im Reichstag vorgebracht wurde, schon zwei Jahre alt und das Zentrum hatte sich ihn aufgehoben, um bei passender Gelegenheit darauf zurückzukommen und dem Kriegsminister einen Stein in den Weg zu rollen. Das Zentrum hat den Fall vorgebracht in einer Zeit, wo es für Sambeth selbst am allerpeinlichsten war, denn sein einstiger Gegner lag im Sterben und ist auch bald darauf gestorben. Ich habe mit Offizieren des Heeres und der Landwehr über den ganzen Fall und über die Art und Weise gesprochen, in der Sambeth damals behandelt wurde. Ich kann erklären, daß es doch nicht so gewesen ist, wie es vom Zentrum dargestellt wurde, nämlich daß Sambeth aus dem Offizierskorps herausgedrängt wurde, nur weil er nicht Satisfaktion gegeben hätte. Die Offiziere vom Gergentheimer Bataillon, bei dem Sambeth stand, haben mir gesagt, der Grund für die Entfernung Sambeths sei gewesen, daß Sambeth das Erscheinen vor dem Offiziersehrenrat in der Duellangelegenheit prinzipiell abgelehnt hatte. Wir müssen uns nun auch vom Standpunkt der Armee in diese Lage hineinversetzen. Viele unserer Amtsbrüder waren gewiß Mitglieder studentischer Korporationen. Wenn es da eine Forderung gab, so hatte sich der Betroffene immer nach den Satzungen seiner Korporation zu richten. Sambeth hat das nicht getan, er ist vor dem Ehrenrat nicht erschienen, sondern hat sich auf allgemeine Gründe bezogen und von sich aus jedes weitere Eingehen auf die Entscheidung des Ehrenrats verweigert. Der Ehrenrat hätte ihn, wie ich großen Grund habe, anzunehmen, gar nicht zu einem Duell aufgefordert. Die kaiserliche Kabinettsorder hat den Duellunfug bei Offizieren auf die zwei äußersten Fälle beschränkt, nämlich bei persönlichem Angriff und bei der Antastung der Familienehre. Beides ist in dem Fall Sambeth nicht in Frage gekommen und also wäre nicht anzunehmen gewesen, daß er vom Ehrenrat zum Duell genötigt worden wäre. Der eigentliche Grund der Ausschließung Sambeths ist also nicht die Ablehnung des Duells als solche, sondern nur, daß er sich auf allgemeine Gründe gegen das Duell bezog und die Angelegenheit dem Urteile des Ehrenrats entzog."

Der Pfarrertag schloß sich dem Gewicht dieser famosen Gründe des würdigen Seelenhirten an und erklärte die Angelegenheit für erledigt.

Noch kurioser wie dieses Geschwätz verlief die Debatte über die Geeignetheit der evangelischen Theologen für das Offizierskorps. Aus der Mitte der Versammlung wurde auf das Bedürfnis einer Erörterung der Tatsache verwiesen, daß die jungen Theologen, die gern Offiziere werden möchten, meist an der Duellfrage scheiterten. Es kämen junge schnoddrige Offiziere und sagten den jungen Theologen: „Sie sind wohl Theologe, also sind Sie nicht satisfaktionsfähig!" Mehrere Redner aus der Versammlung führten aus: „Wir müssen erreichen, daß auch diese jungen Theologen von den Offizieren als voll satisfaktionsfähig anerkannt werden. Es muß als Beleidigung gelten, wenn einem jungen Theologen von einem Offizier gesagt wird, weil er Theologe sei, deshalb sei er nicht satisfaktionsfähig. Gerade wir evangelischen Pfarrer haben unter diesem Zustand zu leiden, denn die katholischen Pfarrer dienen gar nicht und können daher in solche Konflikte nicht hineinkommen. Sie haben es leicht, Beschlüsse zu fassen, denn sie stehen außerhalb. Jedenfalls ist das Duell ein schwerer Schaden innerhalb der Armee. Das sollten wir uns nicht verhehlen, dieser Schaden trifft gerade unsern Stand am meisten."

Und diese Herren bezeichnen sich selbst als Nachfolger Christi und predigen den Armen Entsagung und stille Ergebenheit in Gottes Fügung!

Erst die Interessen der Großbauern, dann die der Arbeiter.

Gezwungen durch den Unwillen, der sich auch in katholischen Arbeiterkreisen gegen die durch Wucherzölle und Einfuhrverbote maßlos gesteigerte Fleischteuerung erhebt, hatte jüngst die „Westd. Arbeiterztg.", das Blatt des Verbandes katholischer Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, sich für die zeitweilige Aufhebung der Futtermittelzölle und Einfuhr argentinischen Gefrierfleisches ausgesprochen. In geziemender Bescheidenheit verlangte das klerikale Blatt nicht etwa, die Zollgesetzgebung solle völlig geändert werden. So hoch ging seine Bitte um Berücksichtigung der Arbeiterinteressen nicht. Ausdrücklich erklärte es, daß es nur für die Zeit des Notstandes seine Forderungen stelle. Weder solle ein handelspolitisches Präjudiz geschaffen, noch der Gesundheitsschutz gefährdet werden.

Doch selbst diese bescheidenen Forderungen gehen den Zentrumsagrariern, bereits viel zu weit. Der „Westd. Arbeiterztg." wird deshalb durch die ultramontane „Rhein. Volksstimme", das Blatt der rheinischen Großbauern, folgende Abfertigung zuteil:

„Die Zölle müssen suspendiert, die Grenzen geöffnet und dem ausländischen Gefrierfleisch der heimische Fleischmarkt ausgeliefert werden, damit der Arbeiter weiß, wessen er sich im Frühjahr zu versehen hat. Das ist der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" langen Rede kurzer Sinn. Mit keiner Silbe gedenkt das christliche Arbeiterblatt dabei des heimischen Bauernstandes, der bei der schon seit Wochen andauernden schlechten Witterung, die ihm seine schönsten Erntehoffnungen zerstört, sicher auch noch nicht weiß, wessen er sich im nächsten Frühjahr zu versehen hat. Ob die „Westd. Arbeiterzeitung" sich bewußt war, wessen Beifall sie herausforderte, als sie die vorstehenden temperamentvollen Sätze niederschrieb. Wir nehmen's nicht an, sonst müßten wir glauben, sie hätte sich den Beifall der roten Arbeitermassen erringen wollen, deren Presse ihr heute jubelnd zustimmt. Der landwirtschaftreibenden Bevölkerung und dem Frieden unter den christlichen Berufsständen hat das M.-Gladbacher Blatt jedenfalls einen Bärendienst mit seinem Artikel geleistet. Und wir sind davon überzeugt, auch ein sehr großer Teil der Mitglieder des Verbandes, in dessen Auftrage die „Westd. Arbeiterztg." erscheint, wird dem Blatte keinen Dank wissen für die Auslassungen, die dem Interesse der landwirtschaftreibenden Verbandsmitglieder — und deren dürften es nicht wenige sein — diametral entgegenstehen. Wir haben sicher nichts dagegen, wenn der Arbeiter sich billige Nahrung zu verschaffen sucht, aber ebenso sehr wie dasjenige des Arbeiterstandes kommt hier das Interesse des Bauernstandes in Frage; dem man seine Existenz vernichtet, wenn man die Schutzzollschranken, die man notgedrungen aufrichten mußte, — sollte die heimische Landwirtschaft nicht völlig vernichtet werden, — wieder niederzureißen sucht. Uebrigens setzen wir in die Einsicht der Staatsregierung mehr Vertrauen als in diejenige der „Westdeutschen Arbeiterzeitung", die in ihrem „Teuerungsartikel" den einseitigen Klassenstandpunkt doch etwas allzusehr hervorgekehrt hat!"

Wir finden solche schönen Belehrungen, wie sie die „Rheinische Volkszeitung" der Redaktion der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" erteilt, für sehr ersprießlich. Ist auch die Arbeiterschaft, die den Zentrumsführern folgt, etwas schwer von Begriff, so wird doch auch ihr endlich einleuchten, daß die Profitinteressen des katholischen Feudaladels und der Großbauern den Arbeiterinteressen unbedingt vorgehen und die Arbeiter einfach auf Fleischgenuß zu verzichten haben, wenn der Nutzen der Agrarier das verlangt.

Die Anständigen!

Das edle Scharfmacherorgan in Berlin, die „Post", leistet sich wieder einmal eine gemeine Denunziation. Sie schreibt in der Nummer vom 12. September:

„In der Arbeitgeberschaft hat es ein gewisses Aufsehen erregt, daß der Privatdozent an der Universität Berlin, Dr. Adolf Günther, früher beim Technikerverband, ins Kaiserliche Statistische Amt berufen worden ist. Dr. Günther ist bekannt geworden durch eine Reihe von Schriften und Aufsätzen, in denen er in Unterstützung der sozialdemokratischen Agitation die Wohlfahrtseinrichtungen in der Industrie herabzusetzen sucht. Seine Schriften beweisen, daß es ihm in bezug auf das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern an Objektivität und Sachlichkeit fehlt. Dies hätte aber auch den zuständigen Regierungsstellen, welche für die Berufung von Dr. Günther verantwortlich sind, bekannt sein dürfen. Oder ist etwa die Berufung in der Absicht geschehen, die deutsche Arbeitgeberschaft zu brüskieren?"

Wie sagt Zola? „Welche Lumpen sind doch diese sogenannten anständigen Leute!"

Unruhen in Deutsch-Neuguinea.

Offiziös wird gemeldet: Nach einer Meldung des Bezirksamtes Friedrich-Wilhelms-Hafen (Neuguinea) sind im dortigen Bezirke Unruhen ausgebrochen. Es gelang der Polizeitruppe, die Rädelsführer gefangen zu nehmen und die Ruhe ohne Blutvergießen wieder herzustellen.

Die Meldung des Bezirksamtes ist am 8. September in Jap (West-Karolinen) telegraphisch aufgegeben, ist also anscheinend mit dem am 4. September in Friedrich-Wilhelms-Hafen abgegangenen Dampfer abgesandt worden.

Polizeilich festgestellter Agrarierschwindel.

Auf dem Wochenmarkt in Sagan soll es gelegentlich des Butterkrieges nach den Darstellungen der Agrarier zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Händlern und Konsumenten gekommen sein. Der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Kreisvereins Sagan, Rittergutsbesitzer Westmann, erließ darauf im dortigen Wochenblatt eine Aufforderung an alle diejenigen Händler, die von den Konsumenten tätlich angegriffen oder belästigt worden seien; sie möchten sich zwecks gerichtlicher Verfolgung der renitenten Konsumenten bei einem näher bezeichneten Rechtsanwalt als Zeugen melden. In einem weiteren Inserat wurde der Polizei indirekt zum Vorwurf gemacht, daß sie die agrarischen Interessen durch Abwesenheit während der kritischen Tage nicht genügend gewahrt habe. Diesem dreisten Agrarierschwindel tritt nun die Saganer Polizeiverwaltung in einer amtlichen Bekanntmachung mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit entgegen. Es heißt in derselben:

„Die Bekanntmachung der „Landwirtschaftlichen Kreiskommission des Kreises Sagan J. A. Westmann" in Nr. 207 der „Niederschlesischen Allgemeinen Zeitung" vom 4. d. M. ist geeignet, im Publikum den Eindruck zu erwecken, als ob es hier auf den letzten Wochenmärkten bei Gelegenheit des Butterkrieges zu vielfachen schweren Verstößen gegen Personen und Eigentum gekommen sei, und daß hierbei die Polizei ihre Pflicht nicht getan habe, bezw. Polizeibeamte überhaupt nicht zu erlangen gewesen seien. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß bisher bis auf einen Fall, in dem auf dem Gemüsehandelmarkt gegen einen als notorischen Trunkenbold bekannten Arbeiter wegen eines unzulässigen Vergehens eingeschritten werden mußte, noch in keinem Falle ein polizeiliches Einschreiten geboten war und in keinem Falle von den Verkäufern polizeiliche Hilfe nachgesucht worden ist, trotzdem stets Polizeibeamte in mehr als ausreichender Zahl auf dem Wochenmarkt vorhanden waren. Es muß anerkannt werden, daß das kaufende Publikum den Kampf um Verbilligung der Lebensmittel bisher im allgemeinen unter Wahrung der durch Gesetz und Sitten gegebenen Grenzen geführt hat, und es wird die Erwartung ausgesprochen, daß dies auch in Zukunft geschehen wird. Ebenso muß von den Verkäufern erwartet werden, daß sie sich in Zukunft der von ihnen mehrfach gebrauchten groben Beleidigungen, die geeignet sind, das Publikum schwer zu reizen und dadurch Ausschreitungen herbeizuführen, enthalten möchten."

Deutlicher, als es die Polizeiverwaltung in Sagan tut, kann den Agrariern gar nicht gesagt werden, daß sie wieder einmal unverschämt geschwindelt haben.

Die Ereignisse in der Türkei.

Die Nachrichten aus der Türkei lauten widersprechend. Aus Saloniki wird gemeldet, daß die Türkei fünfzehn Landwehrbrigaden mobilisiert habe, weil die Haltung Bulgariens immer bedrohlicher würde. An der bulgarischen Grenze wird ja von den Wachen schon munter aufeinander losgeschossen. Offiziell erhält dagegen die Pforte fortgesetzt sehr günstige Versicherungen über die Haltung der Großmächte gegenüber den Balkanstaaten. Bulgarien, Serbien und Griechenland haben friedliche und freundschaftliche Versicherungen abgegeben.

Die Sache steht eben so, daß zwar die Balkanstaaten und insbesondere Bulgarien sehr gerne losschlagen möchten, um das Erbe des kranken Mannes zu liquidieren, daß aber momentan die Großmächte, wenn auch aus verschiedenen Motiven, sie daran zu hindern suchen. Vor allem ist Rußland militärisch absolut nicht vorbereitet, das ungeheuere Risiko einer blutigen Entscheidung des Balkanproblems zu wagen. Ohne russische Unterstützung wollen und können aber die Balkanregierungen nicht losgehen. Freilich scheint die Aufregung der Bevölkerung so groß zu sein, daß die Gefahr nicht ausgeschlossen ist, die Regierungen könnten auch gegen ihren Willen mitgerissen werden.

In diesem Zusammenhang kann auch die Lösung der serbischen Ministerkrise nicht gerade Beruhigung einflößen. Denn Herr Pasitsch, der wieder einmal Ministerpräsident geworden ist, ist ein Politiker, der Abenteuern nicht gerade abgeneigt ist.

Unterdessen entfalten die bulgarischen Banden eine immer regere Tätigkeit. Ihre letzte Scheußlichkeit, das Bombenattentat auf dem Mehlmarkte in Doiran hat unter den Türken größte Erbitterung hervorgerufen. Die Explosion erfolgte um 11 Uhr vormittags. Die Bombe war in einem Sack Mehl verborgen auf den Markt gebracht worden. Durch die Explosion wurden 13 Marktleute, darunter 11 Mohammedaner getötet, 23 tödlich und 16 leichter verletzt, abgesehen von den zahlreichen leicht Verletzten, die sofort geflohen waren. Dem rechtzeitigen Eingreifen der Behörden gelang es, die Ordnung aufrechtzuerhalten und Ausschreitungen zu verhindern. Vier bulgarische Bauern sind als des Attentats verdächtig verhaftet worden.

Reformen.

Konstantinopel, 12. September. Wie es heißt, hat der Ministerrat die Ausarbeitung des Reformentwurfs für Rumelien beendet. Der auf die öffentlichen Arbeiten und die Justiz bezügliche Teil der Reformen wird auch in Anatolien durchgeführt werden.

Die dritte Verlustliste des Krieges.

Aus Rom wird uns geschrieben: Das italienische Militärwochenblatt veröffentlicht die dritte Liste der im Kriege gefallenen Offiziere und Soldaten und der an den Folgen der Verwundungen Gestorbenen. Diese dritte Liste umfaßt 13 Offiziere und 284 Soldaten. Die zweite vom 11. Mai brachte die Namen von 20 Offizieren und 151 Soldaten, die erste vom 2. März wird bei der allgemeinen Zusammenstellung mit 83 gefallenen Offizieren und 398 gefallenen Soldaten in Rechnung gesetzt. Es ergibt sich eine Gesamtzahl von 66 Offizieren und 783 Soldaten.

Bedenkt man, daß diese Zahlen den Zeitraum beinah eines Jahres umfassen, so können sie nicht als erschreckend hoch gelten. Leider sind es aber auf die Nerven und auf die Stimmung des Publikums zurechtgestutzte Zahlen. Das geht schon daraus hervor, daß die erste Verlustliste in Wirklichkeit mehr Namen enthielt als bei der wiedergegebenen Schlußzusammenstellung zutage tritt: die Toten waren 37 Offiziere und 499 Mann, also 104 mehr, als man jetzt in Rechnung setzt. Nicht genug damit, hat man sich bis jetzt noch nicht entschlossen, die 323 Toten von Scharaschatti als Tote zu melden. In der ersten Liste wurden sie als verschollen bezeichnet, und das bleiben sie, obwohl man ihre verstümmelten Leichen längst gefunden und bestattet hat. Fügt man diese Toten hinzu und korrigiert den angeführten Irrtum, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 1210 Toten, doch kann auch diese noch nicht als ein zuverlässiger Ausdruck der tatsächlichen Verluste gelten. Einmal ist die Verlustliste, der ausdrücklichen Erklärung des Ministeriums zufolge, noch nicht vollständig: sie enthält nicht alle Namen der bis zum 1. September in Gefechten Gefallenen. Außerdem fehlt aber jede Veröffentlichung über die auf dem Kriegsschauplatz oder nach ihrer Heimkehr an Cholera, Typhus, Blattern, Malaria usw. Verstorbenen. Wo sich eine Kontrolle ausüben ließ, konnte man überall feststellen, daß den Seuchen viel mehr zum Opfer gefallen sind, als den feindlichen Kugeln. Man wird also noch hinter der traurigen Wirklichkeit zurückbleiben, wenn man die Gesamtzahl der Toten auf 2500 ansetzt. Natürlich sagen uns die öffentlichen Mitteilungen nichts über die Zahl der durch den Krieg dauernd Verstümmelten und invalide Gewordenen. Das Defizit an Lebenskraft und Gesundheit wird man in der Folge nur allzu deutlich fühlen.

Rußland.

Die Wahlen.

Petersburg, 12. September. Durch Allerhöchsten Ukas ist die Reichsduma aufgelöst worden. Die Neuwahlen beginnen am 23. September. Die Eröffnung der neuen Duma findet am 28. November statt.

Gewerkschaftliches.

Fünfundzwanzig Jahre Organisation der Drechsler Berlins!

Fünfundzwanzig Jahre sind eine lange Zeit im Menschenleben, jedoch im Volksleben bedeuten sie wenig. Aber fünfundzwanzig Jahre Organisationstätigkeit hinterlassen doch ihre Spuren. Eine ganze Reihe Gewerkschaften hat bereits in den letzten Jahren auf fünfundzwanzig Jahre Tätigkeit zurückblicken können. Auch die Drechsler Berlins können in diesen Tagen sich der Gründung ihrer Organisation „der Vereinigung der Drechsler Deutschlands" erinnern.

Die Vereinigung war nicht erst der Anfang der Organisation. Schon in den Jahren 1877 und 1878 sind Versuche der Organisationsgründung zu verzeichnen. Damals entfaltete der Drechsler Hinze eine rege agitatorische Tätigkeit unter seinen Berufskollegen. Und im Jahre 1881 war es der Drechsler Liebig, der sich von der Reaktion gebrauchen ließ, eine Organisation unter den Drechslern ins Leben zu rufen, welche den Zweck haben sollte, die Arbeiter des Gewerbes für die Regierungspolitik einzufangen. Damals erfolgte die Gründung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Drechsler. Bald nach seiner Gründung jedoch wurde Liebig ausgeschaltet, und der Verein versuchte es, die Interessen der Kollegenschaft wirklich wahrzunehmen. In den folgenden sechs Jahren war es eine Reihe anderer Berufsangehöriger, die ihre Tätigkeit der Organisation widmete. Unter anderen waren es Buchmann, Dost, Fischer, Emil Köppen, Karl Hartmann, Hoch, Hildebrandt, Kühn, Müller, Pindrix, Prause, die Brüder Tabbert, Thom, Schmädicke, Sündermann, Stein, Werdermann, Zeise und später bei der Gründung der Vereinigung der Drechsler Deutschlands Cantius, Jakob Ehlert, Freithaler, Leipart, Plagens und Rautenberg.

In diese Zeit fallen eine Reihe Werkstattkämpfe. Hervorzuheben ist der Versuch der Perlmuttwarenfabrikanten, die Organisation zu zertrümmern, indem Forderungen der Arbeiter in einzelnen Betrieben mit einer Aussperrung im ganzen Gewerbe beantwortet wurden, die an 300 Betroffene umfaßte.

Am 23. Juli 1887 fand dann eine Versammlung der Drechsler statt, welche sich mit der Frage der Zentralisation beschäftigte. Die Versammlung beschloß, zu dem am 28. und 29. August in Naumburg tagenden Kongreß zwei Delegierte zu entsenden. In Vorschlag kamen Sündermann und Pindrix sowie Prause als Ersatzmann.

Am 19. September wurde Bericht erstattet, und die erste Zahlstelle der Vereinigung der Drechsler Deutschlands gegründet. In die Leitung wurden gewählt: K. Hartmann, R. Sündermann, Zeise, Kurth und Schütze.

Jedoch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten. Auch die liebe Berliner Polizei mischte sich ein. Die auch damals geübte Politik der Nadelstiche zeitigte folgende Verfügung des Polizeipräsidiums:

„Dem Vorstand wird auf den Antrag vom 21. d. M. unter Bestätigung der Einreichung der Statuten der Vereinigung der Drechsler Deutschlands hiermit eröffnet, daß die mit der Vereinigung verbundenen Kasseneinrichtungen zur Unterstützung arbeitsloser und reisender Mitglieder sich als Versicherungsanstalten charakterisieren, welche in Preußen nach § 1 des Gesetzes vom 17. Mai 1853 in Verbindung mit $\frac{\S\ 340\ b\ Pr.}{\S\ 360\ \ R.}$ Str.-G.-B. der staatlichen Genehmigung bedürfen. Der Vorstand wird daher unter Bezugnahme auf diese gesetzlichen Bestimmungen hiermit von aufsichtswegen aufgefordert, binnen 6 Wochen vom Empfang dieser Verfügung zur Vermeidung der strafrechtlichen Verfolgung der Beteiligten den Nachweis zu führen, daß die staatliche Zulassung der Kassen erfolgt, oder wenigstens zuständigen Orts beantragt ist.

Der Polizeipräsident
v. Richthofen."

Dieser Hieb wurde pariert, indem eine Versammlung der Zahlstelle am 18. Oktober folgenden Beschluß faßte:

„Der Vorstand im Einverständnis mit dem Ausschuß möge beschließen: a) die sofort durch Beschluß zu veranlassende tatsächliche Streichung der Bestimmungen der §§ 8, 9 und 10 des Statuts betr. die Pflichten der Vereinigung gegenüber deren Mitglieder bei eintretender Arbeitslosigkeit und Wanderschaft (Reiseunterstützung).

b) Im Anschluß hieran eine Abänderung des Statuts der Vereinigung der Drechsler Deutschlands zu vollziehen und zuständigen Orts zur Genehmigung einzureichen."

Die Durchführung dieses Beschlusses stellte die Organisation auf eine Grundlage, die es ermöglichte, die Tätigkeit auch ohne hohe obrigkeitliche Genehmigung fortzusetzen. Die Organisation entwickelte sich in zufriedenstellender Weise. Der Gründung der ersten Zahlstelle folgte bereits im Januar 1888 die Zahlstelle II für die Stockarbeiter, die Zahlstelle III für den Osten, Zahlstelle IV für den Norden, Zahlstelle V, VI und VII für die Kammacher, Perlmuttarbeiter und Elfenbeindrechsler. Im Jahre 1890 hatten die sieben Zahlstellen mit nahezu 1000 Mitgliedern ihren Höchststand erreicht. Die dann einsetzende Krise schlug der Organisation schwere Wunden.

Zu bedeutsamen Anläßen gaben des öfteren die Kollegen Berlins den Anstoß. So regten sie die Vertretung der Drechsler Deutschlands auf dem internationalen Arbeiterkongreß in Paris 1899 an. Auf ihren Vorschlag wurde Legien nach dort delegiert. Und von gewaltigem Eindruck war die erste Maifeier im Jahre 1890. Die geplante Versammlung war verboten. An Stelle derselben wurde ein Ausflug nach Schmargendorf inszeniert, an dem mehr als 500 Drechsler sich mit ihren Frauen beteiligten.

In der ersten Zeit der Entwickelung hatte die Organisation auch ein komisches Intermezzo mit der Innung auszufechten. Der damalige Obermeister Meyer wollte von der Gesellenschaft einen Ausschuß gewählt haben. Nach mehrfachen Versuchen berief die Innung dann eine Versammlung ein. In derselben sollte nur gewählt werden. Die Drechsler traten vollzählig an, der Saal war überfüllt, und als um 12 Uhr die Wahlurne geöffnet wurde, fiel auch nicht ein Stimmzettel heraus. Mit betrübten Gesichtern zog der Innungsvorstand unter dem Hohngelächter der Versammelten ab.

Im Jahre 1893, mit dem Uebertritt der Vereinigung der Drechsler zum Holzarbeiterverband, schloß sich auch die Berliner Zahlstelle demselben an.

Klein nur war die Zahl derer, die zur Gründung sich zusammenfanden. Große Kämpfe sind in den 25 Jahren durchgefochten. Schwer litten die Berufsangehörigen des öfteren unter der jeweiligen Krise, die Holzdrechsler unter dem Wechsel des Stils, die Kammacher unter der Einwirkung der Mode, die Stockarbeiter besonders unter Verlegung von Betrieben nach außerhalb, dem Wechsel des zu verarbeitenden Materials und der Mode. Aber es ging dennoch vorwärts. In den achtziger Jahren waren 10 Stunden tägliche Arbeitszeit die Regel. Daneben standen Ueberstunden und Sonntagsarbeit in üppigster Blüte. Heute gilt allgemein die 8½stündige Arbeitszeit. Ueberstunden sind verpönt; eine Regelung der Lohnverhältnisse wurde angestrebt und erreicht. Früher feilschte man um den Lohn bei jedem Akkord, heute besteht eine tarifliche Regelung.

Kaum 100 Kollegen fanden sich zur Gründung zusammen, heute mustert die Zahlstelle Berlin in den einzelnen Branchen der Drechsler, Stockarbeiter, Schirmmacher und Näherinnen, Kammacher, Perlmutt-, Horn- und Steinnußarbeiter die stattliche Zahl von 2295 Mitgliedern. Aus der Vereinigung der Drechsler Deutschlands gingen eine Reihe in der Gewerkschaftsbewegung an hervorragender Stelle stehende Kollegen hervor. Zu nennen sind hier Legien, der Vorsitzende der Generalkommission; Leipart, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes; Umbreit, Redakteur des Korrespondenzblattes der Generalkommission; Mohs, der Vorsitzende des Gemeindearbeiterverbandes; Brunner, lange Zeit in der Generalkommission als Sekretär, jetzt im Transportarbeiterverband tätig, und andere mehr.

Um nun der Zeiten gemeinsam zu gedenken, haben die Leitungen obiger Branchen zum Montag, den 16. d. Mts., abends 8 Uhr, eine gemeinsame Versammlung in Bökers Festsälen, Weberstr. 17, einberufen, in denen der Verbandsvorsitzende Leipart einen Rückblick auf die Bewegung werfen wird.

Aufgabe der Kollegen aller Branchen muß es sein, vollzählig in dieser Versammlung zu erscheinen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kleber! Die Sperre über die Firma Borsdorf, Hufelandstr. 47, ist aufgehoben. Die Differenzen sind beigelegt.

Die Schlichtungskommission.

Achtung, Glasbläser und Hilfsarbeiter! Bei der Firma Kosmos (Kosmosflaschen-Fabrik) Berlin W., Kurfürstenstr. 146—147, haben sämtliche Glasbläser und Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt. Ursache hierzu war ein ganz enormer Lohnabzug. Trotz mehrmaligen Verhandelns mit der Firma ist es nicht zur Einigung gekommen. Der Zuzug ist daher aufs allerstrengste zu meiden.

Zentralverband der Glasarbeiter. Zahlstelle Berlin.

Friede in der Alfenidbranche.

Die letzten Verhandlungen mit den Unternehmern haben nunmehr das Resultat gezeitigt, daß in Zukunft in dieser Branche feste Einstellungslöhne gezahlt werden, in der Höhe, wie sie an dieser Stelle schon veröffentlicht wurden.

Der Streik bei der Firma Jürst in Adlershof wird davon nicht berührt, vielmehr findet am Sonnabend daselbst eine Versammlung statt, in der endgültige Beschlüsse gefaßt werden.

Der Gastwirt Emil Pabst (Eisbeinwirt), Brunnenstr. 170, weigert sich, mit dem Verband der Gastwirtsgehilfen wegen Abschluß eines Tarifes zu verhandeln. Der Betrieb ist für organisierte Gehilfen gesperrt.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverw. Berlin I.

Zur Maßregelung der organisierten Kellner im Café Abbazia

nahm am 12. September, morgens 6 Uhr, in den Germaniasälen eine von mehr als 1000 Personen besuchte öffentliche Versammlung der Caféangestellten Stellung. Der Referent Hegewald erbrachte in ausgiebiger Weise den Beweis, daß die im Cafèhausgewerbe entstandene Unruhe nur durch die Wühlereien der von den Unternehmern künstlich erhaltenen gelben Gehilfengruppe verursacht worden ist. Besondere Entrüstung erregte die Bekanntmachung der Tatsache, daß das gelbe Gehilfenblättchen einen Unternehmer, welcher mit der Organisation einen Vertrag abgeschlossen hatte, wegen seiner österreichischen Nationalität als angeblichen Anhänger der Sozialdemokratie denunziert hat. Zu den irreführenden Berichten der bürgerlichen Presse und besonders des „Lokalanzeigers" stellte der Referent fest, daß ungefähr zehn Kollegen in das Lokal hineingingen, in der Absicht, Zettel aufklärenden Inhalts über die Maßregelung der organisierten Kellner zu verteilen. Dieselben waren aber nicht in der Lage, ihr Vorhaben auszuführen, weil sie gleich bei Beginn ihrer Tätigkeit von den im Lokal tätigen „Kellnern" und ungefähr 20 sich gleichfalls dort befindlichen Gelben mit Gummiknüppeln und Stöcken geschlagen wurden. Ein unbeteiligter Gast, welcher gegen ein derartiges Auftreten Einspruch erhob, erhielt derartige Schläge mit einem Gummiknüppel, daß er besinnungslos vor dem Lokal liegen blieb. Dieser Vorfall hatte zur Folge, daß sich des vor dem Lokal angesammelten Publikums eine große Aufregung bemächtigte und es des besonnenen Auftretens einiger Verbandsmitglieder bedurfte, um weiteres Unglück zu verhüten. Diesen Moment benutzten einige lichtscheue Elemente und warfen drei Fensterscheiben ein. Die zahlreich vorhandene Polizei fand keine Ursache zum Einschreiten gegen die Flugblattverbreiter, wohl aber mußte sie auf Verlangen des Publikums einen der arbeitswilligen Kellner als Hauptschläger feststellen. Revolverschüsse sind überhaupt nicht gefallen.

In der Diskussion bestätigte ein in der Versammlung anwesendes Mitglied des gelben Vereines, daß die Arbeitswilligen mit Gummiknüppeln ausgerüstet waren. Auch mußte derselbe zugeben, daß er als früheres Mitglied des Verbandes bei jeder Flugblatt-Verbreitung von der Organisationsleitung vor Gewalttätigkeiten irgend welcher Art strengstens gewarnt wurde. Ein weiterer Redner bestätigte, daß ihm von dem arbeitswilligen „Kellner" Krotke ein Revolver gezeigt wurde, mit welchem derselbe zu schießen drohte. Festgestellt wurde auch, daß der Portier des Cafés den Auftrag hatte, Revolver zu kaufen. Die anwesenden Gelben waren nicht in der Lage, die gemachten Ausführungen zu widerlegen.

Interessant waren die Ausführungen eines anwesenden Unternehmers, welcher seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß es überhaupt „gelbe" und „rote" Kellner gebe, da sie doch alle gemeinsame Interessen haben, genau wie die Unternehmer ihre eigenen Interessen haben.

Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die in den „Germaniasälen" tagende öffentliche Versammlung der organisierten Caféangestellten verurteilt entschieden das Vorgehen der bürgerlichen Presse, die die Gewaltakte der gelben Rohlinge den organisierten Kellnern an die Rockschöße hängen möchte und empfiehlt insbesondere dem Chefredakteur des Berliner „Lokal-Anzeiger", Herrn Kupfer, bei seinen angeblichen Beobachtungen die gelbe Brille abzusetzen und die Tatsachen nicht völlig auf den Kopf zu stellen. Die Versammelten sind sich darin einig, daß besonders der „Lokal-Anzeiger", der die Bestrebungen der Caféangestellten auf Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unanständiger Weise herabzuwürdigen sucht, aus den Kreisen der Angestellten zu verschwinden hat."

Im Auftrage des Herrn Dr. Briest-Adlershof, der in einer Versammlung am Sonntag beschuldigt worden war, einen verwundeten Patienten zunächst nach dem Honorar gefragt und ihn dann mit einem Notverband entlassen zu haben, schickt uns Herr Rechtsanwalt Hardell-Adlershof eine Sachdarstellung, der wir folgendes entnehmen: Der fragliche Patient erschien nach 11 Uhr abends. Herr Dr. Briest machte ihn darauf aufmerksam, daß er, — wenn er keiner Kasse angehöre — die Behandlung persönlich bezahlen müsse und sich der Preis für Verband, Verbandsmaterial und Nachtkonsultation auf 4 M. belaufe. Als der Verletzte erklärte, diese Geldmittel nicht bei sich zu führen, wurde er von Herrn Dr. Briest nichtsdestoweniger ordnungsgemäß verbunden, so daß später auch der Kassenarzt an dem Verband nichts änderte. Herr Dr. Briest machte seine Bemerkung deswegen, weil der Patient ihm die Frage nach seiner Kassenangehörigkeit nicht klar zu beantworten vermochte.

Deutsches Reich.

Der Streik der Kartonnagenarbeiter in der erzgebirgischen Kartonnagenindustrie konnte am Montag mit gutem Erfolge beendet werden. Es wurde ein Vertrag auf 4 Jahre abgeschlossen. Erreicht wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit ab 1. Januar 1918 von 58 auf 57 Stunden und ab 1. Januar 1915 auf 56 Stunden. Die Mindestlöhne für Zuschneider, Mustermacher und Preßvergolder betragen nach einjähriger Tätigkeit in der Branche 22 M., nach zweijähriger Tätigkeit 23 M. und nach vierjähriger Tätigkeit 24 M. Wochenlohn. Für Stundenarbeiter wurde 2 Pf. Lohnzulage sofort, 1 Pf. ab 1. Januar 1913 und 2 Pf. ab 1. Januar 1915 bewilligt. Ferner wurden für Ueberstunden Zuschläge von 8 bis 15 Pf. für Zuschneider, Mustermacher, Preßvergolder und Akkordarbeiter, 6 bis 12 Pf. für Hilfsarbeiter bewilligt. Die Mehrzahl der in der Branche Beschäftigten sind Akkordarbeiter. Für diese wurden Preislisten ausgearbeitet, die, soweit sich übersehen läßt, den Akkordarbeitern bessere Löhne gewähren und den Fabrikanten für Herstellung und Kalkulation eine Basis geben. Weiter wurde Entschädigung nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches anerkannt und die Lohnzahlung auf Freitag bestimmt. Bis auf eine Werkstube waren diese Arbeiten schon Sonnabend erledigt, und der Arbeitsaufnahme hätte Montag nichts im Wege gestanden. Der deutsche Industrie-Schutzverband (Sitz Dresden) als Prinzipalunterhändler gab aber nicht zu, daß in den neun erledigten Betrieben die Arbeit aufgenommen werden durfte, bevor in allen Betrieben eine Verständigung erzielt war. Deshalb konnte die Wiederaufnahme der Arbeit erst Dienstag, den 10. September, erfolgen.

„Terrorisierte" Christen.

Die christlichen Gewerkschaften betreiben die Sammlung von „Material" zur Begründung neuer Zuchthausgesetze mit einem Eifer, der die Gelben neidisch macht und die Konkurrenz der Scharfmacher schlägt. Daß bei diesem Eifer die Wahrheit nicht immer auf ihre Rechnung kommt, ist schon so oft nachgewiesen, daß man sich allgemach darein schickt, bei jedem neu vorgebrachten Terrorismusfall neun Zehntel als Beigabe christlicher Phantasie streichen und den Rest noch stark anzweifeln zu müssen. So liegt der Sachverhalt auch bei dem schrecklichen „Fall", den die „Gewerkschaftsstimme" (Nr. 36) ihren gläubigen Lesern wie folgt serviert:

„Sozialdemokratische Gewaltherrschaft. In der Kunstseidefabrik in Kelsterbach hatten sich einige Kollegen unserem Verbande angeschlossen. Darüber große Entrüstung unter den sozialdemokratischen Freiheitshelden vom roten Fabrikarbeiterverband. Unsere Kollegen hatten nun alle Freuden der sozialdemokratischen Gewaltherrschaft durchzukosten. Sie wurden mit Eisenstücken, Besenstielen und Steinen beworfen, die Kleider wurden ihnen zerrissen, ja dem einen wurde der Hut gestohlen. Der Anführer der roten Horde, Baumann, so heißt der Edle, drohte einem unserer Kollegen sogar, ihn ins Wasser zu werfen. Als alles dies unseren Kollegen nicht von der vorzüglichen Wirkung des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes überzeugen konnte, legten die Sozzen einfach die Arbeit nieder und erzwangen so die Entlassung unserer Kollegen. Die sozialdemokratischen Freiheitshelden wurden der Staatsanwaltschaft übergeben. Sie werden hoffentlich Gelegenheit bekommen, über die Folgen ihrer Gemeinheiten nachzudenken."

Zunächst ist richtigzustellen, daß nicht „unsere" — also eine Mehrheit von Mitgliedern des christlichen Verbandes — entlassen worden sind, sondern einer, ein gewisser Kramhöller, ist entlassen worden. Zum anderen hat niemand die Arbeit niedergelegt, um die Entlassung dieses einen Christen zu erreichen, sondern er ist freiwillig nach einer Aussprache mit dem Direktor gegangen. Zum dritten war nicht der Terrorismus der Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes die Ursache dieser Aussprache, sondern eine Beschwerde der übrigen Arbeiter darüber, daß K. im Betriebe für die christliche Gewerkschaft agitiert, was allen übrigen Arbeitern bei Strafe sofortiger Entlassung verboten war. Richtig ist, daß die christlichen Gewerkschaften den Staatsanwalt mobil gemacht haben und daß also die Angelegenheit noch näher untersucht wird. Es wird sich ja dann zeigen, ob nur die obligaten neun Zehntel an der Geschichte falsch sind.

Letzte Nachrichten.

Das Hochwasser in Süddeutschland.

Frankfurt a. M., 12. September. (P. C.) Während vom Oberrhein günstigere Berichte vorliegen und ein Fallen sowohl des Rheins wie des Neckars gemeldet wird, ist die Hochwasserlage am Niederrhein außerordentlich ungünstig. Die Sieg sowohl wie die Lahn haben ihr Bett verlassen und das Hochwasser hat die Uferwiesen und in der Nähe der Flüsse gelegenen Aecker überschwemmt. Der Landwirtschaft ist großer Schaden zugefügt worden, da an vielen Stellen das Getreide nach dem Nachlassen der Regengüsse zum Trocknen auf den Feldern ausgebreitet war. Das Getreide ist durch das Hochwasser völlig vernichtet und faul geworden, und die Körner haben ausgeschlagen. Bei Mannheim ist der Rhein um mehr als einen halben Meter gefallen, der Neckar um 80 Zentimeter zurückgegangen.

Schrecklicher Unfall.

Rüsselsheim a. M., 12. September. (W. H.) Heute morgen um 5 Uhr geriet auf dem hiesigen Bahnhof der diensthabende Stationsassistent Schaum beim Ueberschreiten der Gleise unter die Maschine des Mainz-Frankfurter Personenzuges und wurde eine Strecke weit geschleift, bis man den Zug zum Halten brachte. Dem noch jungen Beamten wurde ein Arm abgefahren; außerdem erlitt er lebensgefährliche innere Verletzungen.

Streik in der Textilindustrie.

Hof i. B., 12. September. (P. C.) Nachdem hier in der Vogtländischen Baumwollspinnerei am Montag wegen Lohndifferenzen ein Teil der Arbeiter ausgesperrt wurde, traten heute sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen derselben Spinnerei in der zweiten Abteilung des Etablissements in den Ausstand. Die Zahl der ausgesperrten und streikenden Personen beläuft sich auf insgesamt etwa 1000.

Verhaftung eines Spions.

Lemberg, 12. September. (P.-C.) Unter dem Verdacht der Spionage zugunsten Rußlands wurde heute der Concipist bei der Finanz-Landesdirektion, Wladimir Lesuk, verhaftet und dem Landesgericht eingeliefert. Bei einer in der Wohnung Lesuks vorgenommenen Haussuchung wurde eine schwer belastende Korrespondenz gefunden und beschlagnahmt.

Erdbeben in San Francisco.

San Francisco, 12. September. (W. T. B.) Hier ist ein heftiger Erdstoß verspürt worden.

Festlicher Empfang eines Revolutionshelden.

Peking, 11. September. (P.-C.) General Hwangtsing kam gestern nachmittag in Peking an. Die Stadt war festlich geflaggt. Die Bevölkerung bereitete dem militärischen Helden der Revolution große Ovationen durch Abbrennen von Feuerwerk. Sofort nach seiner Ankunft begab sich der Freiheitsheld zum Präsidenten Yuanschikai, mit dem er eine längere Unterredung hatte.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Zum Parteitag.

Von K. Kautsky.

I.

Als der Januar dieses Jahres uns den gewaltigen Wahlsieg brachte, wurden hier und da besorgte Stimmen laut, ob es 1912 nicht so gehen werde wie 1903 nach einem nicht minder glorreichen Wahlgang. Ob nicht der Chemnitzer Parteitag ebenso wie der Dresdener einen solchen Ausbruch innerer Gegensätze zutage fördern werde, daß unsere äußerlich so machtvolle Partei aufs tiefste zerklüftet und gespalten erscheine.

Jene besorgten Stimmen sind seitdem längst verstummt. Weit entfernt davon, besonders tiefe innere Gegensätze zu zeigen, hat das Jahr 1912 nicht einmal einen jener scharfen Zusammenstöße gebracht, die sich in früheren Jahren in jedem Sommer eingestellt haben, ohne doch die Einigkeit der Partei zu stören. Man kann sagen, sie hat sich schon seit langem nicht so geschlossen und einheitlich gezeigt wie in diesem Jahre.

Die Situation ist heute eben eine ganz andere als 1903. Wohl war damals das Experiment des Ministeriums Millerand schon gescheitert, aber die Geistesrichtung, durch die jenes Experiment erzeugt worden ist, und die Erwartungen, die es wachgerufen, dauerten noch kraftvoll fort. Noch hatte sich der bürgerliche Radikalismus Frankreichs nicht abgenutzt, noch erschien er als eine dem Proletariat freundliche Macht, die nur durch die irrtümliche Klassenkampfpolitik der Sozialdemokratie von dieser abgeschlossen und gehindert werde, mit ihr vereint Staat und Gesellschaft zu reformieren. Noch begünstigte der nur von kurzen Krisen unterbrochene rasche Fortgang des wirtschaftlichen Aufschwunges die Aktion der Gewerkschaften in außerordentlichem Maße, ließ die Löhne rascher steigen als die Preise.

Als da die Wahl von 1903 uns 81 Mandate brachte, erschien manchem deutschen Genossen der Moment gekommen, die neugewonnene Macht auch in Deutschland durch eine Taktik des Entgegenkommens an den Liberalismus in eine fruchtbringende, „positive" Arbeit leistende Kraft zu verwandeln. Der alte Klassenkampfcharakter unserer Partei erschien ihnen als ein verhängnisvolles Hindernis erfolgreicher Ausnutzung unseres Sieges.

Nie war praktisch der Drang nach einer Revision unserer Grundsätze und unserer Taktik in der deutschen Sozialdemokratie so stark wie 1903. Nie aber auch die Gegenwirkung so energisch, die Stimmung auf beiden Seiten so gereizt wie damals.

Das gab dem Dresdener Kongreß sein Gepräge, dessen Entscheidungen der größte Teil der Partei für unerläßlich hielt, dessen Kampfszenen aber uns alle bedrückten.

Ganz anders liegen die Verhältnisse heute. Die Verschärfung der Klassengegensätze liegt heute so offen zutage, daß es kaum noch jemand in unserer Partei geben wird, der sie leugnet. Der französische Radikalismus hat sich zum giftigsten Gegner jedes demokratischen Fortschritts entwickelt. Der englische ist am Ende seines Lateins, so daß selbst die so zahme Arbeiterpartei Englands in immer heftigere Konflikte mit ihm, namentlich bei der Aufstellung von Kandidaten, gerät. In Italien sehen wir die Ausschließung der Rechtsreformisten aus der Partei, indes die Linksreformisten den Ministerialismus abschwören; in Belgien sprengt die Kammerwahl den liberal-sozialistischen Block und setzt an dessen Stelle den einstimmigen Beschluß der Vorbereitung des Generalstreiks; und die so ruhige und bedächtige Arbeiterschaft der Schweiz führt in Zürich einen glänzenden Demonstrationsstreik durch unter dem einstimmigen Beifall der Sozialdemokratie aller Länder. In Oesterreich wieder ist die Sozialdemokratie, die noch vor wenigen Jahren mit der Regierung zusammen die Wahlreform gemacht hatte, zur einzigen ernsthaften Oppositionspartei geworden, der gegenüber die Regierung mit allen bürgerlichen Parteien zusammen immer entschiedener die reaktionärsten Bahnen wandelt.

Diese allgemeine Situation ist auch an Deutschland nicht spurlos vorübergegangen, wie schon die eine Tatsache beweist, daß die Genossen Badens in ihrem Landtag diesmal das Budget abgelehnt haben. Natürlich bedeutet dies nur eine Umwandlung der Praxis, noch nicht der theoretischen Anschauungen und der Wünsche und Hoffnungen. Unser Handeln paßt sich stets rascher wechselnden Verhältnissen an als unser Denken. Aber immerhin, die Reibungsflächen zwischen dem rechten und dem linken Flügel unserer Partei nehmen an Ausdehnung ab, und auch wo die Praxis noch zur Kritik Veranlassung gibt, verliert diese ihre Nervosität, da manche Entgleisungen nicht mehr als Anfänge einer Abkehr von unseren Grundsätzen oder unserer Taktik, sondern nur noch als Ueberreste von Einwirkungen kleinbürgerlicher Kleinstaaterei erscheinen.

Unsere Reichstagsfraktion hat denn auch in der letzten Session so einmütig gearbeitet wie schon lange nicht. Die Präsidentenfrage, die 1903 so lebhafte Kämpfe erzeugt hatte, zeitigte diesmal nicht mehr die geringste Disharmonie in der Partei.

Man wird vielleicht auf Württemberg hinweisen, wo der Gegensatz zwischen beiden Flügeln der Partei einen Höhegrad erreicht und Formen angenommen hat, wie sie seit dem Gothaer Einigungskongreß kaum irgendwo bei uns vorgekommen sind. Es würde zu weit führen, hier die Gründe dieser Erscheinung eingehend zu untersuchen: wie weit daran der Umstand beteiligt, daß die Bewegung dort in den kleineren Landorten während des letzten Jahrzehnts rasch vorwärtsgekommen ist, in denen die revisionistische Richtung überwiegt, wodurch sich die radikalen industriellen Zentren majorisiert fühlen, was noch verschärft wird durch ein ganz antiquiertes System der Delegierung zu den Landesversammlungen; wie weit der Umstand, daß Gewerkschaften und Partei in Stuttgart gegensätzliche Richtungen verfolgen; wie weit endlich der Zufall, daß auf einem so heißen Boden gerade einige der energischsten Kampfnaturen unserer Partei aus beiden Lagern in den engen Rahmen kleinstaatlicher Verhältnisse zusammengepreßt wurden. Wie immer das alles die Eigenart der württembergischen Verhältnisse bestimmen mag, die dortige scharfe Zuspitzung der Gegensätze ist jedenfalls rein lokaler Natur und gestattet keinen Rückschluß auf die allgemeine Stimmung im Reiche.

Natürlich soll damit nicht gesagt werden, daß alle Gegensätze unter uns verschwunden seien, sondern nur, daß sie bei weitem nicht so lebhaft wirken wie 1903. An Kritiken und Diskussionen wird es auch in Chemnitz nicht fehlen. Aber nichts deutet darauf hin, daß sie dort erregter sein werden als auf dem Durchschnitt unserer Parteitage.

Am ehesten wird wohl das Stichwahlabkommen zu einer lebhaften Aussprache Veranlassung geben. Aber so weit man nach der Parteipresse bisher urteilen kann, ist nicht zu erwarten, daß der leitende Grundsatz der Stichwahlpolitik des Vorstandes abgelehnt wird, der da lautete: Nieder mit dem schwarzblauen Block!

Freilich, wenn diesem Block der Gedanke eines sozialistisch-liberalen Blocks entgegengehalten worden wäre, dann hätte das wohl die entschiedenste Ablehnung der ungeheuren Mehrheit der Partei gefunden. Dieser Gedanke ist auch in jenen Ländern in raschem Abwirtschaften begriffen, wo er die Partei erfaßt hatte. Er hat in Deutschland nie in der Beschaffenheit seines Liberalismus eine auch nur einigermaßen tragfähige Grundlage gefunden.

Aber so wenig wir vom Liberalismus zu erwarten haben, so ist doch das deutsche Proletariat auf das lebhafteste daran interessiert, daß die bestehende Reichsregierung keine geschlossene feste Majorität bekommt, auf die sie sich stützen kann. Die hätte sie erlangt, wenn der schwarzblaue Block die Mehrheit der Mandate eroberte. Natürlich weiß sich die Regierung auch jetzt eine Majorität zu schaffen, aber die ist doch nicht so homogen und daher so kampffähig wie eine bloß aus Konservativen und Klerikalen bestehende. Sie kann heute eine Mehrheit nur dadurch erlangen, daß sie Zentrum und Nationalliberale zusammenspannt. Zwischen denen bestehen aber solche Gegensätze, daß die Regierung weit vorsichtiger vorgehen muß, als sie es sonst täte; noch wichtiger aber wird für uns die Tatsache, daß Nationalliberalismus und Zentrum nicht auf die Dauer zusammengehen können, ohne gerade jene Schichten ihrer Wähler von sich zu stoßen, die zu gewinnen jetzt unsere wichtigste Aufgabe: die katholischen Arbeiter, die zum Zentrum bisher hielten, weil es den nationalliberalen Kapitalisten entgegentrat, und die Intellektuellen und Angestellten, die zum Nationalliberalismus hielten, weil er die Geistesknechtung durch den katholischen Klerus bekämpfte.

Dadurch, daß es gelang, den schwarzblauen Block in die Minderheit zu drängen, wurde eine Situation der inneren Politik geschaffen, wie sie unter den gegebenen Verhältnissen fruchtbarer für den Fortschritt unserer Propaganda nicht gedacht werden kann. Nicht nur die Rücksicht auf augenblickliche Mandatsgewinne, sondern auch die Rücksicht auf den weiteren Fortschritt der Partei in den ihr noch fernstehenden Volksmassen machte es zur Notwendigkeit, die Parole bei den Stichwahlen auszugeben: Gegen den schwarzblauen Block. Und sie machte es dringend wünschenswert, zur Erreichung dieses Zweckes zu einer Verständigung mit den Freisinnigen zu gelangen.

Darüber dürften auch keine großen Differenzen in der Partei bestehen. Diese erwachsen erst bei der Frage der Dämpfung. Aber auch hier wird kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber auftauchen, daß die Dämpfung ein Uebel ist. Nichts leichter, als das nachzuweisen. Die Frage ist bloß die auch sonst bei Stichwahlen auftauchende und nicht leicht zu beantwortende: Welches Uebel für die Partei war das kleinere, die Dämpfung des Wahlkampfes in einigen Wahlkreisen, die für uns ohne konservative Hilfe nicht zu erobern waren, oder die Mehrheit des schwarzblauen Blocks?

Eine andere Frage aber ist wieder die, ob die Erfahrungen mit der Dämpfung zur Fortsetzung reizen. Man kann die Meinung vertreten, daß man an der Frage der Dämpfung nicht die Möglichkeit scheitern lassen durfte, den schwarzblauen Block in die Minderheit zu versetzen, und doch zur Ueberzeugung kommen, daß die Dämpfung ein Vorgehen war, das praktisch keiner der beiden beteiligten Parteien zum Vorteile gereichte. Die Dämpfung hat nicht nur in unseren Reihen viel Unmut erregt, sondern auch den Freisinnigen nicht besondere Freude gebracht. Wir dürfen daher wohl erwarten, daß die Dämpfung zu den Experimenten gehört, die nicht wiederholt werden.

Weit weniger strittig als die Frage der Stichwahlparole ist jene, die unter den vorgeschlagenen Gegenständen der Tagesordnung das meiste theoretische Interesse erregt, die des Imperialismus. Daß wir alle gewalttätigen Methoden verwerfen, das Kapital zu entwickeln, daß wir der Staatshilfe für das Kapital auf Kosten der besitzlosen Massen in jeder Form entgegentreten, mag sie durch Einengung des Koalitionsrechts, durch Zölle oder durch den Imperialismus, Flottenrüstungen und koloniale Eroberungen geschehen, ist seit jeher von der großen Mehrheit unserer Partei anerkannt worden. Die Streitfrage der letzten Monate, ob die Forderung der Abrüstung oder genauer gesagt einer Verständigung zwischen den Westmächten zur Einstellung des Wettrüstens zu den tauglichen Mitteln gehört, unserer Gegnerschaft gegen den Imperialismus Ausdruck zu geben, hat, soviel ich bisher sehen kann, die Massen in keiner Weise erregt und ist auf einige Redaktionen beschränkt geblieben. Das wird wohl auch von den Chemnitzer Verhandlungen darüber jede größere Erregung fernhalten.

(Schluß folgt.)

Die „Soziale Woche" in Zürich.

Vier internationale soziale Kongresse fanden in den Tagen des 6. bis 12. September in Zürich statt, was gewiß quantitativ recht viel, zu viel ist, aber korrigiert wird durch die meist bescheidenen Ergebnisse der Veranstaltungen, deren Besucher zum größten Teil bürgerliches Publikum beiderlei Geschlecht aus den verschiedenen Ländern, selbst aus dem fernen Japan, waren. Der Reihe nach folgten sich der Kongreß der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Internationale Heimarbeiterschutzkongreß, die Delegiertenversammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und der Kongreß für Sozialversicherung.

Der erste, am 6. und 7. September stattgefundene Kongreß der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wurde von einem leibhaftigen Minister, dem Herrn Leon Bourgeois aus Paris, geleitet und ihm zur Seite stand Herr Dr. Richard Freund aus Berlin. Aus der deutschen Reichshauptstadt war auch der Direktor der arbeitsstatistischen Abteilung des Reichsamts für Statistik, Dr. Zacher, erschienen. Gewerkschaftsvertreter waren nur aus der Schweiz (Sekretär Huggler), Belgien (Anseele), Italien, Frankreich und Ungarn anwesend, die deutschen Gewerkschaften waren nicht vertreten. Insgesamt hatten sich 70 Delegierte aus 20 Staaten eingefunden, worunter auch Vertreter von 10 Landesregierungen. Die Vereinigung zählt in 21 Ländern 875 Mitglieder.

Behandelt wurden Arbeitsvermittelung, Arbeitslosenstatistik, Vergebung der öffentlichen Arbeiten und Bibliographie über Arbeitslosigkeit. Für die internationale Berichterstattung über Arbeitsvermittelung legte Direktor Zacher-Berlin einen ausführlichen Erhebungsbogen vor und erläuterte ihn eingehend. Dr. Ferenczi-Budapest referierte über Arbeitslosigkeit und Wanderung der Arbeiter und faßte er seine Ausführungen in 6 Thesen zusammen, welche folgendes verlangen: 1. Eine internationale Statistik über den Umfang der Wanderungen überhaupt und zwar in Verbindung mit dem Bureau für internationale Statistik; 2. regelmäßigen internationalen Austausch von Berichten über die Lage des Arbeitsmarktes nach einheitlichem Formular; 3. Organisation des internationalen Arbeitsmarktes nach den Erfahrungen sub 2 und als Basis für den Wanderverkehr; 4. Bezeichnung der sozialen Probleme der Einwanderungsgesetze in Verbindung mit dem Bureau für internationalen Arbeiterschutz; 5. Nachforschung nach den Ursachen der Auswanderung in den einzelnen Ländern und der organischen Reformen, diese zu beheben; 6. internationale Verständigung über Gesetze und Bestimmungen betreffend Einwanderung und Auswanderung; gemeinsamen sanitarischen Schutz der Wandernden; gemeinsamen gesetzlichen Auswandererschutz, Herabsetzung der Post- und Wechselspesen für Auswandererversendungen; Zusammenwirken der Arbeitsämter gegen die Auswanderungsagenten und endlich Gegenseitigkeit der Arbeiterschutzgesetze, die Plazierung fremder Arbeiter in Staatsbetrieben usw. — Diese Thesen wurden angenommen und den Landessektionen zur Berichterstattung überwiesen. Aus der Diskussion ist erwähnenswert die Rede Dr. Freunds-Berlin, der die Ausländerfrage auf dem Arbeitsmarkte der handelspolitischen Frage: ob Schutzzoll oder

Kleines Feuilleton.

Der Straußsche Geniekoller. Auch in der bürgerlichen Presse wird Straußens tantiemengieriger Großmannsdünkel weidlich mitgenommen. So schreibt die „Köln. Ztg.": Endlich hat einer den Mut gehabt zu der ragenden Forderung. Richard Strauß hat sie gekündet: Unbeschränkte Rechte für den geistigen Eigentümer. Was immer einer erdacht hat und ersonnen, sei tantiemenberechtigt bis zum jüngsten Gericht. Oder noch besser: darüber hinaus. Bis in den Himmel hinein, bis in die Hölle hinunter. Es muß endlich aufhören, daß ein Patent nach lumpigen 15 Jahren abläuft. Aufhören muß es endlich, daß die braven Enkel des Dichters schon vor 30 Jahren keine Dividende mehr beziehen vom Genie des großen Vorfahrs. Daß — um mit Strauß zu reden — der Bürger gar um 50 Pf. einen Parsifal zu sehen kriegt. Denn es ist doch klar: Sitze unter 20 M. entwürdigen die längst verstorbenen Genies. Gesetzt den Fall, Straußens sittliche Forderung hätte schon bestanden — Fluch und Schande, daß es nicht so ist! — so hätte es nie passieren können, daß der arme Teufel seinen Wallenstein um 20 Pf. kaufen kann. So hätte die Eisenbahn niemals diese plebejische Einrichtung werden können, in welcher Menschen mit Röllchen dritter Klasse fahren. Einfach aus dem Grunde, weil die Stephensonschen Erben, welche heute irgendwo Bäcker und Brauerburschen sind, von jedem Wagenkilometer ihre Tantiemen nehmen würden. Und die Eisenbahn wäre das, was sie sein soll: ein Vehikel für Monarchen und ungeschützte Komponistenmillionäre. Es ist einfach ein Malheur, daß ein jeder stellenlose Kommis tantiemenfreie Goetheworte kolportieren darf, wie zum Beispiel: „Nur die Lumpe sind bescheiden. . ." „Respekt vor dem Willen des Genie," schreibt Richard Strauß. Und es ist selbstverständlich, daß dieser Wille des Genies im Straußschen Sinne aus seinen Werken harte Taler für jetzt und alle Zukunft preßt. Es ist ja richtig — Tolstoi hat seine Werke freigegeben, ein für allemal freigegeben. Aber Tolstoi ist auch kein Genie im Straußschen Sinne. Tolstoi ist ein Idiot gewesen.

Von der Südpolexpedition des Kapitän Scott machte Clements Markham auf der gegenwärtig tagenden Jahresversammlung der British Association in Dundee wichtige Mitteilungen. Die Expedition wäre, so führte er aus, besser ausgerüstet als je eine vor ihr, und sie würde sicher ihr Ziel erreichen. Er nehme an, daß Kapitän Scott den Südpol um den 14. Januar d. J. herum erreicht habe. Seine Rückkehr ist durch Depots längs der ganzen Route gesichert, und gegenwärtig bereiteten sich Kapitän Scott und seine Gefährten für den rauhen antarktischen Winter vor, um der geographischen Wissenschaft weitere Dienste zu erfüllen. Von seinem Winterquartiere bis zum Südpol wird Kapitän Scott magnetische Beobachtungen angestellt haben, nach Markhams Ansicht der einzige wirkliche Grund für einen solchen Vormarsch. Scotts Absicht wäre, während der nächsten guten Jahreszeit soweit wie möglich längs der Küste vorzudringen, um das Problem der großen Eisschranke zu lösen und die Richtung der Viktoria- und Eduardgebirge festzustellen und sich zu vergewissern, ob sie miteinander zusammenhängen oder nicht. Eine vollständige Reihe von meteorologischen, magnetischen und Gezeitenbeobachtungen für volle vier Jahre, ferner Untersuchungen des Luftdrucks, der Temperatur, der Windgeschwindigkeit und Richtung, auch in den höheren Luftregionen mit Hilfe von Ballons bis zu 10 000 Meter Höhe, werden zu den wichtigsten Ergebnissen der Expedition gehören.

Was Spielhöllen abwerfen. Durch einige Aufsehen erregende Vorfälle der jüngsten Zeit ist die Aufmerksamkeit wieder stärker auf jene Unterwelt des Spiels und der Spielleidenschaft gelenkt worden, die sonst in ein geheimes Dunkel gehüllt bleibt. In London, in New York und Paris sind in den letzten Jahren luxuriöse Spielhäuser wie Pilze emporgeschossen, verschlingen Millionen und fordern zahllose Opfer. Eine gutunterrichtete englische Zeitschrift teilt darüber eine Reihe interessanter Zahlen mit. In London verlor in jüngster Zeit ein hervorragender Vertreter des englischen Rennsports bei einer einzigen Sitzung im Baccarat 80 000 Mark und ein bekannter Peer wurde in einer Woche um 300 000 M. erleichtert. Besonders werden die Frauen leicht zu wehrlosen Opfern der furchtbaren Leidenschaft. So ist es nichts Ungewöhnliches, daß Damen der Gesellschaft Tag für Tag 2000—10 000 M. verspielen. Dieses Fieber wütet so stark in den höchsten Kreisen der britischen Gesellschaft, daß viele Frauen für nichts anderes mehr Interesse haben. Das Aufheben der einen oder anderen Spielhölle, die Verurteilung der Inhaber zu großen Geldsummen, die sie bereitwillig zahlen, weil sie bereits das Hundertfache davon verdient haben, nützen wenig. Denn rasch entstehen neue Spielhöllen in anderen Vierteln. Der durchschnittliche Verdienst des Leiters einer solchen Spielhölle ist mit 20 000 M. pro Woche niedrig angegeben. Der Croupier eines dieser Tempel der Fortuna im Londoner Westend zog sich mit einem Vermögen von 2 Millionen zurück, das er in sehr kurzer Zeit „erworben" hatte.

In Frankreich führt der Staat über 150 Spielhöllen, die dadurch anerkannt sind, eine polizeiliche Aufsicht. Aber die Polizei gibt selbst zu, daß die Häuser, in denen gespielt wird, viel zahlreicher sind und schätzt sie in ganz Frankreich auf wenigstens 4000. In Paris gibt es 200 bis 300 unerlaubte Klubs, in denen allnächtlich sehr hoch gespielt wird. Was dabei verdient wird, läßt sich aus der Tatsache ermessen, daß die Gewinne der vom Staate anerkannten Spielhöllen im vergangenen Jahre mehr als 50 Millionen Mark betrugen. Die heimlichen französischen Spielklubs werden gewöhnlich von dunklen Existenzen geleitet, die bereits vielfach bestraft sind. Manche dieser Leute gewinnen kolossale Vermögen. Der Verdienst eines Spielhöllenbesitzers, der als kleiner Restaurateur begann, wird jährlich auf 2 Millionen, sein Vermögen auf 40 Millionen Mark geschätzt. Das wöchentliche Budget so mancher eleganten Pariserin weist 200 000 M. an Spielverlusten auf. So vergeudet die „vornehme Welt" parasitisch das Gold, das ihr aus der Arbeit der Ausgebeuteten zuströmt — getrieben von dem sie narrenden Dämon des Spieles, das ihrem inhaltlosen Leben Spannung geben muß.

Notizen.

— **Ein Volksorchester hat sich in Berlin gebildet.** Es verfolgt das Ziel, zu billigem Eintrittsgeld (30 Pf.) monatlich zwei Konzerte zu veranstalten und im übrigen bei künstlerischen und geselligen Veranstaltungen mitzuwirken. Leiter des Orchesters, das aus 42 Mann besteht, aber bis auf 60 erhöht werden kann, ist Alfred Hirsch. Das erste Konzert, das u. a. Beethovens 7. Sinfonie bringen soll, findet am 10. Oktober statt.

— **Ein Museum für israelitische Kunst soll in der alten Synagoge in Mainz** errichtet werden.

— **Ein neues Drama Schönherrs,** das denselben Stoff behandelt, wie seine Novelle „Tiroler Bauern von 1809", soll durch die Tiroler Wandertruppe Bauernbühne in Deutschland dargestellt werden.

— **Reinhardt macht Schule.** Der fahrende Regisseurbetrieb, den Reinhardt großen Stiles und spekulativen Geistes begründete, wird Modesache. Ein Schüler des Meisters ahmt sein Vorbild in Süddeutschland nach, und in Berlin beabsichtigen findige Kapitalisten bereits, das neue Gewerbe sich dienstbar zu machen. Sie wollen sich einen bekannten Operettenregisseur kaufen und ihn an die Provinzbühnen weiterverpachten.

— **Die Bureaukratisierung der deutschen Sprache.** Den Amtsmenschen ist es unerträglich, daß es irgend etwas gibt, was ohne ihre Zustimmung zu Wege gekommen ist und sich ihrer Reglementierung entzieht. Sind da von Süddeutschland her die Bezeichnungen Schweizer und die Ableitungen Stall- und Oberschweizer in Mittel- und Norddeutschland eingedrungen. Jedermann, der es zu wissen braucht, weiß, was damit gemeint ist, aber dem preußischen Landesökonomiekollegium waren diese wild und frei gewachsenen Einwanderer ärgernserregend. Es will dafür die echt preußischen Bildungen: Kuhmeister, Kuhwärter und Stallgehilfe einführen, womit denn zugleich eine gehörige Standesgliederung geschaffen ist. Vielleicht erleben wir auch noch einen Kuhrat erster und zweiter Klasse, einen Oberrindviehgehilfenanwärter und eine geprüfte Melkdame. — Hoffentlich übersetzt das hohe Kollegium auch den altehrwürdigen Schweizerdegen in ein richtiges Amtsdeutsch.

Freihandel zur Seite stellte und sich dahin erklärte, für einen Schutz des inländischen Arbeitsmarktes gegen kulturell tiefstehende Ausländer zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit eventuell sogar unter Aufhebung der Freizügigkeit einzustehen. Ein solcher „Arbeiterschutz" wäre ein sehr gefährliches Danaergeschenk, wobei man sich auch gegenwärtig halten mag, daß Herr Freund zu den Sozialistentötern gehört.

Die Frage der Vergebung der öffentlichen Arbeiten in Rücksicht auf die Beschäftigung von Arbeitslosen behandelte Herr Treub aus Holland. Er verlangte die Verlegung von Arbeiten, die auch in der ungünstigen Jahreszeit ausgeführt werden können, auf diese; ferner die Austrocknung von Sumpfland usw. sowie die Auf- und Durchforstung von Wäldern, um damit Arbeitsgelegenheit und produktives Land zu gewinnen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde angenommen.

Ueber die Bibliographie konnte wegen Mangel an Zeit nicht mehr verhandelt werden und wurde sie deswegen dem Bureau überwiesen. Die Literatur über die Arbeitslosigkeit zählt bereits 3000 Nummern. In mehreren Ländern erscheinen sechs regelmäßige Publikationen, zwei in deutscher, zwei in holländischer Sprache sowie eine französische und eine ungarische Zeitschrift.

Auf dem im Jahre 1913 in Gent stattfindenden Kongreß soll in der Hauptsache über die Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit verhandelt werden.

Höheren sozialpolitischen Wert kann man diesem Kongreß und seinen Beschlüssen kaum beilegen, obwohl offizielle Persönlichkeiten dabei mitgewirkt haben. Man bleibt hübsch im Stadium der vorbereitenden Studien und fördert praktisch die Lösung des Arbeitslosenproblems so wenig, daß die Arbeiter nach wie vor auf die organisierte Selbsthilfe in ihren Gewerkschaften und mit den eigenen Mitteln angewiesen sind. Für die illustren Kongreßteilnehmer hatte der Kongreß insofern ein positives Schlußergebnis, als sie die schweizerische Sektion der internationalen Vereinigung auf den luftigen Höhen des Uetliberges mit einem erquickenden Bankett erfreute.

Am Sonntag und Montag tagte im Volkshause der Internationale Heimarbeiterschutzkongreß, den wir gleich von vornherein als eine beachtenswerte sozialpolitische Kundgebung bewerten möchten. Wurde der Kongreß betreffend die Arbeitslosigkeit von Regierungsrat Nägeli-Zürich begrüßt, so entbot dem Heimarbeiterschutzkongreß unser Genosse Greulich den Willkommensgruß im Namen der schweizerischen Sektion der internationalen Vereinigung und des Volkshausvereins. Er wünschte, daß die Verhandlungen des Kongresses das große Problem seiner Lösung einen Schritt näher bringen möchten. Er streifte die verschiedenen Stadien im Heimarbeiterschutz, die Hilfe der Käuferligen für die Heimarbeiter, die Versuche der Organisation der letzteren, die hauptsächlich an den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen der Heimarbeiter scheiterten. Die Hilfe von außen her hat sich für die Heimarbeiter als absolut notwendig erwiesen, um die Selbsthilfe wirksamer eingreifen zu lassen. Wir begrüßen es, daß weite Kreise die Vorarbeiten zum Heimarbeiterschutz beraten und zu Vorschlägen an die Regierungen verdichten. Greulich sprach weiter den Wunsch aus, die verschiedenen Kongresse der sozialen Woche möchten Hand in Hand arbeiten zur Verbesserung des Loses des Proletariats, um diese Klasse des Volkes aus den menschenunwürdigen Zuständen, in denen sie lebt, herauszureißen.

Der Kongreß war von 243 Teilnehmern besucht, von denen die Schweiz das Gros von 65 Mann stellte. Dann folgten Frankreich mit 59 und Belgien mit 49 Delegierten, Deutschland mit 16, Holland mit 10, Ungarn mit 8, Italien und Spanien mit je 6, England 4, Oesterreich und Vereinigte Staaten mit je 3, Luxemburg, Norwegen, Portugal, Rumänien, Rußland und Schweden mit je 2, Dänemark und Japan mit je 1. Es waren also insgesamt 19 Staaten vertreten. Die eleganten Damen von der sozialen Käuferliga aus der Schweiz, Frankreich, England usw. sowie die vielen eleganten Herren, Professoren usw., sogar ein russischer Geheimrat aus Petersburg und dann die wohlgenährten katholischen Geistlichen aus Deutschland und Frankreich gaben ein etwas seltsames Bild von einem Heimarbeiterschutzkongreß, dem die Heimarbeiter fehlten. Immerhin waren die Gewerkschaften vertreten, namentlich die schweizerischen und deutschen, für die die Genossen Umbreit, Stühmer, Schippel u. a. erschienen waren und die sich sehr aktiv an den Kongreßarbeiten in den Sektionen beteiligten, die folgende Fragen zu behandeln hatten: 1. Heimarbeiterschutzgesetze; 2. Hygiene der Heimarbeit und bezügliche Gesetzgebung; 3. Gewerkschaften und kollektiver Arbeitsvertrag und 4. Stellung der Käuferliga zur Heimarbeiterfrage.

Die Sektionen hatten programmäßig bis Montagmittag ihre Arbeiten beendet, worauf am Nachmittag die Plenarversammlung zur Entgegennahme und Erledigung ihrer Anträge tagte. Es wurden da recht schätzenswerte Beschlüsse gefaßt. So fand der von der belgischen Sektion des internationalen Heimarbeiteramtes vorgelegte wegleitende Gesetzentwurf von 16 Paragraphen mit einigen Verbesserungen Annahme, der den Registrierzwang, Lohnbücher, hygienische Maßnahmen, Lohnämter mit paritätischer Zusammensetzung von Arbeiter- und Unternehmervertretern zur Festsetzung von Mindestlöhnen vorsieht. In der Sektion war unter dem fördernlichen Vorsitz von Prof. Brentano-München lebhaft um die Vorlage gestritten worden, auch noch in der Plenarversammlung, in der sie jedoch schließlich ohne eine gegnerische Stimme angenommen wurde. Auf Antrag des Genossen Umbreit wurde noch beschlossen, den Gesetzentwurf durch das internationale Heimarbeitsamt in Brüssel den Regierungen zustellen zu lassen.

Der deutsche Berichterstatter darüber war Dr. Pieper von M.-Gladbach und hat es die Gewerkschaftler interessiert, den Dresseur der gelungenen christlichen Gewerkschaftssekretäre kennen zu lernen. Im Wortlaut möchten wir die Resolution mitteilen, die von der Sektion für Gewerkschaften und Tarifvertrag unter dem Vorsitz unseres Genossen Umbreit beschlossen und in der Plenarversammlung angenommen wurde. Die Resolution lautet: 1. Die dritte Sektion des II. internationalen Heimarbeiterschutzkongresses beschließt: Die wirtschaftliche, soziale und hygienische Sanierung der Heimarbeit erfordert ein vereintes und zielbewußtes Zusammenwirken der gesetzgeberischen und gewerkschaftlichen Aktion. 2. Sie spricht die Ansicht aus, daß die befriedigende Durchführung der gesetzlichen Maßnahmen ohne eine ausreichende gewerkschaftliche Organisation sehr schwierig ist. 3. Die dritte Sektion ist der Ansicht, daß vom internationalen Standpunkt aus das beste Mittel zur Verbesserung der Lage der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen eine starke Berufsorganisation ist. 4. In der Erwägung, daß im gegenwärtigen Augenblicke die gewerkschaftliche Organisation der Heimarbeiter noch nicht in allen Berufen in ausreichendem Maße verwirklicht ist, spricht sie die Ansicht aus: a) daß eine systematische Propaganda zu entfalten sei, um die Heimarbeit von der Nützlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen und in ihnen die Solidarität zu wecken; b) daß das Eingreifen der Gesetzgebung für die Regelung der Heimarbeit überall notwendig ist, um den bestehenden Mißbräuchen abzuhelfen. 5. Die Sektion wünscht, daß die Gesetzgebung so beschaffen sei, daß sie alle Hindernisse gegen die gewerkschaftliche Organisation beseitigt, die Mitarbeit der Gewerkschaften für die Bildung von Lohnämtern fördert und den von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträgen rechtsverbindliche Kraft gewährt und ihre Wirkung auf alle Heimarbeiter des fraglichen Berufes und Bezirkes ausdehnt. 6. Den Gewerkschaften wird dringend empfohlen, mit den Käuferligen und Konsumvereinen Vereinbarungen zur Sanierung der Heimarbeit abzuschließen.

Weitere Resolutionen betreffen die Veranstaltung von amtlichen und privaten Enqueten unter der Mitwirkung von Aerzten und Lehrern; das Verbot von Heimarbeit mit Vergiftungsgefahren und anderweitige sanitäre Maßnahmen. Zum Schutze der Konsumenten soll die Heimarbeit für die Lebensmittel- und Tabakindustrie verboten, für ansteckende Krankheiten die obligatorische Anzeige statuiert, von Heimarbeitern hergestellte Kleider desinfiziert, je nachdem auch vernichtet werden. Bezüglich der Inspektion wird gesagt: a) Es ist ein amtlicher Inspektionsdienst zu organisieren, der namentlich durch Aerzte, Arbeiter und Arbeiterinnen usw. zu besorgen ist. In Ermangelung eines solchen Dienstzweiges ist die Fabrikinspektion auf die Heimarbeiter auszudehnen. b) Das Aufsichtsamt hat die Arbeiterorganisationen und insbesondere Aerzte, Lehrer usw. zur Erleichterung der Kontrolle und zur Durchführung der Schutzmaßnahmen beizuziehen. c) Im Interesse der in ihrer Wohnung beschäftigten Kinder hat eine ärztliche Inspektion analog der Schulinspektion für alle beschäftigten Minderjährigen Platz zu greifen. d) Außer diesen speziellen Maßnahmen soll die Verbesserung der Lage der Heimarbeiter dadurch angestrebt werden, daß alle Bewegungen unterstützt werden, die auf Verbesserung der sanitären Verhältnisse der Bevölkerung hinsichtlich Wohnung, rationelle Ernährung, Bekämpfung der Volksplagen wie Alkoholismus, Tuberkulose, Unwissenheit usw. abzielen. Die hygienischen Kenntnisse sind in allen Schulen, namentlich in den Gemeindeschulen zu verbreiten.

Gegen einen Pariser Opponenten, den Mr. Duval-Arnould, verteidigten Professor Brentano und unser Genosse Huysman-Brüssel die Inspektion der Heimarbeit und insbesondere die Mitwirkung der organisierten Arbeiter, der Gewerkschaften, ohne die die Heimarbeiterschutzgesetze nur auf dem Papier stehen würden.

Schließlich fand auch noch ein ganzes Bündel Wünsche der sozialen Käuferliga betreffend die Mitwirkung bei der Agitation, Verwirklichung und Durchführung der Kongreßbeschlüsse die Zustimmung der Versammlung.

Der internationale Heimarbeiterschutzkongreß in Zürich hat im großen ganzen gute Arbeit geleistet. Nun sollten die vielen Herren und Damen, die anwesend waren und die Beschlüsse mitgefaßt haben, an ihrem Orte und in ihren einflußreichen Stellungen, namentlich in den Parlamenten und Verwaltungsbehörden, so viel als möglich ehrlich und ernsthaft beitragen, sie zu verwirklichen und so endlich den Heimarbeitern durch gute Minimallöhne das Brot zu geben, dessen sie bedürfen, denn mit gefühlvollen Reden und schönen Beschlüssen allein ist ihnen nicht geholfen, auch nicht mit gesetzgeberischen Halbheiten und Unzulänglichkeiten, wie z. B. das deutsche Heimarbeiterschutzgesetz eine ist.

Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und -halterinnen Deutschlands.

Köln, 11. September.

Im Anschluß an den gestern vollzogenen Verschmelzungsbeschluß wurde heute der Redakteur Döhnel als besoldetes Vorstandsmitglied für den Handlungsgehilfenverband, und der Sekretär Hartmann als Redakteur des „Lagerhalter" gewählt. Gleichzeitig wurde — über den Rahmen der Vereinbarungen hinaus — beschlossen, noch einen dritten besoldeten Sekretär in den Handlungsgehilfenvorstand zu entsenden. Die Wahl desselben ist dem jetzigen Lagerhaltervorstand überlassen.

Redakteur Döhnel referierte sodann über

die Privatbeamtenversicherung und die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Es handelt sich um die zukünftige Gestaltung dieser Unterstützungskasse, d. h. darum, ob die Kasse in eine Ersatzkasse im Sinne des Privatbeamtenversicherungsgesetzes umgewandelt werden soll, oder ob die Angestellten der staatlichen Privatbeamtenversicherung zugeführt werden sollen, die Unterstützungskasse dann aber als freiwillige Zuschußkasse weiter bestehen soll, allerdings in einer etwas anderen als der heutigen Form. Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, und mit ihm der Referent, sind der letzteren Meinung. Und die Aenderung an der Kasse, die sie vertreten, ist die folgende: Bis jetzt zahlen die Angestellten 6 Proz. ihres vollen Gehaltes an Beiträgen für die Kasse; die Hälfte davon bezahlt der betreffende Verein, die andere Hälfte der Versicherte selbst; in Zukunft sollen bei denjenigen, die unter das Angestelltengesetz fallen, nur drei Prozent des Gehaltes als Beitragsleistung in Anrechnung kommen; bei den gewerblichen Arbeitern soll es bleiben wie bisher. Mit dieser Umwandlung ist auch der Referent einverstanden, nicht aber mit dem weiteren Vorschlag des Verwaltungsrates der Unterstützungskasse, die Vorstandsmitglieder als Arbeitgeber zu deklarieren und sie damit von der staatlichen Unterstützungspflicht zu befreien. Dafür soll dann noch bei diesen Vorstandsmitgliedern bei der Unterstützungskasse das eineinhalbfache des Gehalts, d. h. also 9 Proz., in Anrechnung kommen. Dadurch würden die Pensionen der leitenden Genossenschaftsbeamten mit 8000 bis 12 000 M. Gehalt überaus hohe werden und die Kasse sehr belasten. Diese Belastung müßte getragen werden von sämtlichen, auch den mit geringen Einkommen bedachten Genossenschaftsangestellten. Deshalb ist der Referent dagegen. Es läge gar kein berechtigter Grund vor, für die genannten Kreise eine besondere Klasse zu schaffen, sondern sie könnten ruhig in die Gruppe der übrigen Angestellten eingereiht werden, so daß also nicht eine Dreiteilung, sondern nur eine Zweiteilung der Versicherten vorgenommen wird. — Gleichzeitig ist auch zu beachten, daß die Vorstandsmitglieder mit der Deklarierung als Arbeitgeber das Wahlrecht zu den Vertrauensmännerwahlen zur Angestelltenversicherung nicht ausüben können. Der Referent erhärtete die Notwendigkeit und die Pflicht, in dieser Vertrauensmännerinstitution zu maßgebendem Einfluß zu gelangen und seine Ausführungen klangen in einen scharfen Appell aus, sich einmütig an diesen demnächst stattfindenden Wahlen zu beteiligen.

Die Diskussionsredner neigten im allgemeinen den Ansichten des Referenten zu. Beschlüsse konnten indes nicht gefaßt werden, da die definitiven Entscheidungen der in Bälde stattfindenden Generalversammlung der Unterstützungskasse zustehen.

Es wurde dann noch beschlossen, daß die Hamburger Kollegen das Mitglied in den Ausschuß bestimmen sollen und daß die nächste Reichskonferenz in Berlin und zwar vor der Generalversammlung der Handlungsgehilfen stattfinden soll. Mit einem Hoch auf den Handlungsgehilfenverband ging die Generalversammlung zu Ende.

Verbandstag der Gärtner.

Die am Donnerstag abgehaltene Sitzung beschäftigte sich zunächst mit der Frage der

Arbeitsvermittelung.

Der Referent Link-Düsseldorf vertrat den Standpunkt: Die gesetzliche Regelung der gesamten Arbeitsvermittelung ist eine dringende Notwendigkeit. Solange diese nicht durchgeführt ist, sind paritätisch Facharbeitsnachweise anzustreben, vorausgesetzt, daß sie der Arbeiterorganisation den gebührenden Einfluß auf die Handhabung der Vermittelung einräumen und der Eigenart des Gärtnerberufs Rechnung tragen. Aber eine solche Regelung ist vorläufig unmöglich, weil die Unternehmerorganisation, der Verband der Handelsgärtner Deutschlands, die Gleichberechtigung der Gewerkschaft nicht anerkennt. Deshalb ist der Ausbau der eigenen gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins nach besten Kräften zu fördern. Sie sind bezirksweise zu zentralisieren mit besonderen Abteilungen für Privat- und Herrschaftsgärtner und haben die weitere Verbreitung dieser Einrichtung zu propagieren. Die Mitglieder sind zur alleinigen Benutzung dieser Arbeitsnachweise zu verpflichten.

Mehrere Diskussionsredner vertraten ähnliche Ansichten. Eine Resolution, die sich mit den Ausführungen des Referenten deckt, wurde angenommen.

Organisationsfragen

hieß der nun folgende Punkt der Tagesordnung. Der erste Referent Kummer-Hamburg besprach die Organisation der ungelernten Arbeiter. Er ging davon aus, daß durch die Entwickelung der Gärtnerei zum Großbetrieb, der namentlich in der Landschafts- und der Baumschulenbranche vorherrscht, die Arbeitsteilung mehr und mehr eingeführt und eine fortgesetzt steigende Zahl ungelernter Arbeiter herangezogen hat. Auf die Gewinnung dieser Arbeiter müsse die Organisation ihr Augenmerk richten, denn ohne sie könne eine Lohnbewegung nicht geführt werden. Der Redner machte eingehende Vorschläge über die Art der Agitation, welche bei den ungelernten Arbeitern zu betreiben sei. In der Landschaftsbranche würden günstige Erfolge zu erwarten sein. Weniger günstige Ergebnisse würden die Baumschulen liefern. Wo ländliche Verhältnisse vorliegen und nicht eine größere Stadt mit starker Mitgliedschaft den Stützpunkt der Agitation biete, da könne man die Gartenarbeiter dem Landarbeiterverbande überlassen, der in dieser Hinsicht bereits Erfolge zu verzeichnen habe.

Der zweite Referent Kwasnik-Berlin behandelte die Frage der Branchenorganisation. Er empfahl, die Agitation so zu betreiben, daß man sich, wie es in Berlin bereits geschehen, an die einzelnen Branchen wende und deren Verhältnisse besonders berücksichtige. Namentlich kämen in Frage die Privatgärtner, die Guts- oder Herrschaftsgärtner, die Stadtgärtner, die Friedhofsarbeiter. Die in diesen Branchen Beschäftigten hätten mit wesentlich anderen Verhältnissen zu rechnen, wie die in gewerblichen Gärtnereien Beschäftigten. Es würde sich empfehlen, für die sehr zahlreiche Branche der Privatgärtner eine eigene Sektion innerhalb des Vereins zu gründen. Man würde dadurch eine größere Anziehungskraft auf die Privatgärtner ausüben, die mit dem Verband der Privatgärtner durchaus nicht zufrieden seien. Der Redner legte im einzelnen dar, wie die von ihm befürwortete Agitation für die Branchen zu betreiben sei.

In der Diskussion wurden unter anderem

Grenzstreitigkeiten

mit dem Gemeindearbeiterverbande erwähnt. Mehrere auswärtige Redner meinten, der Gemeindearbeiterverband gehe hinsichtlich der städtischen Gärtner ohne Rücksicht auf die Gärtnerorganisation vor. Es wurde deshalb beantragt, den bestehenden Kartellvertrag mit dem Gemeindearbeiterverbande zu lösen. Der Vereinsvorsitzende Busch wandte sich gegen diesen Antrag. — Georg Schmidt, der Vorsitzende des Landarbeiterverbandes verwies darauf, daß zwischen diesem Verbande und der Gärtnerorganisation keine Grenzstreitigkeiten bestehen, obgleich die Berührungspunkte der beiderseitigen Organisationsgebiete sich vermehren, je mehr die Gärtnerei aufs Land verlegt wird. Auf die Gartenarbeiter in den Städten lege der Landarbeiterverband kein Gewicht, denn sie würden sich besser für die Gärtnerorganisation eignen. Auf dem Lande aber, wo die Gärtnerorganisation keinen Einfluß habe, könnten die Gartenarbeiter dem Landarbeiterverbande überlassen bleiben, was ja auch im beiderseitigen Einverständnis schon geschehen sei. — Kube als Vertreter der Generalkommission sprach ebenfalls gegen die Aufhebung des Kartellvertrages mit dem Gemeindearbeiterverbande. Die Aufhebung würde Streitigkeiten in manchen Orten zur Folge haben, wodurch die Agitation und die Organisierung der betreffenden Arbeiter erschwert würde. Vorkommende Differenzen zwischen beiden Organisationen müßten im Wege der Verhandlung geregelt werden.

Der Antrag, welcher die Aufhebung des Kartellvertrages verlangt, wurde zurückgezogen. Angenommen wurden folgende Anträge:

1. Der Hauptvorstand wird beauftragt, mit dem Gemeindearbeiterverband erneut in Verhandlungen zu treten, um eine präzisere Fassung des Vertrages zu erlangen. Dabei muß vor allem die Grenzstreitigkeitsresolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses voll zur Geltung kommen.

2. In Anbetracht der Spezialisierung unseres Berufes empfiehlt die Generalversammlung, die Agitation mehr branchenmäßig zu betreiben. Zur besonderen Arbeit in den einzelnen Branchen sind in den örtlichen Verwaltungen Sektionen zu bilden. Diese Sektionen dürfen sich nur mit ihren Branchenangelegenheiten beschäftigen. Für die Branchen Stadtgärtnerei und Handelsgärtnerei ist eine besondere Zentralstelle zu schaffen, von der Anregungen für die Organisationsarbeit an die Ortssektionen zu geben sind.

3. Hand in Hand mit der zunehmenden Entwickelung zum Großbetrieb auch in der Gärtnerei geht eine ständig zunehmende Arbeitsteilung im Beruf. Dies hat zur Folge, daß die Zahl der ungelernten weiblichen und männlichen Arbeiter eine immer stärkere Zunahme in unserem Beruf erfährt. — Der Erfolg kommender Lohnkämpfe wird sehr davon abhängen, in welchem Maße die ungelernten Arbeiter der Organisation angehören. Die Generalversammlung erklärt, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Zuständen gelernte und ungelernte Arbeiter dieselben Interessen haben. Sie haben gemeinsam den Kampf um eine bessere Existenz zu führen. Daher verpflichtet die Generalversammlung alle Verwaltungen, mit aller Kraft die Organisierung der ungelernten Kollegen und Kolleginnen zu betreiben.

4. Für die Gärtner und Arbeiter der Staats- und Gemeindebetriebe ist eine Zentralstelle zu schaffen, welche alljährlich eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzunehmen und das Material den Verwaltungen zuzustellen hat. Die Zentralstelle soll auch den Kollegen bei Lohneingaben mit Rat und Tat zur Seite stehen und in agitatorischer Hinsicht fördernd wirken. — In allen größeren Orten, wo innerhalb der Gemeindebetriebe eine erhebliche Anzahl Gärtner und Arbeiter beschäftigt werden, sind Sektionen zu bilden.

Ueber das

Lehrlingswesen

referierte Thull-Berlin. Die Grundgedanken seiner Ausführungen sind: Wir müssen gegen die Lehrlingszüchterei einzuschreiten suchen; wir müssen, soweit es an uns liegt, für eine gute Fachausbildung der Lehrlinge sorgen; wir müssen sie über die Bestrebungen der Gewerkschaft aufklären und auf die Jugendbewegung aufmerksam machen. Auch darauf ist zu halten, daß den Lehrlingen die Zeit zum Besuch der Fortbildungsschulen gewährt wird. Daß die Gehilfen die Lehrlinge kameradschaftlich zu behandeln haben, ist selbstverständlich. Alle Reformen auf dem Gebiet des Lehrlingswesens haben wir zu unterstützen.

Die Diskussion bewegte sich in demselben Sinne. Mehrere Anträge wurden dem Vorstand überwiesen. Sie beauftragen ihn, sich mit aufklärenden Darlegungen über die Lehrlingsverhältnisse im Gärtnerberuf an Eltern, Vormünder und Waisenhäuser zu wenden.

Aus der Partei.

Zum Ausbau der Parteiorganisation in Thüringen.

Man schreibt uns aus Gotha:

Im „Vorwärts" vom letzten Mittwoch wird über eine am Sonntag in Weimar stattgefundene interne Zusammenkunft berichtet und auch etwas voreilig gesagt, daß ein Beschluß auf Errichtung einer Zentrale für ganz Thüringen angenommen wurde. Die erwähnte Aenderung wird wohl noch nicht so bald zustande kommen, zunächst müßten doch wohl die einzelnen Wahlkreis- und Landesvorstände der Parteiorganisationen, die nicht mal alle in Weimar vertreten waren, sich mit dieser wichtigen Frage beschäftigen und auch in den Ortsvereinen wird man sich erst damit befassen müssen, was bis jetzt noch gar nicht geschehen ist. Es kann aber jetzt schon gesagt werden, daß „ein einheitlicher Bezirk", so wie es berichtet wurde mit nur einem Sekretariat, vielleicht unter Ausschaltung aller bisherigen Sekretariate, nicht möglich ist in den jetzigen thüringischen Staaten, sonst würde die Agitation sich noch schwieriger gestalten, als es jetzt leider schon der Fall ist. Beständen nicht die zahlreichen verschiedenen Landesgesetze und die mittelalterlichen Gemeindeordnungen, die bei der Agitation alle eine mehr oder weniger große Rolle spielen, so ließe sich mit einer Leitung auskommen. Das ist aber zurzeit noch ganz unmöglich, höchstens könnte ein Archiv geschaffen werden, eine Sammelstelle für alle in öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben hervortretende Dinge, um besser Vergleiche über die bestehenden Unzuträglichkeiten zu schaffen und dadurch die Agitationsarbeit zu erleichtern, im übrigen müssen wir uns aber hier in Thüringen der so verschiedenartigen Staatsgesetzgebung anzupassen suchen!"

Wir können und wollen von hier aus kein Urteil fällen, ob eine großthüringische Organisation möglich ist oder nicht. Bemerken

wollen wir nur, daß wir den Beschluß jener „internen" Konferenz in Weimar thüringischen Parteiblättern entnommen haben, die auch so „voreilig" waren, die auf „Großthüringen" bezügliche Resolution mitzuteilen.

Ein sozialistischer Abgeordneter von seinen Wählern desavouiert.

Rom, 9. September. (Eig. Ber.) Der Wahlkreiskongreß des Kreises von Lari, dessen parlamentarischer Vertreter, der Abg. Dello Sbarba, zur reformistischen Partei übergetreten ist, hat mit 84 gegen 54 Stimmen seinem Abgeordneten das Mandat abgesprochen. Die Wahl des neuen Kandidaten wird demnächst erfolgen.

Parteiliteratur.

Sozialistische Blindenliteratur.

Von der „Neuen Zeit, Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Zunge", ist die Nr. 6 des dritten Jahrgangs erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Kapitalistische Sozialreform. Von Luise Zietz. (Schluß.) Die Lasten des Militarismus. Aus der Gegenwart. Offiziere und Arbeiter. Militaristisches. Das Wachstum der großen Vermögen. Wie die Behörden den Alkoholismus bekämpfen. Säuglinge im Gefängnis. Aus Mecklenburg. Zur Erntezeit. Gedicht von Gottfried Keller. Lesefrüchte. Hierzu die wissenschaftliche Beilage. — Der Abonnementspreis des Blattes beträgt bei sechsmaligem Erscheinen jährlich 3,60 M. für Deutschland und Oesterreich-Ungarn und 4,50 M. für die übrigen Staaten. Anfragen und Bestellungen sind an A. Wendt, Berlin 39, Sprengelstr. 1, zu richten.

Die Zeitschrift, die in Braillescher Kurzschrift gedruckt wird, ist nicht durch den Buchhandel, sondern nur durch die genannte Stelle zu beziehen. Die Parteigenossen werden gebeten, die ihnen bekannten Blinden auf das Organ aufmerksam zu machen.

Imperialismus oder Sozialismus? Unter diesem Titel ist in den auf Veranlassung des Parteivorstandes herausgegebenen „Sozialdemokratischen Flugschriften" eine neue Broschüre von 16 Seiten als Heft XII erschienen. Es enthält folgende Abschnitte: 1. Wirtschaftliche und soziale Umgestaltungen. 2. Die Wirtschaftspolitik des Imperialismus. 3. Der kapitalistische Ausdehnungsdrang. 4. Das imperialistische Ideal. 5. Imperialistische Gewaltpolitik. 6. England und Deutschland. 7. Der Imperialismus und die innere Politik. 8. Steigender Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. 9. Der Kampf gegen die Kriegsgefahr. 10. Der Kampf um die Macht.

Wir wünschen der Broschüre, die in knappster und klarer Form über eine der wichtigsten politischen Fragen Aufklärung gibt, eine Massenverbreitung. Der Preis der Broschüre beträgt 10 Pf. Vereine und Gewerkschaften erhalten bei Bezug für Massenverbreitung billigste Preise.

Im ersten württembergischen Wahlkreise (Stuttgart) hatten die Urwahlen für die Parteitagsdelegation, das Ergebnis, daß Genosse Hildenbrand, Genosse Häring, Genosse Westmeyer und Genosse Heymann gewählt wurden.

Personalien. Genosse O. Günther tritt aus der Redaktion des „Braunschweiger Volksfreund" aus und geht als Sekretär nach Harburg a. Elbe.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Freisprechung in einer Boykottklage. Als Folge des Bäckerstreiks waren in Magdeburg einige Genossen, darunter der Redakteur der „Magdeburger Volksstimme", wegen groben Unfugs angeklagt, den sie dadurch begangen haben sollen, daß sie aufforderten, nur bei den Bäckern zu kaufen, bei denen die Arbeitsverhältnisse geregelt sind. Der Staatsanwalt berief sich auf Entscheidungen des Reichsgerichts und Oberlandesgerichts Naumburg, daß der Boykott an sich zwar berechtigt, aber in der besonderen Art der Boykottaufforderung die Beunruhigung und strafbare Handlung liegt, weswegen Bestrafung stattzufinden habe. Das Gericht schloß sich dieser Logik nicht an und sprach die Angeklagten frei.

Soziales.

Volksschullehrer als Hilfskräfte der Forschung.

Im November 1907 richteten die Zentralstelle für Volkswohlfahrt und der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege eine Eingabe an die Staatsregierungen sämtlicher Bundesstaaten, die sich mit der Unterernährung auf dem Lande und deren Folgeerscheinungen beschäftigte. Diese Eingabe, die eine folgenschwere Umwälzung der ländlichen Verhältnisse beleuchtete, bewirkte, daß unterm 16. Juni 1908 an die preußischen Regierungspräsidenten die Verfügung erging, Erhebungen anzustellen „über die angeblichen Mängel in der Ernährung auf dem platten Lande infolge der Entziehung von Fleisch und Butter aus dem ländlichen Haushalte sowie über die damit zusammenhängende Herabsetzung der körperlichen Entwicklung der Landbewohner". Für die Provinz Pommern übernahm die wissenschaftliche Lösung der Aufgabe der Direktor der Königl. Universitätsklinik in Greifswald, Professor Dr. Erich Peiper. Das Ergebnis seiner Untersuchungen, durch das leider die Befürchtungen der Zentralstelle für Volkswohlfahrt bestätigt werden, liegt im diesjährigen Bande des „Archivs für Sozial-Hygiene" (2. Heft) vor. Die Unterlagen seines reichhaltigen Materials verdankt Professor Dr. Peiper den pommerschen Impfärzten und der pommerschen Lehrerschaft. Letztere hat im Jahre 1911 insgesamt 14 194 städtische und 28 334 ländliche Volksschulkinder nach Größe und Brustumfang gemessen und gewogen. Eine gleiche Feststellung war schon einmal ein Jahr zuvor von der Lehrerschaft des Regierungsbezirks Köslin gemacht worden. Das vorliegende Material — es umfaßt beinahe jedes dritte pommersche Volksschulkind — ist nach der Kenntnis des Bearbeiters das reichhaltigste, das bisher auf diesem Gebiete der sozialhygienischen Forschung vorliegt. In anerkennender Weise erstattet Universitätsprofessor Dr. Peiper den pommerschen Lehrern folgenden Dank: „Es ist mir mehr wie eine Pflicht, wenn ich an dieser Stelle der Lehrerschaft Pommerns für ihre unendliche Mühe, besonders auch für die Sorgfalt, welche von ihr auf die Messungen verwandt wurde, meinen herzlichsten Dank ausspreche. Die Messungen haben den Untersuchern eine unendliche Zeit und Mühe gekostet."

Gerichts-Zeitung.

Ungültige Polizeiverordnung.

Eine prinzipiell bedeutsame Entscheidung fällte gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts III. Die Lichtenberger Straßenordnung vom 29. Februar 1910 verbietet im § 94, wie fast alle Straßenpolizeiordnungen, das Marschieren geschlossener Züge auf den Bürgersteigen und stellt jeden Teilnehmer an solchen Zügen unter Strafe. Ein derartiges Verbot steht in offenbarem Widerspruch zu § 1 des Reichsvereinsgesetzes. Gegen dieses Verbot soll der Genosse Wilhelm Roigk dadurch verstoßen haben, daß er sich am 12. Mai d. J. einer Menschenmenge anschloß, die sich nach dem „Schwarzen Adler" in Lichtenberg, wo eine Protestversammlung stattfand, bewegte. Er ist deshalb wegen Verstoßes gegen § 94 der Lichtenberger Straßenordnung von dem Schöffengericht in Lichtenberg zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Auf die eingelegte Berufung Roigks hatte sich das Landgericht III mit der Sache zu befassen.

In dem gestrigen Termin, in dem dem Angeklagten Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg als Verteidiger zur Seite stand, bekundeten vier Zivilzeugen übereinstimmend, daß es sich nur um eine lose, unorganisierte Menschenmenge und nicht um einen geschlossenen Zug gehandelt habe, während der Polizeiwachtmeister Berresheim, der auch die Festnahme der Angeklagten veranlaßt hatte, das Gegenteil beschwor. Dennoch beantragte der Staatsanwalt die Zurückweisung der Berufung. Der Verteidiger beantragte in eingehenden juristischen und tatsächlichen Ausführungen Freisprechung. Das Gericht schloß sich den Anträgen des Verteidigers an. Es erklärte den § 94 der Straßenordnung als im Widerspruch mit § 1 des Reichsvereinsgesetzes stehend und deshalb für ungültig. Die Bestimmung der Straßenordnung enthalte eine polizeiliche Beschränkung des Versammlungsrechtes, die weder im Reichsvereinsgesetze noch in anderen Reichsgesetzen vorgesehen sei. Es könne auch keine Rede davon sein, daß es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handle. Das Gericht stellte ferner fest, daß ein „geschlossener Zug" überhaupt nicht stattgefunden habe, sondern nur eine lose Menschenansammlung. Aus beiden Gründen erkannte das Gericht auf Aufhebung des Schöffengerichtsurteils und Freisprechung des Angeklagten.

Gleiches Recht.

Für die verschiedenartige Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung, je nachdem, ob es sich um Unternehmer oder Arbeiter handelt, hat kürzlich die Hamburger Justiz ein hübsches Beispiel geliefert.

Ihrer Beurteilung unterstanden zwei Kundgebungen, die im Zusammenhang mit dem 33wöchigen Streik standen, welchen die Hamburger Tischler im vorigen Jahre erfolgreich durchgefochten haben. Während der Dauer des Kampfes versuchte es die Unternehmerorganisation, den Firmen, welche die Arbeiterforderungen bewilligt hatten, das Material zu sperren. Zu dem Zweck versandte der Sekretär des Unternehmerverbandes, Hauptmann a. D. Gurlitt, an die Holzhändler und Materiallieferanten eine Liste der bewilligten Firmen mit folgendem Begleitschreiben:

> Beifolgend übermitteln wir Ihnen eine Liste derjenigen größeren Tischlereien, welche sich den Bedingungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes unterworfen haben und dadurch dem hiesigen Holzgewerbe die schwersten Schädigungen zugefügt haben. Wir bitten Sie deshalb dringend, diesen Firmen Holz und Baumaterialien nicht verabfolgen zu wollen. **Eine große Anzahl Ihrer Kunden hat sich entschlossen, es von Ihrem Verhalten in bezug auf die oben ausgesprochene Bitte abhängig zu machen, ob sie den Bedarf an Holz usw. weiter bei Ihnen decken.**

Der langwierige Kampf endete mit dem Abschluß eines Vertrages. Im Frühjahr dieses Jahres kam es nun zu Differenzen mit der dem Arbeitgeber-Schutzverband angehörigen Firma Nagel, welche den Vertrag nicht einhielt. Die vertragliche Schlichtungskommission beschäftigte sich mit dem Streitfall und beauftragte ihre beiderseitigen Vorsitzenden, mit Nagel zu verhandeln. Dieser lehnte aber jede Verhandlung ab und erwies sich auch später allen Vorstellungen seiner Kollegen vom Arbeitgeberschutzverband gegenüber unzugänglich. Der Holzarbeiterverband veröffentlichte nun im „Hamburger Echo" folgendes Inserat:

> „Ueber den Betrieb der Firma Nagel, Billstraße, ist wegen Lohndifferenzen die Sperre verhängt. Die Firma weigert sich, mit den Vertretern der Arbeiter, wie auch mit den Obmännern der Schlichtungskommission zu verhandeln. Kein Arbeiter falle den Streikenden in den Rücken und werde zum Verräter! Hoch die Solidarität!
>
> Im Betriebe arbeiten zurzeit: (folgen die Namen der Arbeitswilligen).
>
> Lasse sich niemand mit diesen ein!"

Betrachtet man diese beiden Kundgebungen, dann wird man einen sachlichen Unterschied kaum entdecken können. Die Hamburger Justiz ließ ihnen jedoch eine sehr verschiedenartige Behandlung zuteil werden.

Wegen des Rundschreibens der Unternehmerorganisation stellte eine der in dem Zirkular genannten Firmen Strafantrag wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. Der Staatsanwalt lehnte aber ein Einschreiten ab. Eine Beschwerde beim Oberstaatsanwalt war erfolglos und das angerufene Hanseatische Oberlandesgericht entschied endgültig, daß kein Anlaß zum Einschreiten vorliege. Es handle sich um keine Verrufserklärung, sondern „um nichts weiter als um ein Ersuchen, im Hinblick auf die großen Schädigungen, welche die betreffenden Tischlereien den anderen Betrieben zugefügt hätten, die Materialsperre über dieselbe zu verhängen". Auch eine gegen die Empfänger des Schreibens gerichtete Drohung mit dem Entzug der Kundschaft, um sie zu bewegen, sich den Bestrebungen des Arbeitgeberschutzverbandes anzuschließen, kommt nicht in Betracht, „sondern lediglich die Anwendung eines im wirtschaftlichen Kampf erlaubten Mittels", in welchem nach den neueren Entscheidungen des Reichsgerichts (Vergl. Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen Bd. 64, S. 53 ff.) keine Drohung zu erblicken ist.

Mit gleichem Recht ließen sich dieselben Grundsätze auf das Inserat anwenden. Ueberdies kommt für letzteres noch in Betracht, daß es sich gegen einen Unternehmer wandte, der sich hartnäckig weigerte, den gültigen Tarifvertrag anzuerkennen. Die Justiz stellte sich aber auf einen anderen Standpunkt. Gegen die beiden Bevollmächtigten der Hamburger Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes wurde Anklage erhoben. Das Schöffengericht verurteilte sie zu 2 Wochen bezw. 10 Tagen Gefängnis wegen Beleidigung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. Die Beleidigung, wegen derer ein Teil der Arbeitswilligen Strafantrag gestellt hatte, wurde in den Worten erblickt: „Kein Arbeiter falle den Streikenden in den Rücken und werde zum Verräter." Dadurch und in Verbindung mit den Worten: „Lasse sich niemand mit diesen ein," werden sie indirekt des Verrats geziehen und als des Verkehrs der Arbeitskollegen bezw. Standesgenossen nicht würdige Menschen hingestellt. Das Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung liegt in dem Schlußsatz des Inserats. Die Worte: „Lasse sich keiner mit diesen ein," enthalten eine Verrufserklärung, durch welche die Betreffenden genötigt werden sollten, sich der Vereinigung zum Behufe günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuschließen. Das Gericht arbeitet hierbei mit dem berühmten Dolus eventualis. Die Angeklagten, heißt es in den Gründen, hätten zwar nicht direkt auf die Arbeitswilligen eingewirkt, aber sie mußen damit rechnen, daß diese das Inserat im „Echo" zu Gesicht bekommen. Wie das Oberlandesgericht im vorher besprochenen Fall, bezieht sich auch das Schöffengericht auf ein Reichsgerichtsurteil und zwar auf ein solches vom 29. Oktober 1906 Bd. 72 S. 797. In diesem wird der Versuch, einen Arbeitgeber zur Teilnahme an einem abgeschlossenen Tarifvertrag zu zwingen, als unter § 153 der Gewerbeordnung fallender erklärt.

Diese beiden Gerichtsentscheidungen in zwei sehr ähnlich gelagerten Fällen sind sehr lehrreich. Sie können als treffliche Illustration des preußisch-deutschen Justizgrundsatzes gelten: Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe.

Witterungsübersicht vom 12. September 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	767	NNO	1	halb bd.	13	Haparanda	765	NO	4	halb bd.	2
Hamburg	768	NNO	2	halb bd.	8	Petersburg	760	SSW	1	bedeckt	8
Berlin	767	Still		halb bd.	9	Scilly	770	NO	3	wolkig	12
Frankf. a. M.	767	NO	1	wolkig	8	Aberdeen	773	NW	3	wolkenl.	7
München	767	SO	2	wolkenl.	5	Paris	765	WNW	2	bedeckt	11
Wien	766	Still		halb bd.	9						

Wetterprognose für Freitag, den 13. September 1912.

Zeitweise etwas nebelig, vorwiegend heiter und trocken, nachts etwas kühl, am Mittag mild, bei meist schwachen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Billige Angebote

Berufs-Kleidung

Herkules-Leder-Hosen Allein-Verkauf. Gestreift oder einfarbig. Kernig und stark. Beste Arbeit. Bund aus einem Stück. Schwere Taschen ..... M. 4.50

Weiße Kellner-Jackette Vorzüglich in Wäsche . M. 3.65 u. 2.50

Pa blaue Monteur-Jackette Köper od. Drell, luft- u. waschecht. Extra lange Jackette. Verriegelte Taschen ... M. 2.45

Setzer-Kittel 3.10 2.50 | Maler-Kittel Starker Nessel 2.00

Berufs-Kleidung für alle Zweige der Gewerke und Industrie

BaerSohn

Berlin — Gegründet 1891

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Schutz-Kleidung für Sanitätsdienst und gewerbepolizeil. Vorschriften

Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) postfrei!

Möbel-Angebot.

Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 79, Postamt 28.

Kein Abzahlungsgeschäft. 2129*

Größte Gänse-Ausschlachterei im Süden. 465*

Täglich frische Gänse p. Pfd. 80 Pf. Gänsekleingen 90 Pf., Stückenfleisch 70 Pf., Gänseleulen 70 Pf., Lieben 120 Pf., Hautfett 90 Pf., Rümpfe p. 3 M. an.

Frau W. Schöning, Annenstr. 22.

Vera

3 Pfg. Cigarette

Josetti

A. Wertheim

Leipziger Str. 126–30 / 132–37
König-Str. am Bahnhof Alexander-Platz
Rosenthaler Strasse
Oranien-Strasse

Soweit vorhanden: Billige

Lebensmittel

Inseriertes Obst und Gemüse kann nicht zugesandt werden.

G. m. b. H.
Versand-Abteilung:
Berlin W. 66, Leipziger Strasse 132-137

Die Firma A. WERTHEIM hat zu ähnlich lautenden Firmen keinerlei Beziehung

Fleisch

Pa. Schmorfleisch .. Pfund 1.00
Filet unausgeschält, im ganzen Pfund 1.10
Brust u. Fehlrippe .. Pfund 85 Pf.
Kamm, Gulasch, Querrippe 80 Pf.
Schweinekamm u. Schuft 1.00
Schweinefilet ..... Pfund 1.25
Frischer Schinken im Ganz. Pfund 90 Pf.
Schweinekotelett .. Pfund 1.10
Eisbein (Dickbein) . Pfund 75 Pf.
Kalbskeule und Rücken im Ganzen... Pfund 1.10
Kalbskamm u. Bug Pfund 90 Pf.
Kalbsbrust 90 Pf. -Spitze 1.05
Hammelkeule u. Rücken im Ganzen Pfd. 90 Pf.
Dicke Rippe 85, Dünnung 75 Pf.
Kasseler Rippespeer 90 Pf. bis 1.05
Hirsch, Wildschwein u. Rehwild
zu billigen Preisen

Moselwein

1911 Obermosel .... 1/1 Flasche 72 Pf.
1911 Wormeldinger . 1/1 Flasche 82 Pf.
1908 Pommerner ... 1/1 Flasche 1.05
1908 Graacher ..... 1/1 Flasche 1.25
1909 Kövericher Pfarrgut 1/1 Fl. 1.50

Kolonialwaren

Globus-Hafermehl 1/1 Pak. 48, 1/2 Pak. 25 Pf.
Globus-Grünkernmehl 1/1 Pak. 63, 1/2 Pak. 33 Pf.
Globus-Reissmehl 1/1 Pak. 43, 1/2 Pak. 23 Pf.
Globus-Suppen mit verschiedenem Geschmack, Tafel 15, 24 Pf.
Globus-Erbswurst mit verschiedenen Einlagen 1/4 Kilo . 26 Pf.
Erbssuppen-Pulver mit Speck Pfund 42 Pf.
Engl. Patent-Hafermehl 1/1 Dos. 75, 1/2 Dos. 42 Pf.
Engl. Pat.-Gerstenmehl 1/1 Dos. 75, 1/2 Dos. 42 Pf.
Scotch Oatmeal ..... Paket 42 Pf.
Java-Reis ..... Pfund 25, 30, 36 Pf.
Rangoon-Reis ..... Pfund 17, 20 Pf.
Reisgries Pfund 18, Reisflocken Pfd. 28 Pf.

Kakao und Schokolade

Deutscher Kakao 85 Pf., 1.00, 1.60
Holländ. Kakao .. Pfund 1.50, 2.00
Block-Schokolade ..... Pfund 80 Pf.
Vanille-Schokolade ... 1.20, 1.30

Fleischwaren

Braunschweiger Zervelatwurst in Fettdarm ... Pfund 1.80
Zervelat- u. Salamiwurst Pfund 1.40
Pariser Lachsschinken .. Pfund 1.90
Mausschinken ca. 2½–3 Pfd. schwer Pfund 1.40
Rollschinken ca. 5–6 Pfund schwer Pfund 1.60
Schinkenspeck in Stücken von 1½–4 Pfund .... Pfund 1.35
Teewurst ..... Pfund 1.25
Bauernmettwurst ..... Pfund 1.15
Jagdwurst ..... Pfund 1.05
Feine Leberwurst ..... Pfund 1.15
Landleberwurst ..... Pfund 1.00
Pasteten-Leberwurst ... Pfund 1.25
Rotwurst ..... Pfund 55, 75 Pf.
Brühwürstchen Dose 6 Paar 90 Pf., 12 Paar 1.75

Obst und Gemüse

Goldtrauben Pfd. 24, Kiste 78 Pf. und 1.95
Blaue Kurtrauben ..... Pfund 22 Pf.
Napoleonsbirnen .... 3 Pfund 25 Pf.
Bergamottebirnen zum Einmach. Pfund 10 Pf.
Williamsbirnen ..... Pfund 15 Pf.
Kochbirnen 2 Pfd. 10, Kochäpfel 2 Pfd. 15 Pf.

Butter und Käse

Koch- und Backbutter Pfund 1.15
Essbutter Pfund 1.25, 1.35, ½ Pfd.-Stück 68 Pf.
Emmenthaler Käse .... Pfund 1.10
Schweizer Pfund 95, Tilsiter 68 Pf.
Limburger Pfd. 58, Romatour Stück 32 Pf.
Briekäse Pfd. 78, Bierkäse Pfd. 65 Pf.

Fische

Schellfische ..... Pfd. 15, 18 Pf.
Kabeljau ohne Kopf in ganzen Fischen ..... Pfd. 15 Pf.
Seelachs ohne Kopf in ganzen Fischen ..... Pfd. 18 Pf.
Grüne Heringe ..... Mdl. 35 Pf.
Aalquappen Pfd. 22, Makrelen St. 8 Pf.
Lachs in ganzen Fischen .... Pfd. 48 Pf.
Leb. Aale 65, 80 Pf., 1.00, 1.15
Lebende Karpfen Pfd. 75, 85 Pf.
Lebende Hechte .... Pfund 1.25
Lebende Krebse Mdl. von 25 Pf. an

Geflügel

Rebhühner Stück 78, 95 Pf., 1.30
Suppenhühner 1.25, 1.55 bis 2.25
Junge Hühner .... 85 Pf. bis 1.85
Enten 1.65 b. 3.50,
Tauben ..... 35, 65 Pf.
Junge Gänse .. Pfund 65, 75, 85 Pf.
Gänserümpfe .. Stück 3.75 bis 4.50
Leber Stück 45 Pf. Klein ... 88 Pf.
Gänsebrust Pfd. 1.15, Keule Stck. 75 Pf.
Stückenfleisch Pfd. 68 Pf., Hautfett Pfd. 85 Pf.

Südwein

Alter Tarragona .... 1/1 Flasche 82 Pf.
Fein. alter Tarragona 1/1 Flasche 1.00
Douro-Portwein ..... 1/1 Flasche 1.15

Theater.

Freitag, 13. Sept. 1912.

Anfang 7 Uhr.

Deutsches. Don Juan.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Samson und Dalila.
Kgl. Schauspielhaus. 1812.
Deutsches Schauspielhaus. Egmont.
Prater. Der Walzerkönig.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. An den Seen Oberitaliens.
Lessing. Die Frau vom Meere.
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Kurfürsten-Oper. Der Kuhreigen.
Berliner. Große Rosinen.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kleines. Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehre. Lottchens Geburtstag.
Montis Operetten. Geschlossen.
Schiller O. Der Misanthrop. Die Schule der Frauen.
Schiller Charlottenburg. Der Talisman.
Residenz. Der Herr von Nr. 19.
Thalia. Autoliebchen.
Luisen. Ich lasse Dich nicht.
Herrnfeld. Wie man Männer bessert. Die Original-Klabriaspartie.
Trianon. Die Brieftasche. Ein peinlicher Zwischenfall. Der Dieb.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Casino. Der Großfürst.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Die Macht der Töne.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.

Anfang 8½ Uhr.

Lustspielhaus. So 'n Windhund.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Rose. Zapfenstreich.
Walhalla. Nur nicht drängeln.
Folies Caprice. Der keusche Joseph. Der Rehbock.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Liebelei. — Literatur.

Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Yvonne.
* *
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Montis Operetten-Theater
(früher **Neues Theater**)
Heute geschlossen.
Sonnabend z. erstenmal: **Goldner Leichtsinn.**

Schiller-Theater O. Gallner-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr: **Der Misanthrop. Die Schule der Frauen.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Gefährtin — Paracelsus. Der grüne Kakadu.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Zopf und Schwert.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr: **Der Talisman.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Nachruhm.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Der Pfarrer von Kirchfeld**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Der Talisman.**

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Deutsches Schauspielhaus
(Komische Oper).
An allen Tagen der Woche 7½ Uhr:
Egmont.

Residenz-Theater.
8 Uhr:
Der Herr von Nr. 19.
Schwank in 3 Akten von Keroul und Barré.
Morgen und folgende Tage: **Der Herr von Nr. 19.**

Luisen-Theater.
Freitag: Letzte Abendaufführung: **Ich lasse Dich nicht.**
Sonnabend: **Der Alpenkönig und der Menschenfeind.**
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Ich lasse Dich nicht.**
Abends 8 Uhr: **Der Walzerkönig.**

Theater Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
1 Min. v. Bahnh. Jannowitzbrücke.
Vom 1. bis 16. September:
Das glanzvolle Spezialitäten-Programm und „Amor", Operetten-Burleske in 1 Akt.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5½ Uhr.
5 Säle für 80-400 Personen und 2 Kegelbahnen zu vergeben.

Zirkus Albert Schumann.
Sonnabend, den 14. September, abends 7½ Uhr: **Gala-Premiere**
mit nur durchweg **Neuheiten.**
Sonntag, den 15. September: **2 große Vorstellungen 2**
Nachmittags 3½ Uhr und abends 7½ Uhr. Nachmittags hat jeder Erwachsene **ein Kind** unter 10 Jahren **frei** auf allen Plätzen, außer Galerie.
In beiden Vorstellungen das **Gala-Premiere-Programm.**

Zirkus Busch
Bahnhof Börse.
Sonnabend, 21. September, abends 8 Uhr:
Gala-Premiere.
Vorverkauf ab Montag, den 16. September, im Zirkus Busch, bei A. Wertheim und Invalidendank. 102/1

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Zapfenstreich.
Anfang 8¼ Uhr.
Auf der Gartenbühne:
Es gibt nur ein Berlin. Gr. Revue.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Lachen ist die Parole!
4 Schwestern Ruby
Humorist. akrob. Potpourri.
M. Vega Trio
der Gipfel der Komik.
Wunderpapagei Lora
und 8 weitere Novitäten.

LUNA PARK
Letzte Woche!
Entree 50 Pf.
Kinder und Zwergstadt bis 6 Uhr frei.
Die für 1912 gelösten Billetts haben f. die nächstjährige Saison keine Gültigkeit.
Sonnabend:
Letzter Elitetag
mit großem Feuerwerk.
Entree 50 Pf.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Neu!
Die Macht der Töne.
Burleske v. Meysel.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7½ Uhr.

Herrnfeld Theater
Wie man Männer bessert!
Die Original-Klabrias-Partie
Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11—2 (Theaterkasse.)

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr. „Die Brieftasche". „Ein peinlicher Zwischenfall". „Der Dieb".

Passage-Theater.
Abends 8—11 Uhr
Gastspiel der sieben Spaßmacher
„Da tut sich was."
Große Metroparodie-Revue
nach dem Englischen aus dem Französischen ins Dämliche übersetzt von **Schmolius Feind,** Musik von **Victus Limburger,** in Szene gesetzt von Direktor **Ricardo Shoultscz.**
Jean Pedro, Fratzi Massievy, Laatsch Messing, Pepi Pepipi, Kohn Erzbishop, Luido Quietscher.
Pfeifen überall gestattet!

Passage-Panoptikum
Prinz ATOM
Das kleinste menschliche Lebewesen.
Das Wunder aller Wunder.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58
Heute geschlossen.
Sonntag, den 15. September 1912:
Robert und Bertram.
Montag, den 16. September: **Eröffnung der Wintersaison.**

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr
Ein lustiges Stück a. d. Berl. Leben
Der Großfürst.
Vorher ein auserwählter Spezialitätenteil, nur Künstler ersten Ranges.
Vorverkauf an der Theaterkasse von 11—2 Uhr.
Sonntag 3½ Uhr: **Der stille See.**

Folies Caprice.
Täglich 8¼ Uhr:
Die Novitäten:
Der keusche Joseph.
Der Rehbock.
Der Einbrecher.

Metropol-Theater, Schwindelmeier & Comp.
Phant.-musik. Komödie in 3 Akt. aus d. Engl. völlig frei bearb. von H. Freund. Musik von R. Nelson, u. a. Tänze von W. Bishop. In Szene gesetzt v. Dir. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße,
z. Z. einziger Eispalast.
Heute **2 Vorstellungen 2.**
Nachmittags und abends:
Das prachtvolle **Eisballett**
Yvonne.
Abends außerdem:
Die kleine Charlotte.
Einödshofer-Konzert.
Bis **6 Uhr** und von **10¾ Uhr** abends **halbe** Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges!
Wein- und Bier-Abteilung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Am Sonntag, vormittags 8 Uhr, von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung. Keiner darf fehlen. Die Bezirksleitung.

Am Dienstag, den 17. d. M., finden im „Schwarzen Adler" und „Café Bellevue" zwei öffentliche Versammlungen statt, in welchen die Stadtverordnetenfraktion den Tätigkeitsbericht gibt. Auf vollzähliges Erscheinen rechnet Die Bezirksleitung.

Steglitz-Friedenau. Am Sonntag, den 15. September, findet ein Familienausflug durch den Grunewald nach dem Restaurant Schwarz (Rennbahn) in Zehlendorf statt. Abmarsch 1/2 12 Uhr von Ecke Grunewald- und Kleiststraße in Steglitz. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht Der Bildungsausschuß.

Wannsee. Morgen Sonnabend, abends 8 Uhr, im Restaurant „Fürstenhof": Versammlung des Wahlvereins. Berichterstattung von der Kreisgeneralversammlung und der Verbandsgeneralversammlung.

Biesdorf. Am Sonntag, den 15. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal des Herrn Haack, Marzahner Straße, eine öffentliche Versammlung statt. Genosse W. Nitschke spricht über: „Die Bedeutung der Sozialdemokratie für die Arbeiterschaft." Parteigenossen, sorgt durch rege Propaganda für Massenbesuch der Versammlung.

Friedrichshagen. Der Bildungsausschuß veranstaltet am Sonnabend, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Lerche, Friedrichstraße 112, eine Theatervorstellung. Aufgeführt wird „Minna von Barnhelm" von G. E. Lessing durch das Märkische Wandertheater. Eintrittskarten a 60 Pf. sind in der Konsumgenossenschaft, Friedrichstr. 98, zu haben.

Lichtenrade. Morgen, Sonnabend, den 14. September, abends 8 1/2 Uhr, im Wirtshaus Lichtenrade, am Bahnhof, Mitgliederversammlung.

Schönwalde-Schönerlinde (Bezirk Pankow). Sonntag, den 15. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale von Schulz in Schönwalde: Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Georg Ucko über: „Der Kampf gegen die Teuerung". Die Genossen von Pankow werden ersucht, rege an der Versammlung teilzunehmen. Treffpunkt: 1 Uhr am Rathaus; von da mit der Straßenbahn bis Französisch-Buchholz. Die Agitationskommission.

Rosenthal-Wilhelmsruh. Sonntag, den 15. September, vormittags 8 Uhr, von den Zahlabendlokalen aus Handzettelverbreitung. Dienstag, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Milbrodt, Kronprinzenstr. 15: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Ausbau der Zahlabende. Referent: Genosse Gramutke. 3. Vereinsangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Vor der Standesehre des Volksschullehrers.

Die „Pädagogische Zeitung" veröffentlicht mit der Ueberschrift: „Aus der Sommerfrische, etwas zur Standesfrage", die Zuschrift eines Volksschullehrers, der vermutlich in Berlin amtiert. Er klagt, daß „unter den Kollegen noch sehr viele sich befinden, die die Standesehre nicht genügend pflegen". „Manchmal möchte man", ruft er aus, „nach dem Vorbild der Aerzte und Offiziere Ehrengerichte verlangen!" Und dann erzählt er:

„In einem Orte an der Nordsee wollte ich den Kollegen einen Besuch abstatten — nach alter, lieber Gewohnheit. Daß sie beide an Sommergäste vermieten, wußte ich. Darin fand ich auch nichts. Daß aber beide Lehrerfrauen ohne dienstbaren Geist für die Sommergäste alle niederen Arbeiten verrichteten, einschließlich Stiefelputzen, Nachtgeschirreinigen usw., fand ich unerhört. Die eine begrüßte uns sogar mit dem zu putzenden Stiefel in der Hand. Man stelle sich vor, was die Sommergäste über unseren Stand denken und sagen müssen. Ueberall erzählen sie doch, daß sie bei einem Lehrer gewohnt haben. Und mit dieser Erinnerung verknüpft sich das Bild der Lehrerfrau mit der Stiefelbürste und dem Aufwascheimer. Und das geschieht, obgleich die Nebeneinnahmen wohl die Uebertragung der niederen Arbeiten an einen dienstbaren Geist gestatten würden. Denn der eine Kollege hatte eine Einnahme von 800 M., der andere eine solche von 500 M., also im „Nebenamt" eines Wirtes recht ansehnliche Summen. Bemerken will ich noch, daß recht vornehme Leute, z. B. ein Major, bei den Kollegen wohnten. — Bei der Wirtstafel in einem guten Hotel hatte ich noch folgende Freude: Ein Herr (Kaufmann), dem ich mich bloß als H. aus N. vorgestellt hatte, hielt sich über die unfeine Art seines Tisch-Vis-à-vis auf, indem er sagte: Wenn ich nicht wüßte, daß der Mensch ein Doktor ist, hätte ich ihn für einen Volksschullehrer gehalten."

Mancher wird diesen Herzenserguß überaus amüsant finden, aber dem Einsender ist es gewiß heiliger Ernst mit seiner Entrüstung. Der Lehrer, der das geschrieben hat, wird vielleicht Arbeiterkindern schon oft erzählt haben, daß „Arbeit nicht schändet". Seinen Kollegen aber sucht er klar zu machen, es sei „unerhört", daß eine Lehrerfrau für einen bei ihr wohnenden Sommergast die Stiefel putzt und die Nachttöpfe reinigt. So etwas heißt ihm, „die Standesehre nicht genügend pflegen", und da „möchte man Ehrengerichte verlangen". Jawohl, die „Lehrerfrau mit der Stiefelbürste und dem Aufwascheimer" gehört vor ein Ehrengericht, samt ihrem Gatten, der solche sie entehrende Arbeit duldet. Der Lehrer aber, dem die „Päd. Ztg." die Zuschrift abgedruckt hat, muß wegen besonderen Verdienstes um die Wahrung der Standesehre Ehrenmitglied des Deutschen Lehrervereins werden.

Frauen im Gemeindewaisenrat.

Der Beschluß der Armendirektion, Frauen auch in die Armendirektion als Bürgerdeputierinnen aufzunehmen, hat die Aufmerksamkeit auch auf die Tätigkeit der Frauen in der Waisenpflege gelenkt. Während die den Armenkommissionen angehörigen Frauen in den Kommissionen vollberechtigt sind, werden die in den Gemeindewaisenräten tätigen Frauen anders behandelt; sie haben hier nur beratende Stimme. Ein Grund dafür, daß die männlichen Mitglieder stimmberechtigt, die weiblichen nicht stimmberechtigt sind, ist nicht erkenntlich, zumal gerade die Waisenhelferinnen oft recht schwierige Aufgaben zu erfüllen haben. Im Juni wurde vom Gemeindewaisenrat 57a eine Frau zur Vorsitzenden gewählt; sie wurde aber von der Deputation nicht bestätigt, weil — eine Frau nicht vollberechtigt sei. Das bedeutet eine Degradierung der weiblichen Mitglieder des Waisenrats, die vollkommen unbegründet ist. Es wäre höchste Zeit, daß in der Waisenverwaltung auch die Frauen, die gerade in der Waisenpflege sich recht nützlich betätigen, volles Recht wie die männlichen Mitglieder erhalten.

Die Verunstaltung des Potsdamer Platzes

durch Errichtung eines Kaffeehauses steht immer noch in Aussicht. Man sollte es kaum für möglich halten, daß in einer Zeit, in der so viel von der Notwendigkeit der Verschönerung des Städtebildes geredet und geschrieben wird, ein Plan ausgeheckt wird, der einen Platz vor einem schönen stattlichen Gebäude, wie es der Potsdamer Bahnhof ist, in der schlimmsten Weise zu verschandeln geeignet ist. Ganz unbegreiflich ist es, daß der Fiskus selber die Rolle des Verunstalters eines schönen Platzes spielen will, lediglich aus materiellen Interessen. Man bedenke: Von Staats wegen wird angeregt, Ortsstatute zum Schutze vor Verunstaltung schöner Gegenden oder Bauwerke zu erlassen. Kreise und auch einzelne Gemeinden bemühen sich, solche Ortsstatute zu erlassen. Und dann kommt ein bestimmtes Ressort desselben Staatsministeriums, das solche Anregungen an die Gemeinden erlassen und diese Musterstatute zur Nachachtung ausgearbeitet hat, und beabsichtigt, einen öffentlichen Platz in der schandbarsten Weise zu verhunzen. Daß das Projekt der Erbauung eines Cafés auf dem Platze vor dem Bahnhof, unmittelbar vor den zum Bahnhof führenden Treppen, die dadurch zum Teil schwer zugänglich werden, eine Verunstaltung darstellt, hat der sogenannte Verunstaltungsausschuß klipp und klar bejaht. Wie schlimm aber diese Verunstaltung wirkt, konnten am Mittwoch die Mitglieder der Tiefbaudeputation an der Hand eines Modells erkennen. Danach wird das Café direkt vor dem Eingang zum Bahnhof hingestellt. Das Publikum, das nach dem Bahnhof will oder von ihm kommt, kann seinen Weg nicht geradeaus nehmen, es muß vielmehr in einem Bogen um das zu errichtende Café bezw. um den Cafégarten machen, der erhöhte Sitzplätze erhalten soll. Der Verkehr wird durch das Projekt gehemmt. Schon aus Verkehrsrücksichten erscheint das Projekt undurchführbar, ganz abgesehen von der Geschmacklosigkeit, die in dem „genialen" Plane liegt. Es ist genau dasselbe, wenn der Fiskus seinen Plan vor dem Platze „Am Opernhause" oder auf dem Schloßplatze ausführen wollte. Nur glauben wir, daß er hier weniger Glück haben dürfte.

Im Interesse eines geordneten Verkehrs vor dem Potsdamer Bahnhofe kann auch die Aufsichtsbehörde eine Genehmigung zu dem eisenbahnfiskalischen Plane unter keinen Umständen erteilen.

Freie Bahn für das Talent.

Folgende Resolution hatte der Berliner Lehrerverein in einer Versammlung angenommen und der städtischen Schuldeputation übermittelt: „Die Versammlung sieht in der Errichtung von höheren Lehranstalten, die das Lehrziel der Volksschule voraussetzen und, auf diesem aufbauend, in vier bis fünf Jahren ihre Schüler bis zum Reifezeugnis einer Vollanstalt fördern, ein Mittel, hervorragend begabten Volksschülern den Weg zu einer höheren Bildung und zu geistigen Berufen mehr als bisher zu erschließen. Die Versammlung richtet an die staatlichen und kommunalen Unterrichtsbehörden die Bitte, diesen Vorschlag auf seine praktische Durchführbarkeit zu prüfen."

Hierauf hat die städtische Schuldeputation folgendes geantwortet: „Dem Vorstande erwidern wir auf das gefällige Schreiben vom 11. Dezember 1911 und den uns übersandten Sonderabdruck aus der „Pädagogischen Zeitung", Berlin 1911 Nr. 48 und 49, „Freie Bahn für das Talent", ergebenst, daß wir die Forderung, hervorragend begabten Volksschülern den Weg zu einer höheren Bildung und zu den geistigen Berufen mehr als bisher zu erschließen, für berechtigt halten und uns um ihre Erfüllung bemühen werden, daß wir aber den vorgeschlagenen Weg nicht als gangbar ansehen."

Ein gesundes Bildungswesen ist nur möglich bei Einführung der allgemeinen Volksschule, der die höheren Lehranstalten nur angegliedert sind. Die Unentgeltlichkeit des Besuches höherer Schulen muß die Voraussetzung sein, wenn die höheren Schulen nicht ein Privilegium für Kinder bemittelter Eltern sein sollen. Leider ist das heute der Fall. Einzelfälle, in denen durch besondere Protektion dieser oder jener Schüler weniger bemittelter Eltern die höheren Lehranstalten besuchen kann, ändern an dieser Sachlage wenig.

Der Sitz des Potsdamer Oberversicherungsamtes ist nach dem Oberpräsidialgebäude in der Priesterstraße zu Potsdam verlegt worden. Die zweite Instanz in der Versicherungsrechtsprechung bezieht die Räume, die früher die Regierung inne hatte. Als Direktor ist der Regierungsrat Freiherr Röder v. Diersburg ernannt.

Ueber das Martyrium eines zehnjährigen Mädchens, das bei seinem Stiefvater Schalitzky in der Malplaquetstraße wohnte, wurde Anfang August berichtet, daß das Mädchen Katharine Kirsch in der Nähe der Fennbrücke in den Schiffahrtskanal sprang, um sich das Leben zu nehmen. Es wurde aber von einem vorübergehenden Arbeiter glücklich gerettet. Als Grund wurde angegeben, daß das Mädchen wegen fortgesetzter Mißhandlungen durch die eigene Mutter zu dem Schritt getrieben worden sei. Eine Untersuchung, die in der Sache stattgefunden hat, hat aber ergeben, daß die Behauptung fortgesetzter Mißhandlungen stark übertrieben war. Die kleine Kirsch ist ein uneheliches Kind, das bis zum vierten Jahre bei einem Schmiedemeister Beyer in Pflege war. Dann nahm es die Mutter zu sich. Zwischen der Mutter und Beyer entspannen sich deshalb Streitigkeiten, da B. zugleich Vormund des Kindes war. Das Gericht mußte schließlich entscheiden. Die gerichtliche Verhandlung ergab, daß für die üble Nachrede gegen die Mutter wegen schlechter Behandlung kein Beweis erbracht werden konnte. Rektor und Lehrer bekundeten vielmehr, daß das Kind stets einen gut gepflegten Eindruck gemacht hätte. Richtig ist aber, daß die Mutter das Kind öfter geschlagen, aber nicht gemißhandelt habe, weil das Mädchen viel gelogen habe. Ob die Behandlung des Kindes in letzter Zeit zu wünschen übrig ließ, muß noch klargestellt werden. Fest steht, daß das Verhältnis des Vormundes Beyer zu der Mutter immer ein recht gespanntes war, aus dem sich viele Unzuträglichkeiten — auch für das Kind — ergeben haben. Aus diesem Grunde hat das Vormundschaftsgericht dem B. die Vormundschaft abgenommen und dieselbe dem Pastor Pfeiffer übertragen. Katharine Kirsch ist aus der Pflegestelle herausgenommen worden und wird zunächst in einer Waisenerziehungsanstalt untergebracht.

Empörung rief gestern morgen ein Vorfall hervor, über den uns ein Augenzeuge folgendes schreibt: Als ich Donnerstag morgen gegen 1/2 8 Uhr die Markgrafenstraße passierte, überholte mich die 6. Kompagnie des Alexanderregiments in der Gegend der Leipziger Straße; gleich hinter dieser Straße durchlief ein anscheinend im Seidenhaus Michels angestellter junger Mann im Alter von 17 bis 18 Jahren die Kompagnie (zwischen Hauptmann und Mannschaften), weil er es augenscheinlich sehr eilig hatte, um pünktlich im Geschäft zu sein. Dieses „furchtbare Verbrechen" muß wohl der auf hohem Roß thronende Führer der Kompagnie bemerkt haben, denn sofort beauftragte dieser einen Mann seiner Kompagnie, den Missetäter zu stellen. In der Taubenstraße wurde der junge Mann von dem Beauftragten des Hauptmanns gestellt, gehörig „durchgeschüttelt" und denselben Weg zurückexpediert, den er kurz vorher durch die Kompagnie genommen hatte; daß hierbei „Püffe" hagelten, brauche ich wohl nicht weiter anzuführen; besonders glaubte sich ein Gefreiter hervortun zu müssen, indem er dem „Delinquenten" mit seinen nägelbeschlagenen Stiefeln einen Tritt auf die hinteren Extremitäten versetzte. Laute Verwünschungen gegen diese empörende Behandlung wurden von allen Seiten laut. Befriedigt über die gelungene Waffentat zog die Kompagnie mit „Preußenmarsch" ihres Weges weiter, uns aber überkam tiefe Scham über die unwürdige Behandlung harmloser „preußischer Bürger"!

Ein berüchtigter Heiratsschwindler, der seine Gaunereien nur im Großen betreibt, macht wieder einmal von sich reden. Diesmal ist er unter dem Namen Regierungsbaumeister Dr. Alberti aus Berlin wieder im Süden aufgetreten. Es ist ein 32 Jahre alter Mechaniker Eugen Thieringer, der schon vor Jahren vom Erkennungsdienst der hiesigen Kriminalpolizei entlarvt und damals in Berlin zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Thieringer spielte damals, allerdings ohne Erfolg, den „wilden Mann". Später wurde er in Süddeutschland zu einer Zuchthausstrafe verurteilt, entwich aber aus der Strafanstalt, um sofort seine alten Schwindeleien wieder aufzunehmen. Unter den Namen Dr. Schiebe und Dr. Bohn prellte er in Hohensalza und Erfurt Damen unter der Vorspiegelung, ein großes in Konkurs geratenes Unternehmen auflaufen zu wollen, um sehr große Beträge. Dann nahm er auch noch Stellungsuchenden, denen er diesen oder jenen Posten in seinem Unternehmen versprach, zum Teil beträchtliche Bürgschaften ab. Eine Dame in München opferte ihm erst kürzlich 10 000 M. Unterdessen schrieb der Gauner den Betrogenen in Hohensalza und Erfurt auf einer Karte, daß er sich auf dem Wege nach Argentinien befinde. Wahrscheinlich aber hatte er sich nach seinen letzten Streichen nach Berlin gewandt, um hier eine Zeitlang unterzutauchen. Jetzt ist er plötzlich in Mainz aufgetreten. „Dr. Alberti" schwindelte dort seiner Braut vor, daß seine erste vor 3 1/2 Jahren in Berlin verstorbene Frau 80 000 M. in die Ehe mitgebracht habe. Diese seien in Hypotheken angelegt. 25 000 M. von dem Kapital müsse er bei seiner Wiederverheiratung an seinen Schwiegervater in Berlin zurückzahlen. Weil er aber augenblicklich nur 18 000 M. besitze, die er sich bei seiner Tätigkeit in Kamerun gespart habe, so wolle er seinem Schwiegervater jetzt gleich 15 000 M. und den Rest von 10 000 M. später zahlen. Leider fehlten ihm jedoch, so klagte er scheinbar tiefbekümmert, 2000 M. Die Braut freute sich, damit aushelfen zu können, und „Dr. Alberti" fuhr nach Berlin, wie er sagte, um die Angelegenheit zu regeln. Seitdem ließ er nichts mehr von sich hören oder sehen. Außer dem baren Gelde erbeutete der Gauner auch noch einen Brillantring im Werte von 500 M., den ihm die Braut geschenkt hatte und 500 M. Reisegeld. Sonderbar ist es, daß der Schwindler bei den Damen soviel Glück hat. Denn er ist nichts weniger als stattlich oder schön. Sein rechter Fuß ist verkrüppelt, um eine Zehenlänge kürzer als der linke, steht nach innen und gibt beim Gehen etwas nach. Auf dem kleinen Finger der rechten Hand fehlt der Nagel. Das linke Handgelenk weist eine Narbe auf. Sie rührt daher, daß Thieringer einmal versuchte, sich die Pulsader aufzuschneiden. Der Schnurrbart des Gauners, der schon etwas zu ergrauen beginnt, hat auf der rechten Seite infolge einer Brandverletzung weißen Nachwuchs. Der Gauner, der meistens ein Monokel, zuweilen auch einen Kneifer trägt, sehr oft seine Kleidung wechselt und schwäbische Mundart spricht, nennt sich mit Vorliebe Regierungsbaumeister, Baurat, Ingenieur, Oberingenieur oder Automobilfabrikant und fährt in der Regel Automobil, das er selbst gern steuert, oder 1. Klasse mit der Eisenbahn.

Zu Gerüchten von einem Verbrechen gab gestern morgen ein Leichenfund Veranlassung. Sie sind aber allem Anschein nach unbegründet. Aus dem Hafen gegenüber dem Hause Schöneberger Straße 22 wurde um 6 Uhr morgens die stark verstümmelte Leiche eines noch unbekannten Mädchens aufgefunden. Sie war ganz unbekleidet bis auf die schwarzen Schuhe und blauen Strümpfe. Der rechte Unterarm ist am Ellenbogengelenk abgetrennt und fehlt noch. Beide Beine sind mehrmals gebrochen. Die linke Leistengegend weist eine klaffende Wunde, der Oberkörper mehrere Stichverletzungen auf. Allem Anschein nach rühren die Verletzungen ohne Ausnahme von Dampferschrauben und Bootshaken her. Es scheint, daß der Körper ganz in eine Schraube hineingeraten und mehrmals herumgeschleudert worden ist. Hierbei sind wohl auch die Kleidungsstücke vom Körper herabgerissen worden. Die Leiche scheint etwa acht Tage im Wasser gelegen zu haben. Die unbekannte Tote, die nach dem Schauhause gebracht wurde, scheint etwa im Anfang der zwanziger Jahre gestanden zu haben. Sie ist kräftig gebaut und hat blondes Haar und gesunde Zähne.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Einsichtnahme in die Wählerliste! Im November wird die Stadtverordnetenversammlung neu gewählt. Die Liste der stimmfähigen Bürger liegt zur Einsichtnahme für alle Wähler vom Sonntag, den 15. September, bis einschließlich den 30. September aus, und zwar nicht wie früher im Rathause, sondern im Stadthause (früheres Rathaus Rummelsburg), Türrschmidtstraße, wochentags in der Zeit von 8 bis 8 Uhr täglich und Sonntags von 9 bis 12 Uhr. In dieser Zeit ist jeder Bürger verpflichtet, Einsicht in die Liste zu nehmen; etwaige Einsprüche gebe man sofort zu Protokoll. Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen. Tue daher jeder seine Pflicht!

Charlottenburg.

Ein schweres Brandunglück hat sich am Mittwoch in der Goethestraße 67 zugetragen. Die 85jährige Ehefrau des dort wohnhaften Nachtwachbeamten Brasen wollte früh Kaffee kochen. Um das Feuer anzufachen, goß sie auf die im Küchenherde noch glimmenden Kohlen Petroleum. Die nun auflodernde Flamme erreichte auch die offene Petroleumflasche, die mit furchtbarem Knall explodierte. Die brennende Flüssigkeit ergoß sich über Frau Brasen, die innerhalb weniger Augenblicke einer lebenden Feuersäule glich. Laut um Hilfe rufend stürzte die Unglückliche auf den Korridor hinaus, wo sie besinnungslos zusammenbrach. Hausbewohner erstickten durch Aufwerfen von Betten und Decken die Flammen und riefen die Samariter der Feuerwehr herbei, die der bedauernswerten Frau die erste Hilfe angedeihen ließen und sie nach dem Krankenhause Westend schafften. Hier verstarb Frau Brasen alsbald nach ihrer Einlieferung an den erlittenen Brandwunden.

Ein Automobilunfall ereignete sich in der Cervinusstraße. Als dort der 12jährige Schüler Fritz Seidel vor dem elterlichen Hause Nr. 7 den Fahrdamm überschreiten wollte, wurde er wenige Schritte vor dem jenseitigen Bürgersteige von einem in schneller Fahrt herannahenden Automobil eines Berliner Warenhauses erfaßt und umgestoßen. Der Knabe schlug mit solcher Wucht auf die Bordschwelle auf, daß er einen schweren Schädelbruch und eine starke Wunde am rechten Unterschenkel davontrug. In fast hoffnungslosem Zustande fand der Verunglückte im Krankenhause Aufnahme.

Neukölln.

Die Lebensmittelteuerung und die Mißstände im Gewerbe lautete das Thema, das in einer gut besuchten Versammlung der selbständigen Schuhmacher Neuköllns Genosse Klüß behandelte. Nachdem der Referent in packender Weise die gegenwärtige Lebensmittelmisere sowie die derselben gegenüber bisher bewiesene Untätigkeit der Regierung dargelegt hatte, zeigte er den Anwesenden, daß sie die im Berufe vorhandenen Auswüchse nur durch Zusammenschluß aller Berufsgenossen sowie durch Anschluß an die politische Organisation beseitigen könnten. Hierauf gelangten zwei Resolutionen zur Annahme, von denen die erstere Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung fordert, während die zweite die Berufsgenossen um Abschaffung der Nacht- und Sonntagsarbeit ersucht. Gleichzeitig wird das Publikum ersucht, die selbständigen Schuhmacher in ihrem Bestreben um Erringung menschenwürdiger Zustände dadurch zu unterstützen, daß es auf die Fertigstellung von Arbeiten während des Nachts sowie des Sonntags verzichtet.

Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Der Regierungspräsident hatte bekanntlich die Verwendung des hinter dem Gemeindefriedhofe liegenden Grundstücks zu Friedhofszwecken nicht gestattet, da, wie es in dem damaligen Bescheid hieß, sowohl in gesundheitlicher wie in ästhetischer Hinsicht schwere Bedenken vorlägen. Auf eine Beschwerde der Gemeindevertretung ist, wie der Bürgermeister mitteilte, jetzt die Genehmigung unter der Bedingung erteilt, daß an dem an die Laubacher Straße grenzenden Teil des Grundstücks 15 Meter nicht belegt werden dürfen. Eine vom Schöffen Bache gegen die Errichtung des Rathauses am Lauterplatz sowie die Festsetzung der Fluchtlinie eingereichte Beschwerde ist vom Bezirksausschuß zurückgewiesen worden. Des weiteren brachte der Gemeindevorsteher eine Einladung des Friedenauer Turnvereins zur Sedanfeier zur Kenntnisnahme. Diese Angelegenheit ist an sich sehr unbedeutend, sie verdient aber hier angeführt zu werden, um die „Unparteilichkeit" des Herrn Bürgermeister Walger einmal ins rechte Licht zu rücken. Als vor zirka einem Jahre die Gemeindevertretung den Gemeindevorsteher durch Beschluß dazu zwingen wollte, alle an die Gemeindevertretung gerichteten Eingaben zur Kenntnis derselben zu bringen, erklärte Herr Walger, daß er nach der Landgemeindeordnung berechtigt sei, der Gemeindevertretung nur das vorzulegen, was er im öffentlichen Interesse zur Verhandlung geeignet halte. Er lasse sich durch einen Beschluß der Gemeindevertretung keine Vorschriften machen und werde, streng unparteiisch, alles das vorlegen, was öffentliches Interesse beansprucht. Tatsachen beweisen indessen, daß es mit der Unparteilichkeit des Herrn Bürgermeisters nicht weit her ist. Im Gegensatz zu den verschiedensten patriotischen Vereinen, die Einladungen zu ihren Vereinsvergnügen an die Gemeinde richteten, zu Eingaben des Haus- und Grundbesitzervereins gelegentlich der Etatsberatungen sowie den Petitionen einzelner Herren aus dem Handels- und Gewerbeverein gegen eine vernünftige sozialpolitische Maßnahme hat eine Eingabe aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft bisher vor dem Herrn Walger noch keine Gnade gefunden. Wir erinnern an die verschiedenen Petitionen der Gewerkschaftskommission um Errichtung eines Gewerbegerichts, das längst für den Ort dringendes Bedürfnis geworden war. Nie lag nach Ansicht des Bürgermeisters ein öffentliches Interesse vor. Dasselbe war der Fall, als vor drei Monaten von den Leiterinnen der Ferienausflüge für Arbeiterkinder in einer Eingabe an die Gemeindevertretung um eine finanzielle Unterstützung nachgesucht wurde. Herr Walger wird es sich nach alledem müssen gefallen lassen, daß von unseren Genossen Zweifel an seiner Unparteilichkeit geäußert werden. — Eine weitere Eingabe, die vornehmlich von höheren Beamten unterzeichnet ist, protestiert gegen die von der Gemeindevertretung vor den Ferien beschlossene Beseitigung der Vorgärten in der Kirch-, Schmargendorfer- und Isoldestraße. Es wird darin ersucht, den damals gefaßten Beschluß wieder aufzuheben. Genosse Richter sowie Herr Berger unterstützen diese Eingabe. Beschlossen wurde, es bei dem bisherigen Beschluß zu belassen. Da bisher von der Gemeinde Maßnahmen gegen die Teuerung noch nicht getroffen sind, ersuchte Genosse Richter den Gemeindevorstand, die Beschaffung von Lebensmitteln durch die Gemeinde schleunigst betreiben zu wollen. Auch sei es Pflicht der Gemeinde, energisch gesetzgeberische Maßnahmen zur Steuerung des herrschenden Notstandes zu fordern. Der Gemeindevorsteher sagte das erstere zu, während er sich von der Eingabe an den Reichstag bei der heutigen Zusammensetzung desselben durchaus keinen Erfolg verspricht. Der Inhaber des Privatmarktes an der Bornstraße Ecke Rhein- resp. Schloßstraße unterbreitete der Gemeindevertretung einen Vertrag, in dem er sich verpflichtet, den auf diesem Grundstück befindlichen Vergnügungspark aufzuheben, wenn die Gemeinde ihm in Zukunft den Strompreis für Beleuchtung der Marktanlage auf das für die Inhaber der Ladengeschäfte geltende Maß herabsetzt. Dem wurde zugestimmt. Des weiteren wurde beschlossen, die Gutsmutstraße bis nach der Schloßstraße hin durchzulegen, wodurch der vorhin erwähnte Marktplatz in zwei Teile zerlegt wird.

Nieder-Schöneweide.

Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen an einem Mädchen ist vorgestern in Nieder-Schöneweide verübt worden. Ein etwa 40jähriger Mann, der in der Kölnischen Straße gebettelt hatte, sprach in der Britzer Straße ein fünfjähriges Mädchen, die Pflegetochter eines Eisenbahnbeamten an und lockte die Kleine in den nahen Wald. Hier verging sich der Wüstling an dem Kinde. Bei der Annäherung von Passanten ergriff der Attentäter die Flucht, wurde jedoch nach einer wilden Jagd eingeholt, überwältigt und der Polizei zugeführt. In dem Festgenommenen wurde der 48jährige Arbeiter Wendt aus Adlershof festgestellt, der bereits mehrfach wegen Sittlichkeitsvergehens vorbestraft und auch längere Zeit in einer Irrenanstalt interniert gewesen ist. W. wurde in das Köpenicker Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Ober-Schöneweide.

Am Sonntag, den 15. d. M., hält der Gesangverein „Oberschöneweider Liedertafel", Mitglied d. D. A.-S.-B., vormittags 10 Uhr im Restaurant „Blumengarten", Ostendstraße, Inh. Gärtig, eine Morgensprache ab, wozu folgende Vereine ihr Erscheinen zugesagt haben: „Lichtenberger Männerchor", „Maientraum Soni-Belli", Berlin, „Friedrichshagener Männerchor", „Freie Sänger", Königs-Wusterhausen, „Freier Sängerchor", Alt-Glienicke, „Liederfreunde", Johannisthal und „Männerchor Oberspree", Nieder-Schöneweide-Baumschulenweg. Der Eintritt ist frei. Außerdem veranstaltet obengenannter Verein nachmittags einen Volksliederabend. Eintritt 20 Pf. Gönner und Freunde des Gesanges sind hierzu eingeladen.

Erkner.

Die hiesige „Freie Turnerschaft" (M. d. A.-T.-B.) feiert am Sonnabend, den 14. September, abends 8½ Uhr, im Etablissement „Zum alten Krug" (Degebrodt) ihr Stiftungsfest. Die Festrede hält der Kreisvorsitzende Turngenosse F. Gentz-Berlin. Da sich der Verein bisher zu den Partei- und Gewerkschaftsfesten zur Verfügung gestellt hat, wird auf zahlreichen Besuch der Arbeiterschaft gerechnet.

Klosterfelde.

Eine von 300 Männern und Frauen besuchte öffentliche Versammlung unter freiem Himmel beschäftigte sich am Sonntag mit der gegenwärtigen Teuerung. Der Referent Genosse Dr. Moses zählte in temperamentvoller Weise die Ursachen auf, die zu dem jetzigen Notstand der breiten Masse des Volkes geführt haben. Scharf verurteilte er, daß die Regierung untätig bleibe, um das Elend durch geeignete Maßnahmen zu mildern. Die Ausführungen wurden von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In seinem Schlußwort ermahnte Genosse Maier-Wilhelmsruh die Versammelten zum Eintritt in die Reihen der Sozialdemokratie.

Spandau.

Plötzlich vom Tode ereilt wurde vorgestern abend die Frau eines Maurerpoliers in der Klosterstraße in dem Augenblick, als sie zu einem Ausgang ihre Wohnung verlassen wollte. Da die Todesursache durch äußere Besichtigung der Verstorbenen vom Arzt nicht mit Sicherheit festgestellt werden konnte, so ist die Leiche zunächst behördlich mit Beschlag belegt worden.

Das junge Mädchen, das sich vorgestern morgen von der Schulenburgbrücke in die Havel stürzte, befindet sich auf dem Wege zur Besserung. Das Mädchen ist aus Spandau und hat hier auch im Dienst gestanden. Ein Streit mit der Dienstherrschaft hat es zu der verzweifelten Tat veranlaßt.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln. Sonntag, den 15. September: Gruppenpartie nach Jagdschloß Stern (Parforcedeide).

1. Gruppe: Potsdam—Babelsberge—Bergholz—Jagdschloß Stern. Fahrgeld 60 Pf. Abfahrt Ringbahnhof (Bergstraße) früh 6,28 Uhr, Hermannstraße 6,31 Uhr.

2. Gruppe: Zehlendorf — Vorwerk Düppel — Albrechts Teerofen — Jagdschloß Stern. Fahrgeld 50 Pf.

3. Gruppe: Zehlendorf — Machnow — Gütergotz — Jagdschloß Stern. Fahrgeld 50 Pf.

Abfahrt der 2. und 3. Gruppe Ringbahnhof (Bergstraße) 6,58 Uhr, Hermannstraße 7,01 Uhr früh. — Nachmittags finden gemeinsame Spiele statt. Die Teilnehmer wollen Mundvorrat für den ganzen Tag mitbringen.

Gerichts-Zeitung.

„Kurzer Prozeß"

sollte gestern vor der Ferienstrafkammer 4 des Landgerichts Berlin III mit einem Angeklagten gemacht werden, der die Ladung zu einem Termin nicht erhalten hatte, aber zufällig an Gerichtsstelle war. Auf Antrag des Vertreters der Staatsanwaltschaft hatte das Gericht darüber zu entscheiden, ob gegen den Angeklagten — ungeachtet des Umstandes, daß auch dem Verteidiger die Ladung nicht zugegangen war — sofort zu verhandeln sei.

Die Strafsache gehörte zu den Blüten des Kampfes gegen die proletarische Jugend, den in Lichtenberg die Polizei seit langem ebenso unermüdlich wie erfolglos führt. Der Angeklagte Hoeft wurde beschuldigt, als Leiter einer Versammlung gegen das Vereinsgesetz gefrevelt zu haben. Vom Amtsgericht Lichtenberg war er freigesprochen worden, aber die Staatsanwaltschaft hatte hiergegen Berufung eingelegt und erwartete nun vom Landgericht eine andere Entscheidung. Vor derselben Strafkammer stand zu derselben Zeit ein Termin an in einer zweiten Strafsache gegen Hoeft, die wieder eine ihm als Leiter einer Versammlung zur Last gelegte Uebertretung des Vereinsgesetzes betraf. Ein Urteil des Amtsgerichts Lichtenberg, das ihn schuldig gesprochen und ihm 50 M. Geldstrafe auferlegt hatte, war auf die von Hoeft eingelegte Berufung durch das Landgericht nachzuprüfen. In Verbindung hiermit stand eine gleichfalls in der Berufungsinstanz vor dieser Strafkammer zu verhandelnde Strafsache gegen Schöneberck und zwei Brüder Sack, die als Jugendliche durch Teilnahme an jener von Hoeft geleiteten, nach Meinung der Anklagebehörde „politischen" Versammlung gegen das Vereinsgesetz verstoßen haben sollten. Hier hatte gegen das freisprechende Urteil des Amtsgerichts Lichtenberg die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt.

Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Ehricke hielt es für zweckmäßig, die drei Sachen miteinander zu verbinden und in gemeinsamer Verhandlung zu erledigen. Hiergegen erhob Einspruch der Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, der in allen drei Sachen den Angeklagten als Verteidiger zur Seite stand. In der ersten Strafsache gegen Hoeft habe weder dieser noch er selber (der Verteidiger) die Ladung erhalten, und überdies sei ein wichtiger Zeuge ausgeblieben. Es wurde darauf versucht, in den Gerichtsakten die Zustellungsurkunden aufzufinden, die ja hätten vorhanden sein müssen, wenn Zustellung erfolgt wäre. Die Suche blieb ergebnislos, aber der Vorsitzende erneuerte die Anregung, sogleich über die erste Sache mitzuverhandeln. Jetzt beantragte das auch der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Assessor Simon. Zur Begründung führte er aus, der Angeklagte sei ja da, auch sein Verteidiger fehle nicht, und darüber, ob der fehlende Zeuge nötig sei, werde das Gericht zu entscheiden haben. Der Verteidiger erwiderte, es sei etwas ganz Neues, daß ein Gericht in einer Sache verhandeln solle, obwohl weder der Angeklagte noch sein Verteidiger eine Ladung zu dem Termin erhalten haben. Das Gesetz, das eine rechtzeitige Ladung vorschreibe, wolle doch den Angeklagten vor Ueberrumpelung schützen und ihm wie seinem Verteidiger die Möglichkeit ausreichender Vorbereitung sichern. Gegen einen ungeladenen, aber zufällig in einer anderen Sache erschienenen Angeklagten sogleich auch in jener Sache zu verhandeln, wirke wie eine Umgehung des Gesetzes.

Nach längerer Beratung kam das Gericht zu der Entscheidung, daß die erste Sache, weil die Ladung des Angeklagten nicht nachgewiesen sei, vertagt werden müsse. Zur Begründung sagte der Vorsitzende jetzt, daß der Angeklagte und sein Verteidiger „natürlich das Recht haben", rechtzeitige Ladung zu fordern, die eine Vorbereitung ermöglicht. Beschlossen wurde ferner, nunmehr auch die beiden anderen Sachen zu vertagen, weil in dem neuen Termin alle drei Sachen miteinander verbunden werden sollen.

Religionsunterricht von Dissidentenkindern.

Mit der Teilnahme von Dissidentenkindern am jüdischen Religionsunterricht hatte sich das Schöffengericht in Neukölln zu befassen. Der Tapezierer Richard Kunze hatte abermals eine polizeiliche Strafverfügung, lautend auf 1 M., erhalten, weil er es versäumt hatte, seinen Sohn Alfred in den Religionsunterricht der 7. Gemeindeschule zu schicken. Um ein prinzipielles Urteil zu erzielen, hatte er um richterliches Urteil angetragen. Der Angeschuldigte hatte, nachdem er aus der evangelischen Landeskirche ausgetreten war, sein Kind am jüdischen Religionsunterricht teilnehmen lassen, bis die jüdische Gemeinde dem Knaben den Weiterbesuch verbot. Jetzt hielt K. sein Kind unter strikter Beobachtung der formellen Vorschriften von jedem Religionsunterricht fern. Der Verteidiger Dr Kurt Rosenfeld machte in seinem Plädoyer besonders darauf aufmerksam, daß es nicht zulässig sein kann, einen Dissidenten zu zwingen, sein Kind an dem Religionsunterricht der Kirche teilnehmen zu lassen, aus der der Vater ausgetreten ist. Schlimmstenfalls könne man nach der Rechtsprechung des Kammergerichts fordern, daß das Kind an irgendeinem staatlich anerkannten Religionsunterricht teilnehme, wie dies der jüdische doch sei. Wenn plötzlich die jüdische Gemeinde sich weigere, den Knaben weiter an ihrem Religionsunterricht teilnehmen zu lassen, so könne man doch dafür nicht den Angeklagten verantwortlich machen. Das Gericht kam zu einer Freisprechung des Angeklagten, ohne sich auf eine prinzipielle Erörterung der Frage einzulassen. Den Angeschuldigten treffe kein Verschulden, und daher sei er freizusprechen. Ihm müsse es die Hauptsache sein, daß er freigesprochen werde, weshalb könne ihm gleichgültig sein, sodaß sich eine prinzipielle Entscheidung erübrige.

Aus aller Welt.

Der schwarze Tod.

Der Sensenmann hält im Bergbaurevier reiche Ernte. Kein Tag vergeht, wo nicht durch schwere Unfälle sinnenfällig bewiesen wird, wie dringend notwendig die Erfüllung der Bergarbeiterforderungen nach erhöhtem Arbeiterschutz ist. Gestern wieder hat eine Schlagwetterexplosion auf der Zeche Westend in Duisburg-Meiderich fünf Bergleuten das Leben gekostet, einem sechsten schwere Verletzungen zugefügt. Die Leichen der Verunglückten und der Verletzte konnten geborgen werden. Die in den anderen Schächten arbeitenden Bergleute sind nach dem Unglück ausgefahren. Die Ursache der Katastrophe ist noch unbekannt.

Wie sehr die Arbeitsmethoden im Bergwerksbetrieb nach erhöhten Schutz der Arbeiter drängen, beweisen die statistischen Erhebungen. Nach den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes 1912, Nr. 1, wurden im Jahre 1910 von der Knappschaftsberufsgenossenschaft gezählt 1572 Todesfälle und 111 641 Verletzungen, für die Unfallanzeigen erstattet wurden. In ganz erheblichem Maße könnten nach dem heutigen Stande der Technik diese Unfälle vermindert werden, wenn nicht kapitalistische Profitgier Raubbau an der Arbeitskraft üben würde.

* * *

Wie aus Bethune gemeldet wird, haben die Ingenieure beschlossen, die Rettungsarbeiten in der Clarence-Zeche wegen der damit verbundenen Gefahren nunmehr endgültig einzustellen. Man wird noch etwa 14 Tage warten und dann die Grube unter Wasser setzen, um die Feuersbrunst zu löschen.

Ein neuer Flugrekord.

Eine glänzende aviatische Leistung hat der französische Flieger Fournty vollbracht. Bei einem von Fournty vollführten Fluge ist es ihm gelungen, sich mit seinem Apparate 18 Stunden und 18 Minuten in der Luft zu halten. Fournty durchflog während dieser Zeit eine Strecke von 1010,9 Kilometer und hat damit den bisherigen Weltrekord geschlagen.

Die Anklage gegen die Autoapachen.

Der Pariser Untersuchungsrichter Gilbert hat nunmehr die Angelegenheit der Automobilbanditen, gegen die die Untersuchung 9 Monate geführt wurde, vor die Anklagekammer verwiesen. Gegen die 26 Banditen werden acht Beschuldigungen wegen Mordes und 18 Beschuldigungen wegen Diebstahls erhoben. Nach den Feststellungen der Untersuchung haben die Banditen sieben Personen getötet und 12 verwundet. Vier der Banditen, darunter ihr Häuptling Bonnot, sind bekanntlich während ihrer Verfolgung durch die Polizei getötet worden. Die Schwurgerichtsverhandlung wird voraussichtlich im Dezember d. J. stattfinden.

Kleine Notizen.

Schwerer Eisenbahnunfall. Bei Frankleben (Provinz Sachsen) entgleiste ein Personenzug. Ein Wagen schlug um. Dabei wurden Sanitätsrat Spiller, eine Krankenschwester und ein Reisender verletzt, jedoch besteht keine Lebensgefahr. Der Materialschaden ist gering.

Arbeiterrisiko. In der ungarischen Stadt Debreczin ist bei der Belastungsprobe das Eisenbetondach eines im Bau befindlichen Kinematographentheaters eingestürzt. Zwei Arbeiter erlitten bei dem Einsturz den Tod und vier wurden schwer verletzt.

In den Abgrund gestürzt. Auf der elektrischen Bahn von Mentone nach Sospel im französischen Departement Seealpen stürzte ein aus dem Motorwagen und einem Güterwagen bestehender Zug in einen 150 Meter tiefen Abgrund. Die beiden Zugbediensteten wurden getötet.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter zu Hamburg. (E. H. 29.) Filiale Berlin 2. Montag, den 16. September, abends 8 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstr. 18c: Mitgliederversammlung. — Filiale Berlin 7. Sonnabend, den 14. September, abends 8 Uhr, bei Preppermann, Pasewalker Str. 3: Mitgliederversammlung. — Filiale Baumschulenweg. Den Mitgliedern, welche in Treptow wohnen, zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 14. September, abends von 8½ bis 10 Uhr im Lokal von Jul. Schmidt, Kiefholzstr. 22 kassiert wird.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin". Wanderfahrten am Sonntag, den 15. September:

I. In die Duberow. Groß-Besten, Forsthaus Duberow, Hölzener und Schmilde-See, Prieros, Dolgen-See, Senzig, Königs-Wusterhausen. Abfahrt 6,45 Uhr vom Görlitzer Bahnhof.

II. Spreewaldfahrt. Abfahrtzeit wie oben.

Arbeitertouristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 15. September: Wanderung und Fahrt durch den Unterspreewald. (Halbe, Wend. Buchholz, Gr.-Wasserburg, Schlepzig, Lübben.) Abfahrt I.: am 14. September, abends 7,15 Uhr, bis Halbe; II.: am 15. September, früh 6 Uhr, bis Oderin, vom Görlitzer Bahnhof. Treffpunkt auf dem Wehlaberg.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" ist soeben das 50. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zum Parteitag. Von K. Kautsky. — Stein und Schön. Von F. Mehring. — Sturmlauf gegen das Koalitionsrecht. Von E. Legien. — Imperialismus und Rüstungsbeschränkung. Von Gustav Eckstein. — Die sozialdemokratische Frauenbewegung Deutschlands. Von Luise Zietz. — Parteiausschuß oder erweiterter Parteivorstand? Von Heinrich Schulz. — Sonderkonferenzen. Von H. Ströbel. — Der militärische Jugenddrill. Von Edgar Hahnewald (Gera). — Zur Angestelltenfrage. Von R. Woldt. — Entwickelungslinien für unsere Bibliotheken. Vorschläge von J. Hanauer (Brüssel). — Eine Wahlanalyse. Von Adolf Thiele. — Literarische Rundschau: Gewerkschaftliche Jahrbücher. Von J. Kliche. — Zur Frage der Fleischversorgung. Von Sp. — Die Wunder der Natur. Von ow. — Zeitschriftenschau. Von Oda Olberg.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Marktbericht von Berlin am 11. Septbr. 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—60,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00. Linsen 35,00—70,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,60—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,80—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,60—3,80. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,80. 60 Stück Krebse 1,60—40,00.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 11. 9. cm	seit 10. 9. cm¹)	Wasserstand	am 11. 9. cm	seit 10. 9. cm¹)
Memel, Tilsit	175	+14	Saale, Grochlitz	150	+24
Pregel, Insterburg	−12	−7	Havel, Spandau²)	34	0
Weichsel, Thorn	228	+110	„ Rathenow²)	5	+11
Oder, Ratibor	220	−26	Spree, Spremberg²)	90	+2
„ Krossen	225	+17	„ Beeskow	78	0
„ Frankfurt	183	+25	Weser, Münden	328	−23
Warthe, Schrimm	18	+4	„ Minden	425	+36
„ Landsberg	−19	0	Rhein, Maximiliansau	538	+10
Netze, Bordamm	−7	+1	„ Kaub	439	+79
Elbe, Leitmeritz	92	+55	„ Köln	434	+37
„ Dresden	−66	+25	Neckar, Heilbronn	308	−187
„ Barby	199	+19	Main, Hanau	226	+18
„ Magdeburg	152	+4	Mosel, Trier	143	−5

¹) + bedeutet Wachs, — Fall. — ²) Unterpegel.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Einbeck. Der Kaiser ist der größte Grundbesitzer in Preußen. Außer einer großen Anzahl von Schlössern besitzt er 83 Güter mit einem Gesamtumfang von ungefähr 100 000 Morgen. — **R. R. 21.** 1. Betrauen Sie sich in dieser Sache dem Lehrer Ihres Kindes an. 2. Leider zweckdienlich. — **H. H. 1001.** Wenden Sie sich an das anatomische Institut, Luisenstraße 56. — **B. 100.** Ja und wird bei Ablauf des Mandats bezw. bei Nichtwiederwahl, Tod usw. wieder eingezogen. — **P. K.** Adresse für Berlin: Wilh. Hinz, Prinzenstr. 66. — **Neukölln 1000.** Privatinstitute weisen wir grundsätzlich nicht nach. — **Lisa.** Wenden Sie sich an den Verband für Hausangestellte, Michaelkirchplatz 1 II. — **J. H. 62.** Hierüber ist Rat beim Fachmann einzuholen. — **E. M. 36.** Durch Selbstbeherrschung. — **G. P. 4.** Diese Stelle in Anspruch zu nehmen, ist zwecklos. Wenden Sie sich lieber an den Transportarbeiterverband, Engelufer 15. — **W. 1.** Wetten werden im Briefkasten nicht entschieden. — **A. F. 107.** Nach dem alten Kalender. — **R. B. 75.** Uns nicht

bekannt. — **E. W. 20.** Fragen Sie bei der Zentralkommission der Krankenkassen an, Alexanderstr. 39/40. — **A. K. 84.** Wenden Sie sich an den Verband der Gemeindearbeiter, Sektion Krankenpfleger, Engelufer 15. — **P. G. 18.** Beides 1887. — **F. C. 31.** Grenadierstr. 37, Hof geradezu I. — **H. 153.** Die im Vertrag vorgesehene Kündigungsfrist ist maßgebend. — **A. K. 35.** Sie persönlich haften nicht. Ihre Frau soll reklamieren. — **L. 6.** Ja, durch Erklärung beim Standesamt. — **H. B. 31.** Der Vorschuß konnte von den 50 M. vorweg gekürzt werden. — **H. H. 2930.** Antrag beim Polizeipräsidium. — **A. B. 100.** Das läßt sich kaum feststellen. — **Nitzbon, Charlottenburg.** Für einen Monat sind Sie zahlungsfähig. — **H. G. 80.** Sie können beim Amtsgericht klagen oder dort den Erlaß eines Zahlungsbefehls beantragen. — **O. L. 01.** Das kann leider verlangt werden. — **W. 22.** 1. Ja. 2. bis 4. Ja. Die Höhe des Betrages richtet sich nach den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Kinder. — **H. G. 30.** Ja. — **J. H. 32.** 1. bis 3. Die Novelle hat keinen Einfluß auf das Fürsorgerziehungsgesetz. Die Anordnung der Fürsorgeerziehung ist keine Strafe im Sinne des Gesetzes. Die Fürsorgeerziehung endigt mit dem 21. Lebensjahr, kann aber schon vorher aufgehoben werden. 4. Kann Erfolg haben. — **E. K. 76.** Sie selber sind nicht zahlungspflichtig. — **H. B. 87.** 1. Nein. 2. Nein. Der Lohn ist am Montag auszuzahlen. 3. Nur für die Zeit bis zum 30. September. — **W. 99.** 1. Das ist zulässig. Die Klage ist, unter Anführung der Parteien, Darstellung des Sachverhalts und Stellung des Antrages auf Verurteilung in Höhe ihres ziffernmäßig anzugebenden Anspruchs, in zwei Exemplaren einzureichen. 2. Die sechsmonatliche Frist kommt nur dann in Betracht, wenn die Ehegatten zusammenleben. Da das im vorliegenden Falle anscheinend nicht der Fall war, wird sich die Vernehmung des G. nicht vermeiden lassen. — **E. C. 1313.** So lange der Onkel Ihrer Frau noch lebt, läßt sich nichts tun. Nach dessen Tode kommt es darauf an, ob ein Testament vorliegt und welchen Inhalt dasselbe hat. — **Bl. 12.** Es besteht nur Anspruch auf Pension. — **S. P. 10.** Sie sind beide haftbar, wenn die Tochter zur Zeit der Entnahme der Kleidung minderjährig war, andernfalls haftet nur Ihre Frau.

Unserem Herbergsvater

Hermann Spaeth

zu seinem 50. Geburtstage die besten Glückwünsche!

Die Mitglieder [142/2
des Deutschen Bauarbeiterverbandes Bezirk Nordost.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.

Bezirk 54.

Am Mittwoch, 11. September, verstarb unser Mitglied

Hermann Müller

An der Apostelkirche 6.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 14. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Zwölfapostelkirchhof in Schöneberg, Tempelhofer Weg statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.

Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege 35/13

Hermann Müller

(Mitglied der Ortsverwaltung), welcher in der Berliner Parkverwaltung beschäftigt war, verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Bestattung findet am Sonnabend, den 14. September, nachmittags 3 Uhr, von der Wohnung, Berlin W., An der Apostelkirche 6, aus nach dem Friedhof der Zwölf-Apostel-Gemeinde, Schöneberg, Am Tempelhofer Weg, statt. **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Fräser

Gustav Born

Schwedenstr. 18b

am 11. September gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 14. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf W. aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

124/6 **Die Ortsverwaltung.**

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Deutschen Drechsler

u. deren Berufsgenossen (E. H. 86)

Verwaltungsstelle Berlin O.

Am 11. Sept. verstarb unser Mitglied 296/9

Gustav Born.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 14. d. M., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes, Reinickendorf, aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Am Mittwoch, 11. September, verschied unser langjähriger Kollege

Gustav Born

im 54. Lebensjahre.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. 293

Das Personal der Firma Küstermann & Co.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, 14. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Sebastian-Kirchhofs, Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.

Am Dienstag verstarb unser langjähriger Mitarbeiter, der Schriftsetzer 292b

Friedrich Bromm

im Alter von 58 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren

Das Personal der Hofbuchdruckerei Siltenfeld.

Die Beerdigung findet heute nachmittag um 5½ Uhr vom Trauerhause in Hermsdorf, Hauptstraße 1, aus statt

Von der Reise zurück. 206/20*

Frauenarzt Dr. Frankenstein

Neue Königstr. 88. (12—1, 5—6). Polikl.: Schönhauser Allee 55.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Deutschen Drechsler

u. deren Berufsgenossen (E. H. 86)

Verwaltungsstelle Berlin B.

Am 11. Sept. verstarb unser Mitglied 296/8

Anton Draniczarek.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 14. d. M., nachm. 4 Uhr, von der Halle d. neuen Michaelkirchhofs, Mariendorfer Weg, aus statt.

Konsum-Genossenschaft von Königs-Wusterhausen und Umgegend.

Eingetragene Genossenschaft m. b. H.

Freitag, den 27. September, abends 8 Uhr, im Lokal der Witwe Wedhorn, „Altes Schützenhaus":

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Aufsichtsrates und Vorstandes über das Geschäftsjahr 1911/12. 2. Revisionsbericht des Verbandsrevisors. 3. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 4. Neu- und Ergänzungswahlen des Aufsichtsrates und Vorstandes. 5. Statutenänderung der §§ 3, 7, 9, 10, 13, 25 und 28. 6. Anträge der Mitglieder; dieselben müssen sieben Tage vor der stattfindenden Generalversammlung in Händen des Vorstandes sein. [106/6

Der Vorstand.

Wilhelm Pioikies. Otto Friedland. Wilhelm Buchwalder.

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonntag, den 15. Sept., findet die

Herrenpartie

des Vereins nach dem Briesetal statt. Abfahrt: früh 7⁰⁰ Uhr Stettiner Vorortbahnhof bis Borgsdorf.

253b **Der Vorstand.**

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

Ortsgruppe Berlin.

Touren

zum Sonntag, d. 15. September:

1. Abt.: 8 und 1 Uhr: Schöneiche (Mann). Start: Bülowstr. 58.
2. Abt.: 8 Uhr: Nedlitz (Abkochen). 1 Uhr: Zehlendorf (Mick). Start: Schönleinstr. 6.
3. Abt.: 6½ Uhr: Nauen (Kumpke). 12 Uhr: Pichelswerder (Alter Fremd). Start: Lausitzer Platz 11.
4. Abt.: 8 u. 12½ Uhr: Kwiebusch (Berliner Schweiz). Start: Küstriner Platz.
5. Abt.: 2 Uhr: Familientour nach Hirschgarten (Zur Waldburg). Start: Usfsum.
6. Abt.: 5 Uhr: Teupitz (Tornows Idyll). 1 Uhr: Richtershorn). Start: Oderberger Str. 28.
7. Abt.: 7 Uhr: Wandlitz (Gesellschaftshaus). 1 Uhr: Schönwalde (Schulz). Start: Schulstraße 29.
8. Abt.: 6 Uhr: Seddin (Grätz). Start: Lewetzowstr. 21. 1 Uhr: Nowawes (Stinger). Start: Beusselstraße 23.
9. Abt.: 1½ Uhr: Pferdebucht. Start: Schillingstr. 22.
11. Abt.: Am 18. Sept., 9 Uhr: Lehnitzsee. Start: Große Hamburger Straße 18/19. 12/15

Reinickendorf.

9 Uhr: Rüdersdorfer Kalkberge. Start bei Lüning.

Kaufen Sie nicht früher Kinderwagen-Bettstellen

ohne die Preise bei mir vorher zu sehen!

Garnierte **Kinderbettstellen** 7.50 M. an.

Kierski Berlin N.

Eingang Rügener Str. 27 Ecke Brunnenstr.)

Große helle Fahrikräume mit allem Komfort, Doppellicht, Fahrstuhl, elektr. Licht u. Kraft, Zentralheizung etc. umständehalber billig zu vermieten

Neue Hochstr. 20. *

Auskunft b. Verw. o. b. Eigentümer **Marcus, Charlottenburg,** Bismarckstr. 105.

Bauklempner! Bauklempner!

Empfehle mein Lokal (großes Vereinszimmer) werten Kollegen. 40962

August Rupp, Putbuser Str. 15.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Gruppe der Putzerträger.

Sonntag, den 15. September 1912, vormittags 11 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei Obiglo, Schwedter Str. 23/24.

Gruppe der Staaker.

Sonntag, den 15. September 1912, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Sektion der Fliesenleger u. Hilfsarbeiter.

Montag, den 16. September 1912, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 5.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu der am 13. Oktober d. J. stattfindenden Fliesenlegerkonferenz. — 2. Wahl eines Delegierten hierzu. — 3. Verschiedenes.

Die Mitglieder der in Frage kommenden Gruppen und Sektionen werden ersucht, für regen Besuch der Versammlung Sorge zu tragen.

142/3* **Die Zweigvereinsleitung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, Nr. 1289. — **Verwaltungsstelle Berlin** Chariteestraße 3. — Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, Nr. 1987.

Sonntag, den 15. September 1912, vormittags 9½ Uhr, pünktlich:

Versammlung der Emaillierer Berlins und Umgegend

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, (Saal 1).

Tagesordnung:

1. Sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Emailliererbranche der Aufbesserung bedürftig?

2. Diskussion. — **Mitgliedsbuch legitimiert!**

Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. 124/5

Sonntag, den 15. September 1912, vormittags 10 Uhr,

Branchenversammlung der Schmiede, Kesselschmiede und Autogenschweißer

im Lokal von **Hoffmann,** Dragonerstr. 15.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Schlinsky über: „Was lehrt uns die wirtschaftliche und politische Entwickelung Deutschlands?"

2. Jahresbericht. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Vertrauensleute werden gebeten, um 9½ Uhr zu erscheinen, um einige wichtige Sachen zu besprechen.

Zahlreiches Erscheinen der gesamten Kollegen ist Pflicht.

Sonntag, den 15. September 1912, vormittags 10 Uhr,

Versammlung aller in Schraubenbetrieben beschäftigten Automaten-Einrichter und Einrichter an Einzelbänken

in den **Arminhallen,** Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung:

1. Unsere gegenwärtigen Lohn- u. Arbeitsbedingungen.

Referent: Kollege **Handke.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Achtung!

Wahlkreis Ueckermünde-Usedom-Wollin.

Parteigenossen!

welche aus oben genanntem Kreise gebürtig sind, in Groß-Berlin wohnen, werden gebeten, sich am 296/10

Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 4 Uhr,

im Lokal von **Köhler,** Neukölln, Ziethenstr. 64, zu einer zwanglosen Besprechung einzufinden.

Wahlvereinsbuch legitimiert.

Der Einberufer. G. Müller, Neukölln, Ziethenstr. 56.

Dr. med. Rud. Weil's

Nährsalz-Bananen-Kakao

ist wohlschmeckend, äußerst nahrhaft und stopft nicht. Beste Kreatnahrung bei Magen- und Darmkatarrh, bei Schwächezuständen, bei Unterernährung und Nervosität. Angenehmstes Frühstücksgetränk für Gesunde und Kranke. Paket = ½ Pfd. 1 M., 5 Pak. 4,75 M., 10 Pak. 9 M. — Prospekte gratis u. franko.

Allein. Fabrikant: **D. Mader,** Berlin S., Prinzenstr. 86

Verlangen Sie aber ausdrücklich Dr. Rud. Weil's Nährsalz-Bananen-Kakao, denn dieser ist der beste. Wo nicht zu haben, liefere direkt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, Saal IV (Arbeitslosensaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Montag, den 16. September 1912, abends 6 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:

Jubiläums-Versammlung der Drechsler aller Gewerbe

(Drechsler, Treppengeländer-, Luxusmöbel-, Stock-, Perlmutt-, Horn-, Knopf-, Kamm- und Haarschmuckarbeiter).

Tagesordnung:

25 Jahre Organisation im Drechslergewerbe. Referent: Verbandsvorsitzender Kollege **Th. Leipart.**

Die älteren Kollegen, die bei der Gründung der Organisation mitgewirkt haben, sind besonders hierzu eingeladen.

88/17 **Die Ortsverwaltung.**

Restaurant zum Oder-Spree-Kanal

Wernsdorf i. M.

Sonntag, den 15. d. Mts.:

Großes Schlachtefest verbunden mit Wellfleisch-, frischer Wurst- u. Eisbeinessen.

Große öffentliche Tanzmusik bei freiem Entree.

Ausspielen verschiedener wertvoller Gegenstände.

Abfahrt mit dem Salondampfer „Hoffnung" der Reederei Kahnt u. Herzer Berlin, Waisenbrücke früh 10 Uhr.

Fahrpreis hin und zurück 70 Pf., Kinder 30 Pf. Rückfahrt abends 8½ Uhr.

Hierzu laden alle Freunde und Bekannte freundlichst ein

Paul Schwedler und Frau.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINE

in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipziger Straße 92.

Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

100 Speise-Zimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer,

ganz feine gediegene Sachen,

— **sehr billig** —

Speditionsspeicher

Neue Friedrichstr. 5-8 alte Kaserne, Hof.

Stoffe

für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots, Mtr. 4.—, 5.—, 6.— M. etc. Damentuche, Kostümstoffe, Flausch, Mtr. 3.—, 4.—, 5.— M. etc. Loden f. Wetterpelerinen, Mtr. 1.50, 2.50 M. Persianer, Imit., Mtr. 6.50, 8.50, 11.50 M. Plüsche, Seiden-Seal, für elegante Damenpaletots Mtr. 9.50, 15.— M.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.

Gertraudtenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Reparaturen. Spez.: Unerläßlich saubere Mensur für Schüler. Tonverbesserung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Tone täuschend ähnlich ist. Wesentliche Vorteile und eventuelle Ratenzahlung für Vorwärts-Abonnenten. Ungewöhnlich ehrende Anerkennungen.

Emil Toussaint.

Werkstätte für Kunstgeigenbau in Berlin N. 24, Kl. Hamburgerstr. 17.

Billige Landparzellen,

westlicher Vorort, direkt am Bahnhof, verkauft zu besonders günstigen Bedingungen, an „Vorwärts"-Leser schon mit **100 M. Anzahlung,** bei Wohnungsmietung ev. ohne Anzahlung. Geringe Teilzahl. **Max Buchholz,** Berlin NO. 55, Friedeberger Str. 4. *

Drei Tropfen

Kaol

geben schmutzigstem Metall Dauerglanz.

Man verlange überall „KAOL" in Flaschen zu 10 bis 50 Pf.

Fabrik: Lubszynski & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.

Sonntag, 15. Septbr.: Volkstümlicher Kunstabend

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Beginn 7½ Uhr. — Leitung: **Margarete Walkotte.**

Mitwirkende: Arthur van Eweyk (Bariton), Julius Thornberg (Konzertmeister des Philharmonischen Orchesters), Erwin Buttner (Mitglied des deutschen Theaters), Erwin Feustel (Kapellmeister), Margarete Walkotte (Sopran). 295/9*

Entree 50 Pf. (im Vorverk. bei Horsch, Engelufer 15) Abendk. 60 Pf.

Blendax

Mit dem Scheuermännchen

Scheuert · Reinigt · Putzt Alles

Blitzblank

Pakete zu 10 u. 20 Pfg.

Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Otto Piehl — Brunnen-Str. 120

Stühle von 2 M. an.

Moderne Küchen 48—180 M.

Kompl. Einrichtungen schon von 230 M. an.

Billigste Preise! Solide Qualitäten!

Sofas	52—480 M.
Garnituren	110—350 M.
Chaiselongues	21—65 M.
Büfette	125—550 M.
Vertikos	38—72 M.

MÖBEL

Ausziehtische	15.50—65 M.
Kleiderschränke	38—72 M.
Trumeau	32—110 M.
Schreibtische	43—225 M.
Bücherschränke	75—160 M.

auch auf Teilzahlung trotz billigster Kassapreise

Mod. Wohn- oder Schlafzimmer 235—900 M.

Speise- oder Herrenzimmer 315—900 M.

Lieferung franko!

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch arbeitende **Mann**

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei

Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung

Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Nähe Alexanderplatz. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66 (Rixdorf) am Ringbahnh. Ecke Weinmeisterstraße. am Friedrichshain.

Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Machart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Offeriere in nur frischer, schöner Ware: Nur ein Preis! Fette, junge **Gänse** pro Pfd. **75.** 7—12 Pfund schwer. Nur allererste Qualität! Gänserümpfe, ½ Gänse, fette Suppenhühner, junge Brathühner. **Wegner**, Berlin SO., Mariannenstr. 34.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

Buchbinder! Buchdrucker! Habe Berlin, Friedrichstr. 14, einen **Bierausschank** eröffnet. — Bitte um regen Besuch. Otto Haak.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Kein Laden — Kein Kaufzwang!

Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der Möbelfabrik **H. Walter** Inh.: **Willi Maaß**, Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polsterei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßhosen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Vorwärtsleser fünf Prozent. Extrarabatt, selbst bei Gelegenheit. Teppich-Thomas 2107R

Teppiche, farbfehlerhaft, spottbillig

Plüschdecken mit Stickfehlern für halben Wert

Steppdecken, im Schaufenster gelitten, jeden Preises

Portieren, Plüsch, Leinen-Restbestände spottbillig

Gardinen, Stores, Künstlerfenster, angeschmutzte, fabelhaft billig

Teppich-Thomas, Prachtbau Oranienstraße 126, Rosenthalerstraße 54.

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüsch-Mänteln, Kostümen, Kleidern (hochelegant). Große Posten Pelzstolas, Pelzgarnituren, früher bis 150, jetzt 15—40 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a I. 2103R*

Teppiche, unbedeutende Farbenfehler, für die Hälfte des Wertes. Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken zu Schleuderpreisen. Teppichhaus Adler, Königstraße 50, gegenüber Rathaus. 1957R*

Drehrollen, Mollereiartikel, Buttermaschinen, Wiegeschalen. Krigar u. Ihlsen, Waßmannstraße 29. 2098R

Hermannplatz 6 Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Sommerpaletots. Herrenhosen. Damenmäntel. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Grünn Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Tambourtermaschinen Hakemeyer, alleiniger Fabrikant Bellmann, Gollnowstraße 26. Preise billig, Abzahlung günstig. 2059R*

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Teilzahlungen 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Polsterwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Herrengarderobe. Sende Vertreter. Meisels Nachfolger, Warschauerstraße 80. *

Gaskronen, dreiflammig, komplett 7,50, Gaszuglampen 6,00, Gasuhren 2,40, Gaswandarme 1,50, staunend billig. — Vier Geschäfte — Große Frankfurterstraße 92 — Ravenstr. 6 (Wedding) — Schönhauser Allee 121 (Gleimstraße) — Neukölln, Berlinerstraße 102. 2008R*

Teppiche, Prachtstücke (Farbenfehler), für halben Preis. Vorwärtsleser 10 Prozent! Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden! 1896R*

Littauer-Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, Turmstraße 39, Beusselstraße 45. *

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Natz, Mulackstraße 14. *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Ohne Anzahlung Bilder, Spiegel, wöchentlich 50 Pfennig, Steppdecken, Tischdecken, Portieren, Bezüge, Uhren, Gaskronen, Teppiche und Herrengarderobe. Ferner komplette Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke mit den kleinsten An- und Abzahlungen. Besuch eventuell Postkarte. Weber, Neue Königstraße 34.

Papageienhaus, allergrößtes. Sprechender 15,00, Liedersänger 48,00. Riesenauswahl. Weberstraße 17.

Geschäftsverkäufe.

Milchgeschäft verkäuflich Charlottenburg, Fritschestraße 78. †77*

Schankgeschäft, gangbares, passend für Anfänger, Brauereihilfe, anschließende Wohnung, ist sofort oder später zu verkaufen. Erfragen: Adalbertstraße 35, Kohlengeschäft.

Kohlengeschäft, gangbares, verkäuflich. Erfragen Neukölln, Erkstraße 1, Gemüsegeschäft. †33*

Restauration, 30/2, billig, Zahlstellen, Parteiverkehr, Familienverhältnisse wegen sofort verkäuflich. Näheres Wichertstraße 3. 2545*

2 Geschäfte, gutgehend, Obst-, Gemüse-, Kartoffeln-, Herings-, Holz- und Kohlengeschäft krankheitswegen billig verkäuflich Stargarderstraße 32.

Milchgeschäft Neukölln, Münchenerstraße 19. 143/1

Möbel.

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"leser 3 Prozent Rabatt. 39R*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl. Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert, Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Möbelverkauf und Möbeltausch. Vorwärtsleser erhalten Möbel auf Teilzahlung. Aeltere Möbel werden in Zahlung genommen. Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1945R*

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Läger. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Ankamerstraße.

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Seltene Gelegenheit! Moderne Nußbaumwirtschaft, Prachttischenmöbel, Küchengeschirr, Wandbilder 197,00, Umbausofa, Büfett, Casper, Lottumstraße 2. 138/10*

Gelegenheitskäufe. Ganze Wohnungs-Einrichtungen, sowie einzelne Wohn-, Schlaf-, Herren- und Speisezimmer stelle bis zum 15. dieses Monats zu außergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf. Lagerung kostenlos. Bei größeren Einrichtungen gewähre Zahlungserleichterung. Große Frankfurterstraße 1, am Frankfurter Tor. 2699R*

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stufe 34,—, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Kücheneinrichtung 68,—. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1914R*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.)

Möbelhaus Andreasplatz. Brautleute, Möbelsuchende kaufen reelle Möbel sowie Wohnungseinrichtungen bekannt billigst. Andreasstraße 25, neben Metzner. 2106R*

100 Sofas mit prima Bezügen 54,—, 65,—, 78,—, Garnituren 65,—, 95,—, 125,—, Chaiselongues 25,—, Solaumbauten 48,—, 58,—, 68,—, mit Seitenschränke, Poltermöbelhaus Stalitzerstraße 25, an der Hochbahn. 2050R*

Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel in großer Auswahl reell und billig liefert auf Teilzahlung bei mäßiger Anzahlung die seit 50 Jahren bestehende Möbelfabrik Hermann Nolte, Tischlermeister, Zionskirchstraße 38/39. Verliehen gewesene Möbel billigst. 223b*

Plüschsofa, Umbau, hochelegant, bessere Nußbaumwirtschaft, auch einzeln, billig. Zorndorferstraße 4, vorn I rechts. 142/2

Wirtschaft, apartmodern, Prachtküche, verkäuflich (Händler zwecklos). — Plüschsofa, Umbau, Ankleideschrank, Chaiselongue, Trumeau, Gaskrone. Königsbergerstraße 11, vorn I links, Fischer. 142/3

Vertiko 18,00, Kleiderspind 20,00, Plüschsofa 18,00, elegante Kücheneinrichtung 45,00, mehreres spottbillig. Waldemarstraße 76, Vorderhaus I, Severin. 142/6

Eichenes Schlafzimmer, 400,00, komplett mit Patentmatratzen. Wohnzimmer, Küche, schon gemalt, Gelegenheitskauf, Hutbodenspinden 33,00, 48,00, Vertikos, englische Bettstellen, Waschtoiletten, Marmor 26,00, Trumeauspiegel. Tischlerwerkstelle Mantenffelstraße 82, Hof parterre. Besichtigung nachmittags bis 7 Uhr.

Möbel kaufen Sie reell und billig direkt beim Fachmann. Teilzahlung gestattet. Lager: drei Etagen. Vorwärtsleser fünf Prozent. Oranienstraße 202. 2159R*

Musikinstrumente.

Pianino, Hoflieferanten-Firma, sehr gut erhalten, 270,—, verkäuflich. F. Manthey u. Co., Potsdamerstraße 31. 141/6*

Ratenpianino, zurückgenommen, 140,00 abgezahlt, wer übernimmt Vertrag? Neukölner Pianofabrik, Juliusstraße 59. 140/20*

Pianino, schwarz, wie neu, noch mit Garantie, sofort allerbilligst. Menzel, Warschauerstraße 58 I, Vorderhaus. 2147R*

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1005R*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 2060R*

Herrenfahrrad, einigemal benutzt, volle Jahresgarantie und Damenfahrrad, billig. Brandt, Große Frankfurterstraße 121, Seitenflügel.

Herrenfahrrad, bildschönes, 30,00, fast unbenutztes Freilaufrad, nebst Garantieschein, allen Zubehörsachen, Frankfurter Allee 104, Grosser. *

Brennaborrad, Herrenfahrrad 25,00, Damenfahrrad sofort. Schrader, Weberstraße 42, Quergebäude. 141/10*

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm 5,65, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Platina, alte Goldsachen, Silber, Gebisse, alte Uhren, Rehgold, Goldwatten, Tressen, Quecksilber, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Edelmetallschmelze Broh, Köpenickerstraße 29. Telephon Moritzplatz 6958. 2040R

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Metallschmelze Rieper, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße).

Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark, Bruchgold, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 236/11*

Platina-Spezialist. Mark 5,70 pro Gramm Altgold, Silber, Gebisse, Juwelen, höchste Preise. Goldschmied Bruckard, Mulackstraße 22, nahe Rosenthaler Straße. 169R*

Zahngebisse, Platin, Gold, Metalle kauft Krüger, Elsasserstraße 66.

Damenfahrrad kauft Kraus, Andreasstraße 54. 142/7

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Technikum Hoppe, Mathiesstraße 13. Tageskurse, Abendkurse. Prospekt frei. 205/20*

Verschiedenes.

Imprimeur berlinois, 28 ans, désirerait échange avec Français. Offres Postlagerkarte 551, Postamt 39. 251b

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Patentanwalt Beisel, Gitschinerstraße 94a.

Pfandleihe Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. †136*

Ehrenerklärung. Die Beleidigung gegen den Metalldreher Herrn Reinhold Wenzel, Richardstraße 68, nehme ich hierdurch mit größtem Bedauern zurück. Neukölln, den 11. September 1912. Karl Hoffmann, Former, Wipperstraße 5. 248b

Haben Sie Stoff? Liefere Anzug oder Paletot für 25,—. Maßschneiderei Brangelstraße 4. 255b*

Vereinszimmer, 60—80 Personen, zu vergeben. Braun, Gürtelstraße 17. †11

Vermietungen.

Wohnungen.

Prachtwohnungen, 2, 1 Zimmer, Bad, 25,00, 19,00, Kolonieestraße 69. *

Soldinerstraße 41, freundliche Stube und Küche, Gas, Korridor, 18 Mark an zu vermieten. Dauermieter vergüte Umzug. 1195

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle sofort für zwei Herren Dresdenerstraße 111, Intelkofer. 189/8

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Schlossergesellen, selbständige, auf Schaufenster, Gitter, eiserne Türen, verlangt R. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 94. †77*

Nieter und Nietenwärmer zu sofort gesucht. A. Druckenmüller, G. m. b. H., Berlin-Tempelhof. 2156R

Tüchtigen soliden Maschinenschleifer dauernde Beschäftigung. Marmorwarenfabrik Mariannenstr. 52.

Elektromonteur oder Schlosser, dessen Frau etwas von Gartenarbeit versteht, gesucht für Kleinhaus-Siedlung „Ideal", Britz. Wohnen in der Siedlung Bedingung. Stellung vorläufig nur Nebenamt, nach dem weiteren Ausbau der Siedlung volle Beschäftigung. Schriftliche Meldung an das Bureau der Genossenschaft, Neukölln, Weichselstraße 8. †33

Mamsells auf glatte Mäntel. Holz, Korsörerstraße 5 I. †106

Tüchtige Schirmnäherinnen werden verlangt, dauernde Arbeit. Jordan u. Blumenfeld, Kommandantenstraße 10/11. 2158R

Stereotypeur

für flach und rund auf Kalender verlangt **Nordhaus u. Ostermann**, Weißensee. 257b

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.